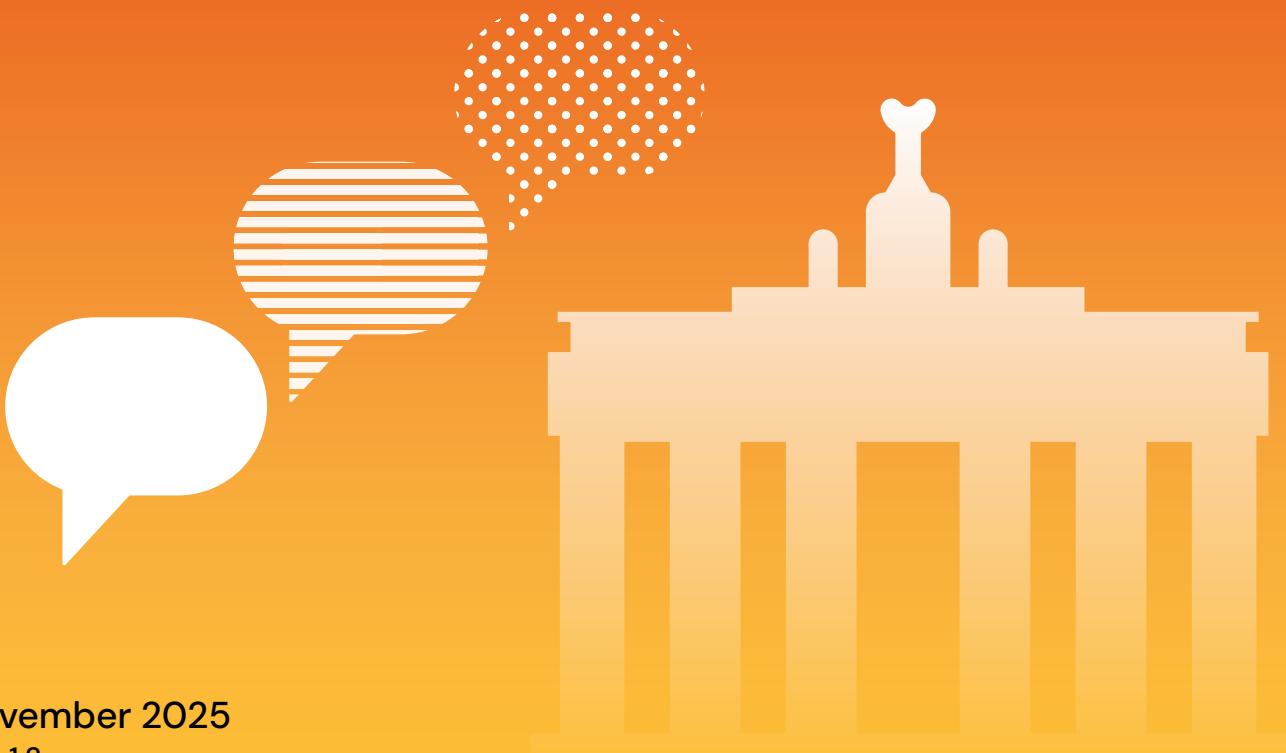




Das Zensurnetzwerk: **Regulierung und** **Repression im** **heutigen Deutschland**



Inhaltsverzeichnis



Vorwort	3
<hr/>	
Einleitung: Politischer und rechtlicher Kontext der verschärften Repression	7
<hr/>	
Der Staat	19
Die Bundesbürokratie	19
Die Bundesländer	28
EU-Agenturen	32
Deutscher Atlantizismus und die USA	33
<hr/>	
Finanzierung	41
Bundesministerien, EU und andere direkte staatliche Fördermittel	42
Offizielle Programme und quasi-staatliche Stiftungen	45
Private Stiftungen	49
Unternehmensstiftungen	52
<hr/>	
Zivilgesellschaft	54
Durchsetzungsorganisationen	54
Medienbetreiber	57
Bildungsinitiativen	61
<hr/>	
Plattformen und Big Tech	64
<hr/>	
Fazit: Ausblick und Empfehlungen	69
Politische Perspektiven und Fragen	69
Empfehlungen	70



Vorwort

In den letzten Jahren haben investigative Berichte eine Reihe koordinierter Bemühungen aufgedeckt, die darauf abzielen, die Meinungsfreiheit im Internet in westlichen Ländern zu unterdrücken. Diese Netzwerke zur Unterdrückung von Informationen, die oft als „Zensur-Industriekomplex“ bezeichnet werden (und meist unter dem Deckmantel der „Bekämpfung von Desinformation“ oder „Hassrede“ operieren), sind insbesondere in den Vereinigten Staaten, im Vereinigten Königreich und in der Europäischen Union weit verbreitet. Innerhalb der EU spielt Deutschland eine überproportional große Rolle in diesem Komplex, mit einer Vielzahl von staatlichen und privaten Knotenpunkten, die sich mit der Überwachung von Online-Äußerungen befassen und sich für eine zunehmende Unterdrückung von Inhalten einsetzen.

Während in den USA der Einfluss dieser Netzwerke mit dem Amtsantritt der zweiten Trump-Regierung stark zurückgegangen ist (mal abgesehen von den etwas anders gearteten Angriffen der neuen Regierung auf die Meinungsfreiheit), sind diese Netzwerke in Europa und Deutschland trotz öffentlicher Kritik unvermindert aktiv.

Deutschlands Ruf als Zensurhochburg ist mittlerweile fast schon karikaturistisch. Anfang 2025 sorgte eine [Reportage der US-FernsehSendung „60 Minutes“](#) für Aufsehen, in der Clips von Polizeirazzien in den Wohnungen von Personen gezeigt wurden, die beleidigende Memes gepostet hatten. In anderen Clips kicherten die Staatsanwälte über die Beschlagnahmung der Geräte von Bürgern und betonten, wie schwerwiegend es sei, einen Politiker „beleidigt“ zu haben.

Obwohl bereits bedeutende Studien und journalistische Arbeiten durchgeführt wurden, um die deutschen Regierungsbehörden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), akademische Zentren, Stiftungen und andere Einrichtungen zu untersuchen, die das Zensurregime des Landes vorantreiben und umsetzen, deuteten unsere Gespräche mit deutschen Verfechtern der Meinungsfreiheit darauf hin, dass eine vollständige Kartierung noch aussteht.

Aufgrund der Erfahrungen von liber-net bei der Zusammenarbeit mit dem Journalisten Matt Taibbi an den „Twitter Files“ und bei der Kartierung des [Zensur-Industriekomplexes](#) (eine im Nachhinein auf die USA fokussierte Karte) beschlossen wir, eine ähnliche Methodik auf Deutschland anzuwenden. In Zusammenarbeit mit zahlreichen deutschen Fachleuten, Forschern und Beratern haben wir mehr als 300 Organisationen dokumentiert, die zu Aktivitäten zur Unterdrückung von Online-Inhalten in Deutschland beitragen. Dies übersteigt das von uns erwartete Ausmaß bei Weitem.

Auf der [Website von liber-net](#) finden Sie eine durchsuchbare, filterbare und KI-gestützte Datenbank dieser Organisationen mit Informationen zu ihren Aktivitäten, Themenbereichen, Geldgebern und mehr. Die Datenbank basiert auf einer mehr als sechsmonatigen Bestandsaufnahme von Regierungsbehörden, NGOs, akademischen Zentren, Thinktanks und Netzwerken, die an der Unterdrückung der digitalen Meinungsäußerung von Deutschen beteiligt sind, sowie deren Finanzierungsquellen.

In diesem Bericht finden Sie Infografiken, die Aufschluss über die Aktivitäten, die Zusammensetzung und die Themen dieser Organisationen geben. Die nachstehende Grafik zeigt, wer unserer Meinung nach den Kern des deutschen Netzwerks zur Unterdrückung von Informationen bildet.

Es wäre zwar verlockend, all diese Organisationen als „Befürworter der Zensur“ oder gar als „Zensoren“ zu bezeichnen, doch die Sache ist viel komplexer. Einige sind eindeutig zensierend, wie die von der Regierung ernannte Organisation „HateAid“, die als „vertrauenswürdiger Flagger“ fungiert. Ähnlich reagiert man auf die unironische Initiative „[Machine Against the Rage](#)“ mit „Das kann doch nicht Ihr Ernst sein?“, aber ernst ist es ihnen tatsächlich. Gleichzeitig umfasst unsere Datenbank auch moderatere Initiativen wie lokale Behörden, die kleine Zuschüsse für Aufklärungsmaßnahmen gegen Hassreden anbieten, um der zunehmenden sozialen Fragmentierung entgegenzuwirken. Wir haben alle Organisationen aufgenommen und mit einer bis fünf Fahnen bewertet – wobei fünf Fahnen die schlimmsten Verstöße anzeigen –, um ein vollständiges Bild dieses riesigen und unübersichtlichen Feldes zu vermitteln.

Dementsprechend enthält dieser Bericht eine visuelle Karte der führenden Zensurorganisationen in Deutschland. Sie ist inspiriert durch die [Karte des Zensur-Industriekomplexes](#), die wir gemeinsam mit Matt Taibbi im Rahmen der Twitter Files erstellt hatten.

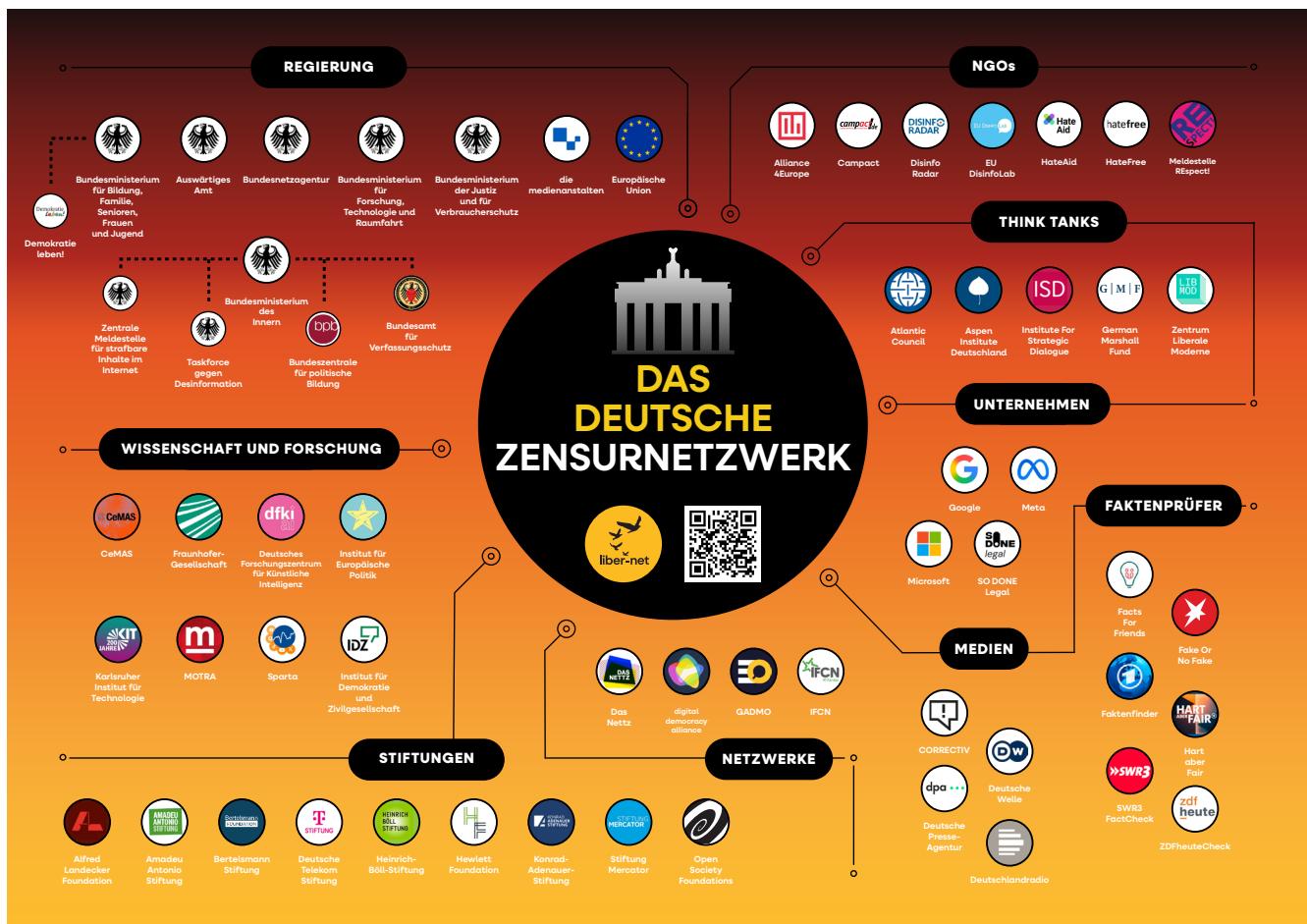
Gleichzeitig haben wir eine gründliche Suche nach Fördermitteln für Aktivitäten zur Unterdrückung deutscher Inhalte durchgeführt und zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung mehr als 425 gefunden. Die meisten stammen von der deutschen Regierung. Wahrscheinlich ist dies jedoch auf die relative Sichtbarkeit öffentlicher Mittel in diesem Bereich zurückzuführen. Die Aufdeckung privater Finanzierungen ist aufgrund schwächerer Berichtspflichten und der Abhängigkeit von freiwilligen Offenlegungen schwieriger. Aus diesem Grund beschränken sich die von uns veröffentlichten Finanzierungsgrafiken auf die Analyse der staatlichen Fördermittel. Wir hoffen jedoch, in den kommenden Monaten ebenfalls die privaten Finanzierungquellen näher untersuchen zu können.

Unsere Untersuchungen zeigen, dass die deutsche Regierung ungewöhnlich enge Beziehungen zu Organisationen unterhält, die sich als unabhängig präsent-

tieren. Diese Beziehungen sind weitaus enger als in den Vereinigten Staaten, wo wir [ähnliche Untersuchungen](#) durchgeführt haben.

Abschließend analysiert der Bericht die Ursprünge der aktuellen Zensurbesessenheit in Deutschland, identifiziert geopolitische und wirtschaftliche Faktoren, die diesen Trend beschleunigen, und bietet einige sofortige Lösungen, um ihn zu stoppen und umzukehren. Letztendlich kann dies nur durch Bürgerbewegungen erreicht werden, die groß genug sind, um ein Zensurregime unmöglich zu machen.

Andrew Lowenthal, CEO, liber-net





Einleitung: Politischer und rechtlicher Kontext der verschärften Repression

Seit ihrer Gründung im Jahr 1949 stützt sich das Selbstverständnis der Bundesrepublik als freie Gesellschaft auf bestimmte Garantien der freien Meinungsäußerung, darunter die Unabhängigkeit der Medien, sowie auf klar definierte Grenzen der staatlichen Regulierungskompetenz im Bereich der Meinungsäußerung. Ein liberales Ethos, das zum Teil durch die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und durch die Position Westdeutschlands an der Frontlinie des Kalten Krieges geprägt wurde, hat die Verfassungsordnung des Landes und die darauf aufbauende Zivilgesellschaft historisch geprägt. Diese Ordnung galt lange Zeit als Bollwerk gegen autoritäre Zensur.

In den letzten zehn Jahren hat dieser liberal-demokratische Rahmen jedoch Anzeichen einer Erosion gezeigt. So ergab beispielsweise eine kürzlich von der Zeitschrift *The European* veröffentlichte Umfrage unter Deutschen, dass 84 Prozent der Befragten angaben, aus Angst vor Konsequenzen darauf verzichtet zu haben, ihre Meinung zu äußern. Dies ist ein klares Signal dafür, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung politisch eingeschränkt fühlt. Auf direkte Nachfrage gaben 54 Prozent der Befragten an, persönlich Erfahrungen gemacht zu haben, in denen sie ihre Meinung nicht frei äußern konnten.¹ Diese Daten deuten auf einen sich verschärfenden Widerspruch zwischen dem Selbstverständnis Deutschlands als freie Gesellschaft und der Realität einer zunehmend restriktiven Atmosphäre hin. Angesichts dessen ist die Einstellung vieler Deutscher nicht überraschend: Es ist mittlerweile nichts Ungewöhnliches mehr, wenn die Polizei eine Wohnung durchsucht oder in einer Schule auftaucht, um einen Schüler wegen seiner Beiträge in den sozialen Medien zu befragen.

Die Situation in Deutschland ist Teil eines umfassenderen globalen Trends zu verstärkter digitaler Zensur. Dieser wurde als Reaktion auf die populistische Welle von 2016 eingeleitet, einer Zeit, die durch das Brexit-Referendum und die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten geprägt war.

¹ „INSA-Umfrage: Deutsche sehen Meinungsfreiheit zunehmend eingeschränkt“, *The European*, 2. August 2025: <https://www.theeuropean.de/wissenschaft/insa-umfrage-deutsche-sehen-meinungsfreiheit-eingeschaenkt/>.

In der Folge erlangte Deutschland weltweite Berühmtheit für seine hartnäckigen Bemühungen, Falschinformationen und Hassrede zu bekämpfen – Begriffe, die häufig als Mittel eingesetzt werden, um unliebsame Meinungen zu bestrafen.

Eine verrohte politische Kultur mag einige der aktuellen Entwicklungen erklären, doch Einschränkungen der politischen Meinungsäußerung sind in erster Linie auf institutionelle Faktoren innerhalb eines neuen, staatlich gestützten Regulierungsrahmens zurückzuführen. Dieser Apparat wurde angesichts der Krisen in der Ukraine und im Gazastreifen weiter verschärft. Er ist vor allem durch das Zusammenspiel geopolitischer und wirtschaftlicher Zwänge geprägt. Diese belasten derzeit die Aussichten des Landes und damit auch die Legitimität seines politischen Establishments.

Die politische Führung Deutschlands hat sich gegen Reformen und für eine Eindämmung dieser Krisen entschieden. Sie setzt immer mehr Regulierungsinstrumente ein und übt Repressionen aus, um den Widerstand der Bevölkerung quer durch das politische Spektrum zu unterdrücken. Dies wirkt sich auf alle Bereiche der politischen Debatte aus. Von den Unionsparteien bis hin zu den Grünen haben sich die angeblich rivalisierenden Fraktionen in Berlin in beispielloser Weise auf Maßnahmen von der öffentlichen Gesundheit bis zur Außenpolitik geeinigt und dabei dringende Angelegenheiten von öffentlichem Interesse außer Acht gelassen: die sich verschlechternde Infrastruktur – einschließlich eines gravierenden Mangels an Kapazitäten im Gesundheitswesen –, die wachsende Angst vor einer Eskalation des Krieges in Europa und die zunehmenden Spannungen im Zusammenhang mit der Einwanderung.² Diese Strategie scheint ein faustischer Pakt zu sein, den die linken Parteien mit der politischen Mitte geschlossen haben, um einen zunehmend repressiven Staat bei der Einschränkung der Meinungsfreiheit im Internet zu stärken. Dabei scheinen sie nicht zu bedenken, dass ihre politischen Gegner eines Tages an der Spitze desselben repressiven Apparats stehen könnten. Diese Strategie hat jedoch vermutlich den unbeabsichtigten Effekt, den tatsächlichen Mangel an Vertretung der Unzufriedenen zu verschärfen und eine populistische Bewegung anzuheizen, die laut aktueller Umfragen offenbar die prognostizierte Unterstützung eines Viertels der Wählerschaft gewonnen hat.³

-
- 2 Helen Whittle, „Young Germans fear war and poverty, yet remain optimistic.“, *Deutsche Welle*, 15. Oktober 2024: <https://www.dw.com/en/young-germans-fear-war-and-poverty-yet-remain-optimistic/a-70472485/>;
- Bernhard Straub, „Bevölkerung verliert Vertrauen in die Gesundheitspolitik“, Bericht der Robert Bosch Stiftung, 27. März 2023: <https://www.bosch-stiftung.de/en/storys/germans-are-losing-faith-their-healthcare-policy/>.
- 3 Ferdinand Knapp, „Far-right AfD tops German popularity ranking in bombshell new survey“, *Politico EU*, 12. August 2025: <https://www.politico.eu/article/germany-far-right-afd-lead-survey/>.
-

Die Architektur des Sprachregulierungssystems ist komplex. Es besteht aus einem Flickenteppich verbundener Regierungsbehörden und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die ein dichtes Netz aus teilweise redundanten Maßnahmen zur Einschränkung der Meinungsfreiheit schaffen. Einzeln betrachtet, mögen einige dieser Elemente zwar unbedeutend erscheinen, in ihrer Gesamtheit sind sie jedoch von erheblicher Bedeutung.

Das wegweisende Gesetz zur verstärkten Kontrolle und Unterdrückung der Online-Meinungsäußerung in Deutschland ist das 2017 verabschiedete Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG). Tatsächlich war das NetzDG der erste große Versuch eines OECD-Landes, Plattformen zu verpflichten, die gesamte Online-Meinungsäußerung zu überwachen.⁴ Es wurde damals als Reaktion auf eine reale Veränderung der Internetdynamik präsentiert. Dazu zählten die Zunahme von „Fake News“ und „Hassreden“, die sich zwar oft auf reale Phänomene bezogen, aber bald zu Sammelbegriffen wurden, die eine ganze Reihe von Online-Äußerungen einschlossen. Diese waren weder Falschaussagen noch hasserfüllt, könnten aber eine Bedrohung für die Machtposition des Establishments und den Status quo darstellen. Dies war für die politische Klasse angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung nach der ungelösten europäischen Wirtschaftskrise seit 2010 und der Gründung der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) im Jahr 2013 von besonderer Bedeutung.

Das NetzDG mobilisierte das ohnehin schon restriktive deutsche Strafgesetzbuch in Bezug auf Äußerungen und verpflichtete große Online-Medienplattformen – darunter Social-Media-Unternehmen mit Millionen von Nutzern – Inhalte zu entfernen oder zu sperren, die mutmaßlich gegen deutsches Recht verstößen. Dabei wurden bestimmte übliche und klar definierte Straftaten mit eher vagen und daher weit gefassten Begriffen wie „Beleidigung“ und einem erweiterten Verständnis von „Verleumdung“, insbesondere von Politikern, gebündelt.⁵ Das Gesetz bestrafte Unternehmen, die es versäumten, Inhalte, die als „offensichtlich rechtswidrig“ eingestuft wurden, innerhalb von 24 Stunden und andere gemeldete Äußerungen innerhalb von sieben Tagen zu entfernen. Bei anhaltender Nichtbeachtung konnten Geldstrafen in Höhe von vielen Millionen Euro verhängt werden, was zu Millionen von Löschungen pro Jahr führte.⁶ Obwohl solche Maßnahmen illegale Inhalte tatsächlich entfernten, lösten sie auch Warnungen eines Beobachters der Vereinten Nationen (UN) aus. Dieser war alarmiert über die „unangemessene Beeinträchtigung des Rechts auf freie Meinungsäußerung

4 Das NetzDG wurde weitgehend durch den EU-weiten Digital Services Act ersetzt.

5 Die einschlägige Rechtsvorschrift ist § 188 des deutschen Strafgesetzbuches.

6 Siehe FSM, „Selbstregulierung Sozialer Netzwerke nach NetzDG“: <https://www.fsm.de/en/fsm/netzdg/>.

und Privatsphäre“ durch das Gesetz. Er argumentierte, dass die „fehlende gerichtliche Kontrolle“ für die gemäß verbindlichen, beschleunigten Fristen verhängten schweren Strafen die Gefahr einer „vorbeugenden Zensur“ „legitimer Meinungsäußerungen“ berge.⁷ Damals wurden Kampagnen gegen das NetzDG vor allem von progressiven Kräften angeführt.

Die Ausweitung des Geltungsbereichs des NetzDG auf Grauzonen, die ansonsten rechtlich geschützte Äußerungen umfassen, sowie dessen automatisierte und zeitkritische Umsetzung führten zu bürokratischen Absurditäten. So wurden beispielsweise satirische Inhalte und Konten gelöscht und gesperrt – ein berüchtigtes Beispiel ist die Sperrung der Social-Media-Konten des Satiremagazins *Titanic* im Jahr 2019 aufgrund eines Beitrags, der sich über rassistische Einstellungen lustig machte. Nachfolgende Gesetze im Sinne des NetzDG-Rahmens, sowohl in Deutschland als auch in der gesamten EU, haben zu ebenso unsinnigen Ergebnissen geführt.⁸

Diese Entwicklungen in Deutschland verlaufen parallel zu Trends in den USA. Dort wurde „russische Desinformation“ als beliebte Erklärung für Donald Trumps Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2016 herangezogen. Diese Erklärung basiert auf einem gefälschten Dossier, das von Geheimdienstmitarbeitern unterstützt und von Hillary Clintons Präsidentschaftskampagne finanziert wurde. Bald darauf wurde unter dem Vorwand der Bekämpfung ausländischer Einmischung eine Reihe von Initiativen ins Leben gerufen, darunter das Hamilton-68-Dashboard zur Verfolgung russischer Desinformation und das Netzwerk von „Faktenprüfungs“-Konsortien, das in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen ausgebaut wurde. Diese Kampagne war der Auftakt zu einem nachhaltig angelegten Programm offizieller Desinformation, das darauf abzielt, die gemeinsame Kontrolle von Staat und NGOs über digitale Meinungsäußerungen zu institutionalisieren.

Bis 2017 war es in weiten Teilen der amerikanischen Zivilgesellschaft tabu, an der offiziellen Darstellung der angeblichen russischen Einmischung zu zweifeln. Im

7 David Kaye, „Mandat des Sonderberichterstatters für die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung“, Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, 1. Juni 2017, S. 3–5.

8 Siehe „Deutsches Hassrede-Gesetz auf dem Prüfstand: Twitter sperrt Satire-Account“, *Reuters*, 3. Januar 2018: <https://www.reuters.com/article/technology/german-hate-speech-law-tested-as-twitter-blocks-satire-account-idUSKBN1ES1AS/>. Für einen Bericht über das Ausmaß der NetzDG in den ersten Jahren ihrer Umsetzung – wahrscheinlich in der Größenordnung von Hunderttausenden gesperrten Äußerungen auf Plattformen, die nie auf ihre Rechtswidrigkeit hin überprüft wurden – siehe: „NetzDG führt offenbar zu Overblocking“, in *Reporter ohne Grenzen*, 7. Juli 2018:

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/netzdg-fuehrt-offenbar-zu-overblocking/>.

Gründe genommen hatte sich eine vom Sicherheitsapparat angeführte Opposition gegen den gewählten Präsidenten herauskristallisiert – aus Gründen der nationalen Sicherheit. Während der gesamten Coronazeit, der Präsidentschaftswahlen 2020 und dann mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine 2022 führten öffentlich-private Partnerschaften zwischen dem US-Staat und Social-Media-Unternehmen zu einer Eskalation der Zensur und zu einer gut dokumentierten Massenunterdrückung der Meinungsäußerung im Internet.⁹ In einem Fall führte der Druck von Mitgliedern des nationalen Sicherheitsapparats der USA im Vorfeld der Wahlen im November 2020 zur formellen Unterdrückung der *New York Post* als Reaktion auf deren verifizierte Berichterstattung über Fakten, die der Kampagne von Joe Biden schadeten. Sowohl Meta, die Muttergesellschaft von Facebook, als auch Alphabet, die Muttergesellschaft von Google, haben öffentlich zugegeben, dass sie sich in diesem Zeitraum auf Geheiß von Vertretern der Regierung unter Joe Biden an der Entfernung von Inhalten auf ihren Plattformen beteiligt haben, die sich auf die Themen Corona-Pandemie und die Wahlen 2020 bezogen.¹⁰ liber-net hat an anderer Stelle einen Überblick über diese Entwicklungen sowie Empfehlungen zur Eindämmung solcher Bedrohungen der Meinungsfreiheit veröffentlicht.¹¹

Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Deutschland ist selbstverständlich politisch und rechtlich eigenständig. Dennoch ähneln die Entwicklungen in Deutschland und den USA sowohl inhaltlich als auch chronologisch. Unter dem heutigen Berliner Establishment – das heißt den traditionellen Volksparteien CDU und SPD, den Grünen, der FDP und auch Teilen der Linken – herrscht überwiegend die Ansicht, dass digital vermittelte Meinungsäußerungen und Ideen an die kurze Leine genommen werden müssen.

Warum hat Deutschland einen so aggressiven Kurs eingeschlagen? Erstens wird Deutschland, wie die meisten OECD-Länder, von einer zunehmend isolierten und global orientierten politischen Führung regiert. Dazu zählen die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), überparteiliche Thinktanks, Stiftungen, Medien, Wissenschaftler und Nichtregierungsorganisationen. Sie alle versuchen,

⁹ Susan Schmidt et al., „Report on the Censorship-Industrial Complex: The Top 50 Organizations to Know“, *Racket News*, 10. Mai 2023: <https://www.racket.news/p/report-on-the-censorship-industrial-74b/>.

¹⁰ Im September 2025 entschuldigte sich der Anwalt von Alphabet offiziell für die Zensur-Absprachen mit dem Weißen Haus: <https://www.nytimes.com/2025/09/23/technology/youtube-reinstating-banned-accounts-pandemic-election.html>.

¹¹ Siehe liber-net, „Federal Awards for ‘Mis-, Dis-, or Malinformation’ and other content moderation initiatives, 2010–2025“ (15. April 2025): <https://liber-net.org/federal-awards/> und liber-net, „Federal Policy Proposals to Protect Digital Free Speech in the United States“ (3. März 2025). Eine Erörterung der innenpolitischen Spaltungen in den USA würde den Rahmen dieses Berichts sprengen.

die populistische Welle einzudämmen, sei es von links oder von rechts. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Unterwürfigkeit Berlins gegenüber dem Establishment in Washington. Seit Ende 2017 verfolgen die USA offiziell eine nationale Sicherheitsstrategie der Eindämmung, die sich sowohl gegen Russland als auch gegen China richtet – geopolitische Rivalen, die sie als „revisionistische Mächte“ bezeichnen und mit denen sie sich in einem „strategischen Wettbewerb“ befinden.¹² Diese Ursachen, kombiniert mit Deutschlands einzigartiger föderalistischer Regulierungsarchitektur und den föderalen Finanzierungsmechanismen, auf die noch näher eingegangen wird, erklären die Besonderheit des deutschen Zensurnetzwerks.

Diese Situation wird durch die geopolitische Abhängigkeit Deutschlands von den USA noch verschärft. Indem Deutschland seine atlantische Ausrichtung gegenüber Moskau und Peking demonstriert, verschärft es seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur noch weiter und fördert die Spaltung zwischen Elite- und Volkspolitik.¹³ Russland und China als geopolitische Antagonisten zu behandeln, widerspricht den unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen Deutschlands. Als führende Wirtschafts- und Industriemacht Europas ist es auf erschwingliche Energie aus Russland angewiesen. Zudem ist es im Zuge seiner eigenen Industrialisierung auf Exporte in die wachstumsstarke Wirtschaft Chinas angewiesen. Die Position Deutschlands als energieärmer, aber weltweit führender Exporteur im Herzen Europas bildete daher jahrzehntelang das Modell des rheinischen Kapitalismus und untermauerte den Sozialvertrag der Bundesrepublik.

Eine selbstzerstörerische Treue zur von den USA angeführten atlantischen Ordnung zeigt sich in Berlins entschlossener Abkehr von der langjährigen Politik der Entspannung mit Moskau. Diese Politik geht auf die Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt Ende der 1960er Jahre zurück und hatte eine starke soziale und pazifistische Komponente: Ein erheblicher Teil der Bevölkerung erkannte fried-

12 Siehe die vom Weißen Haus herausgegebene *Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika*, Dezember 2017, *passim*, und die Zusammenfassung der *Nationalen Verteidigungsstrategie 2018: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des amerikanischen Militärs*, Mai 2018, S. 2: „Die zentrale Herausforderung für den Wohlstand und die Sicherheit der USA ist das Wiederaufleben eines langfristigen strategischen Wettbewerbs durch revisionistische Mächte. Es wird immer deutlicher, dass China und Russland eine Welt nach ihrem autoritären Vorbild gestalten wollen – indem sie sich ein Vetorecht über die wirtschaftlichen, diplomatischen und sicherheitspolitischen Entscheidungen anderer Nationen sichern.“ Hervorhebung im Original.

13 Siehe *unter anderem* die folgenden Berichte in der *Financial Times*: Olaf Storbek, „German economy shrinks for second consecutive year“, 15. Januar 2025; Richard Milne, „German companies are risking a ‘lose-lose’ decoupling with China“, 30. Januar 2025; und Patricia Nilsson, Patrick Mathurin, Laura Pitel, „German manufacturing job losses deepen fears over industrial decline“, 18. Februar 2025.

liche Beziehungen zu Moskau als im nationalen Interesse liegend an, da Europa (und insbesondere Westdeutschland) im Falle eines von Washington angeführten Wiederaufrüstungsprozesses in den 1970er und 1980er Jahren zum Ground Zero eines Weltkrieges geworden wäre.

Die wirtschaftliche Integration nach Osten wurde nach der Wiedervereinigung ausgeweitet und hielt praktisch bis zur Mitte des letzten Jahrzehnts an, trotz oberflächlicher Verurteilungen der Menschenrechtsverletzungen in Moskau. Von der linken Aktivistenszene über die SPD-Führung bis hin zur Großindustrie war es selbstverständlich, dass gute diplomatische Beziehungen zu Russland für Deutschland von Vorteil waren und eine Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa darstellten – insbesondere, da der Rest der Eurozone nach der Weltwirtschaftskrise 2008 in Trümmern lag.

Weder Willy Brandts Ostpolitik noch die engere merkantilistische Sichtweise, für die Angela Merkel in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts stand, finden sich heute unter den Regierungsparteien wieder. Dass sich die deutsche Politik so schnell gewandelt hat und diejenigen, die Washington historisch skeptisch gegenüberstanden, sich im Wesentlichen ohne Widerspruch angepasst haben – und das zu so hohen Kosten für die deutsche Gesellschaft, man denke nur an die Sabotage der Nord-Stream-Pipeline – ist bezeichnend für das dringende Bestreben der Elite des Landes, Deutschland in Einklang mit der US-Politik gegenüber Russland und China zu bringen. Dadurch ist die Politik nun von rationaler Selbstreflexion abgelenkt und dient der Eskalation Washingtons gegenüber seinen eurasischen Gegnern. Eine solche Politik muss zwangsläufig mit verstärkter Repression einhergehen.¹⁴

Diese Unterdrückung wird umso mehr im Dienste der Unterstützung Berlins für die Belagerung und Zerstörung des Gazastreifens durch Tel Aviv durchgesetzt. Moralisch gerechtfertigt durch den Verweis auf die Staatsräson der Bundes-

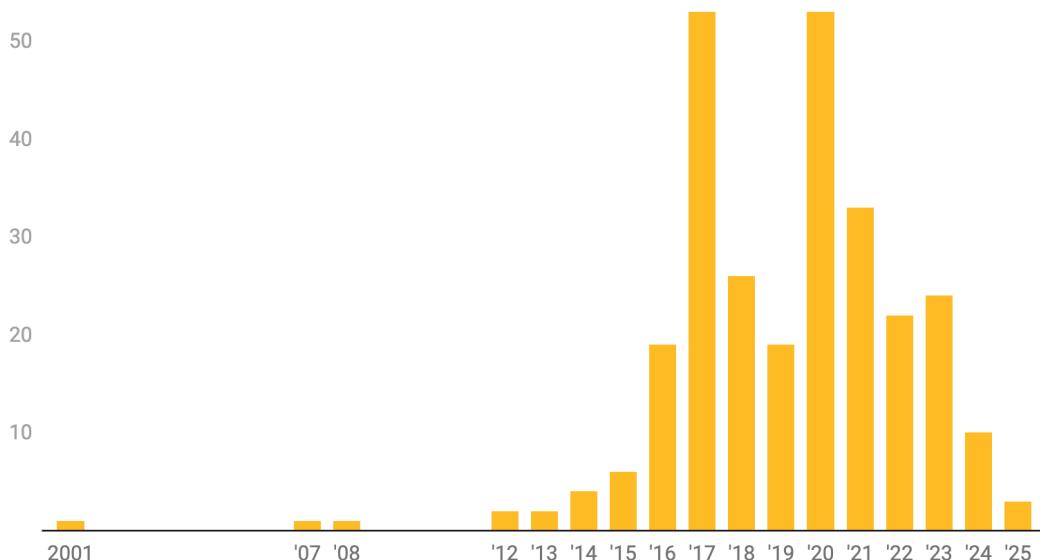
¹⁴ Die Alarmglocken rund um das NetzDG wurden damals international und innerhalb der Reihen der deutschen Mitte-Links-Parteien geläutet. Siehe unter *anderem* die Intervention von Human Rights Watch, die der Media Freedom and Information Access Clinic an der Yale Law School und die vorsichtigeren Äußerungen der Abgeordneten der Linken und der Grünen, die zwar dem Geist des Gesetzes zustimmten, aber Vorbehalte gegenüber den Anforderungen des Schnellverfahrens äußerten. Siehe jeweils: Human Rights Watch, „Germany: Flawed Social Media Law: NetzDG is Wrong Response to Online Abuse“, 14. Februar 2018: <https://www.hrw.org/news/2018/02/14/germany-flawed-social-media-law/>; Diana Lee, „Germany’s NetzDG and the Threat to Online Free Speech“, 10. Oktober 2017: <https://law.yale.edu/mfia/case-disclosed/germany-s-netzdg-and-threat-online-free-speech/>; und Stefan Krempel, „Netzwerkdurchsetzungsgesetz: Kritik und Korrekturbereitschaft im Bundestag“, *Heise Online*, 19. Mai 2017: <https://www.heise.de/news/Netzwerkdurchsetzungsgesetz-Kritik-und-Korrekturbereitschaft-im-Bundestag-3718401.html>.

republik – bedingungslose Loyalität gegenüber Israel als Sühne für den Völkermord an den Juden durch die Nationalsozialisten – werden Protest und Dissens unter einer aufgeblähten Definition von „Antisemitismus“ censiert. Diese umfasst die meisten Kritikpunkte an Israels Premierminister Benjamin Netanjahu, seinem Kabinett und ihrer Ideologie.¹⁵ Solch mächtige und allumfassende Tabus rund um die NS-Diktatur und den Zweiten Weltkrieg wurden genutzt, um außergewöhnliche Maßnahmen gegen den Populismus sowohl von rechts als auch von links zu rechtfertigen.

Selbstverständlich gibt es schon seit Langem organisierte Kampagnen der Informationskriegsführung, die Desinformationen und Propaganda einschließen. Alle Staaten betreiben derartige Praktiken, wobei in Europa und weltweit spezielle Einheiten für diese Bemühungen zuständig sind.¹⁶ Kürzungen der Auslandshilfe durch die aktuelle Trump-Regierung deuten jedoch darauf hin, dass die digitalen Aspekte der Programme teilweise zurückgefahren wurden. Angesichts der zentralen Bedeutung von Online-Plattformen für die zwischenstaatlichen Beziehungen und der seit Langem bestehenden Integration aller Informationsmedien ins Internet werden diese Kampagnen zwangsläufig digitale Formen annehmen. Rassistische, fremdenfeindliche und andere intolerante Inhalte sind ebenfalls Bestandteil des Online-Diskurses. Sie reichen von spontanen Ausbrüchen bis hin zu organisierten Kampagnen, die im deutschen Kontext gegen Bundesgesetze verstossen können. Der vorliegende Bericht befasst sich jedoch in erster Linie mit der politisierten Brandmarkung von Äußerungen als Desinformation oder als illegitim und daher unterdrückungswürdig, einschließlich politischer Standpunkte, die die offizielle Linie infrage stellen und entweder selbst nicht illegal sind oder es vor 2016 nicht waren.

-
- 15 Siehe Helen Whittle, „Germany passes controversial antisemitism resolution“, *Deutsche Welle*, 6. November 2024: <https://www.dw.com/en/germany-passes-controversial-antisemitism-resolution/a-70715643>. Die DW berichtete, dass die Resolution des Bundestages zum Antisemitismus von „Rechtsexperten, zivilgesellschaftlichen Gruppen und prominenten jüdischen Intellektuellen“ abgelehnt wurde. Nur die linke Oppositionspartei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) stimmte dagegen. Konkrete Beispiele für Online-Zensur wegen angeblichen Antisemitismus finden Sie im Eintrag zu ZDFheuteCheck in Kapitel 4.
- 16 Die Angelegenheit wird weiter unten in der Analyse der NATO-Kompetenzzentren, insbesondere des StratCom COE, behandelt; siehe Kap. 2, *EU-Agenturen*.
-

Neue und bestehende Organisationen, die in Deutschland mit der Programmierung zur Kontrolle von Inhalten im Netz beginnen



Die aktuellen Auseinandersetzungen um Online-Äußerungen in Deutschland sind auf das Scheitern eines offiziellen Konsenses zurückzuführen, von dem die Mehrheit nicht mehr profitiert. Ein Bericht der [Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik \(DGAP\)](#) vom November 2022 mit dem Titel „Eine digitale Grand Strategy für Deutschland, Digitale Technologien, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und nationale Sicherheit in Zeiten geopolitischen Wandels“ ist hierfür beispielhaft.¹⁷ Obwohl darin die Wahrung eines „regelbasierten“ Ansatzes zur Förderung von Offenheit versprochen wird, zielen die Empfehlungen der DGAP auf eine Konsolidierung von digitalen Richtlinien auf Landes-, Bundes-, EU- und „letztendlich globaler“ Ebene ab. Diese Richtlinien sollen mit den Sicherheitsinteressen des Landes, der EU und der NATO in Einklang stehen und betreffen so unterschiedliche Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Polizeiarbeit.¹⁸

Neben institutionellen Ankern wie der NATO und der EU, deren Einflussmechanismen eine direkte wirtschaftliche und sicherheitspolitische Abhängigkeit garantieren, sind transatlantische Thinktanks wie der Atlantic Council von zentraler Bedeutung für den deutschen Zensurkomplex. Die Förderung der neuen „demokratischen Technologie-Governance-Ordnung“ durch die DGAP veranschaulicht eine veränderte Definition von Demokratie: von einer im Wesentlichen „plebe-

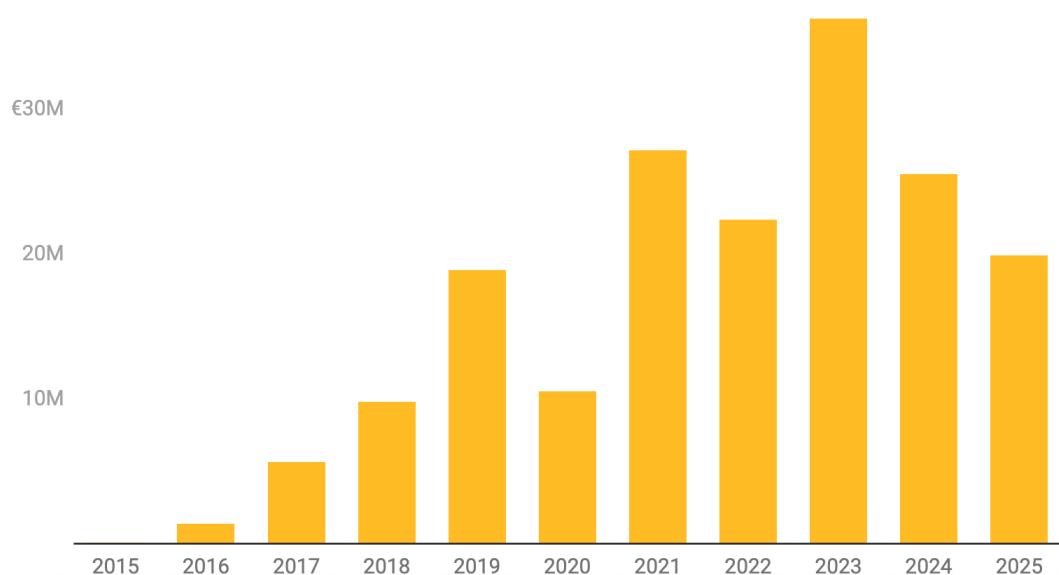
¹⁷ Weitere Informationen zur DGAP selbst finden Sie im Abschnitt über den deutschen Atlantismus in Kapitel 2 dieses Berichts.

¹⁸ DGAP, *Eine deutsche digitale Großstrategie*, November 2022, S. 18.

jischen Institution“ hin zu einer „moralischen Haltung“, wie der Soziologe und emeritierte Direktor des Max-Planck-Instituts in Köln, Wolfgang Streeck, beobachtet hat.¹⁹ Aber in dem von der DGAP und gleichgesinnten Experten angestrebten digitalen Regime ist Moral die Sicherheit, die durch vorausschauende Vorbereitungen für ein hybrides Kriegsregime garantiert wird. Dieses hebt die Unterscheidung zwischen militärischem und zivilem Bereich auf und verbindet Bemühungen zur Beeinflussung und Manipulation von Informationen mit den klassischen repressiven staatlichen Maßnahmen. Die atlantizistische außenpolitische Agenda ist nun eine moralische Verpflichtung.

Finanzierung der Kontrolle von Inhalten im Netz in Deutschland

Bis November 2025

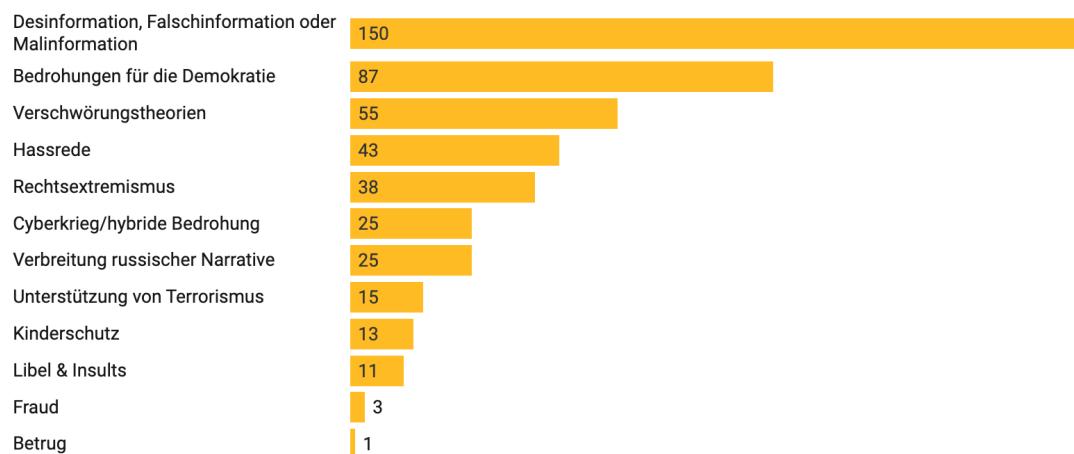


Der gleiche Ansatz erstreckt auch auf andere Themen, die den Verantwortlichen großer deutscher Institutionen und Parteien am Herzen liegen. So ermöglichte beispielsweise während der Corona-Pandemie die Bekämpfung von „Falschinformationen“ im Rahmen eines erklärten Gesundheitsnotstands eine drastische Ausweitung der staatlich sanktionsierten Sprachkontrolle. Im März 2020 beriefen sich Bundesregierung und Länder auf das Infektionsschutzgesetz, obwohl das Gesetz selbst keine „Filter-“ oder „Löschaften“ für private Plattformen vorschrieb. Dennoch forderten Ministerien und Gesundheitsbehörden die Social-Media-Dienste auf, Inhalte, die den offiziellen Empfehlungen widersprachen, zu

¹⁹ Wolfgang Streeck, *Taking Back Control? States and State Systems after Globalism* (London und New York: Verso, 2024), S. 47. Hervorhebung im Original.

kennzeichnen oder zu markieren.²⁰ Diese Leitlinien, kombiniert mit panikartigen Mitteilungen aus Regierungskreisen und in den Medien, flossen in den bestehenden NetzDG-Rahmen ein und schufen ein Umfeld, in dem eine Vielzahl von Kommentaren im Zusammenhang mit der Pandemie – von Ärzten, die Sicherheitsbedenken äußerten, bis hin zu Journalisten, die die Verhältnismäßigkeit von Bewegungs- und Reisebeschränkungen infrage stellten – Gegenstand von Löschanträgen werden konnten, wenn die Behörden sie gemäß dem Wortlaut des Gesetzes als „Falschinformationen“ einstuften. Die Datenbank von liber.net zeigt, dass kurz nach Beginn der Corona-Pandemie die Zahl der deutschen Organisationen, die die Meinungsäußerung im Internet regulieren, gestiegen ist.

Aufgeführte Begründungen deutscher Organisationen für die Kontrolle von Inhalten im Netz



Auch Debatten über Einwanderung wurden durch den deutschen Rechtsrahmen eingeschränkt. Die Bestimmungen des NetzDG zu Hassreden umfassen Äußerungen, die zu Hass oder Diskriminierung gegen geschützte Gruppen aufstacheln. Dazu zählt auch offen fremdenfeindliche oder gegen Einwanderer gerichtete Rhetorik. Dies wird oft sehr weit ausgelegt: So können Beiträge, die die Angemessenheit von Asylverfahren infrage stellen, als illegale Hassrede eingestuft und zur Lösung verurteilt werden – selbst wenn die Argumente sachlich sind. Der häufig verwendete Slogan „Hass ist keine Meinung“ verdeutlicht die rhetorische Strategie: Dissens wird unterdrückt und kriminalisiert, indem er

²⁰ Im Jahr 2020 forderte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht öffentlich soziale Netzwerke auf, Falschmeldungen zu Covid-19 zu entfernen und Nutzer zu sperren, die diese verbreiten: <https://www.zeit.de/news/2020-03/17/lambrecht-soziale-netzwerke-sollen-falschmeldungen-loeschen/>.

mit einer übermäßig weit gefassten Definition von „Hass“ gleichgesetzt wird.²¹ Ebenso wurde der geschlechtsspezifische Diskurs von der neuen Zensurarchitektur erfasst: Im Jahr 2020 wurde die Definition von „Anstiftung zum Hass“ im Strafgesetzbuch (StGB) um „diskriminierende Äußerungen gegen Personen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität“ erweitert. Dies führte zu einer Flut von Plattformrichtlinien, um kritische Meinungen zur aktuellen Transgender-Politik und -Aktivismus zu unterdrücken. Solche Maßnahmen haben die akademische Forschung, auch in der Medizin, eingeschränkt und eine Reihe politischer Ansichten über die komplexen Beziehungen zwischen Geschlecht, Gender und Recht unterdrückt.

21 Der Slogan scheint durch das gleichnamige Buch der deutschen Grünen-Politikerin Renate Künast aus dem Jahr 2017 populär geworden zu sein. Der seitdem häufig verwendete Ausdruck zierte das Cover einer 2023 von HateAid herausgegebenen Bildungsbroschüre: <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2023/09/hateaid-hass-ist-keine-meinung-aufklaerungsbooklet-digital.pdf/>.



Der Staat

Der Staat spielt eine zentrale Rolle bei den aktuellen Bemühungen, die Meinungsäußerung im Internet einzuschränken. Auf Bundes-, Landes- und sogar kommunaler Ebene – und in Abstimmung mit der EU-Bürokratie – werden nun sämtliche rechtliche und Befugnisse des Staates eingesetzt, um die Meinungsäußerung zu regulieren, NGOs zu finanzieren und zu verwalten, die sich für eine Reihe von Regulierungs- und Strafmaßnahmen einsetzen, und um Online-Diskussionen zu melden (*flagging*), anzuzeigen und direkt zu verwalten. In Kombination mit Programmen zur kulturell-politischen Einflussnahme führen diese Maßnahmen zu weiteren informellen Einschränkungen der Meinungsäußerung durch die Schaffung von Tabus und die Lenkung von Dissens.

Staatliche Eingriffe in die Online-Meinungsäußerung sind in Deutschland offener institutionalisiert als in den USA. In den USA wurden große Maßnahmen zur Informationskontrolle, insbesondere unter der Regierung von Joe Biden, weitgehend verschleiert und an NGOs, Universitäten und Thinktanks delegiert. Diese indirekte Form der Koordination ist wahrscheinlich auf die Beschränkungen zurückzuführen, die der Regierung durch den Ersten Verfassungszusatz auferlegt sind. Dennoch verfolgte die zweite Trump-Regierung einen offeneren, drakonischeren und unberechenbareren Ansatz zur Sprachkontrolle. In Deutschland spiegelte die einst weit verbreitete Sympathie für die Whistleblower Julian Assange und Edward Snowden eine zivile Skepsis gegenüber Überwachung wider. Doch seitdem hat sich die öffentliche Meinung angesichts der zunehmenden Regulierung des öffentlichen Raums polarisiert. Solche Maßnahmen werden mit Verweis auf das Grundgesetz gerechtfertigt, haben sich jedoch zu einem umfassenderen Regime der digitalen Kontrolle ausgeweitet.

Die Bundesbürokratie

Die deutsche Verfassungsordnung verbietet zumindest formal Zensur und garantiert die freie Meinungsäußerung. Artikel 5 des Grundgesetzes bekräftigt die Meinungs-, Informations-, Presse-, Rundfunk- und Bildmedienfreiheit. Er besagt eindeutig, dass es keine direkte Zensur geben darf. Einschränkungen dürfen nur durch „allgemeine Gesetze“, den Jugendschutz oder die „persönliche Ehre“ erfolgen. Dabei ist jede dieser Einschränkungen nach dem Grundsatz der

Verhältnismäßigkeit auszulegen.²² Dieser rechtliche Ausgangspunkt bildet den Rahmen für den anschließenden Aufbau eines dichten Verwaltungs- und Regulierungsapparats zur Regulierung der Online-Kommunikation. Seit dem Inkrafttreten des deutschen Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) im Jahr 2017 ist dieser Apparat weitgehend auf die Haftung von Vermittlern, die Einhaltung von Vorschriften durch Plattformen und die Koordinierung durch die Exekutive ausgerichtet, um auf das zu reagieren, was die Ministerien heute als „hybride Bedrohungen“ bezeichnen.²³ Die Bürokratie besteht aus einem mehrschichtigen System, das das Bundesstrafrecht, die nachrichtendienstliche Infrastruktur und die Medienaufsicht der Länder mit dem „Digital Services Act“ (DSA) der Europäischen Union verbindet. Mit dessen Verabschiedung im Jahr 2022 wurde das „NetzDG“ in Deutschland faktisch abgelöst. Das Bundesamt für Justiz, das Bundeskriminalamt, der Bundesdatenschutzbeauftragte und die Bundesnetzagentur nehmen unterschiedliche, aber sich ergänzende Knotenpunkte eines de facto Zensurnetzwerks ein. Das Konzept gibt vor, verfassungsrechtliche Garantien durch nachträgliche Durchsetzung und Sorgfaltspflichten der Plattformen zu wahren; in der Praxis werden jedoch entscheidende Maßnahmen auf Verwaltungs- und Unternehmensakteure verlagert.

Auch das Strafrecht wird eingesetzt. Wie in Kapitel 1 erläutert, diente das NetzDG als Vorlage für die Entfernung von Inhalten in großen sozialen Netzwerken. Das Gesetz zielt auf Kategorien illegaler Äußerungen ab, die an anderer Stelle im Strafgesetzbuch definiert sind (zum Beispiel § 130 StGB zur Volksverhetzung), und erzwingt die Einhaltung, indem es Anbieter verpflichtet, „offensichtlich rechtswidrige“ Inhalte innerhalb von 24 Stunden nach Benachrichtigung oder in anderen Fällen innerhalb von sieben Tagen zu entfernen. Bei Verstößen drohen Geldstrafen von bis zu 50 Millionen Euro. Charakteristisch für das NetzDG war die Privatisierung der ersten Feststellung der Rechtswidrigkeit. Die Verantwortung dafür wurde auf die Plattformen übertragen. Das [Bundesjustizministerium \(BMJV\)](#) ist befugt, die Plattformen zu beaufsichtigen und Geldbußen zu verhängen. Es ist

22 „Eine Zensur findet nicht statt“. Artikel 5 des Grundgesetzes: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_5.html. Der Begriff „Recht der persönlichen Ehre“ beruft sich auf den formalen Begriff der Ehrverletzung. Er erlaubt daher Einschränkungen der Meinungsfreiheit aufgrund von Verleumdung, Beleidigung, übler Nachrede usw.

23 Deutscher Bundestag, „Neues Lagebild zu hybriden Bedrohungen“ (4. August 2025): <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1103890>.

jedoch nicht an der ersten Stufe der Feststellung der Rechtmäßigkeit von Inhalten beteiligt.²⁴

Im Mittelpunkt dieses neuen Paradigmas steht die Einstufung von Desinformation als hybride Bedrohung durch das [Bundesinnenministerium \(BMI\)](#). Dies hat zur Einrichtung interministerieller Stellen geführt.²⁵ In den öffentlich zugänglichen Unterlagen des BMI wird eine Task Force gegen Desinformation erwähnt, die Behörden aus verschiedenen Ministerien zusammenbringt. Sie fungiert als Teil der vom Innenministerium geleiteten **Arbeitsgruppe „Hybride Bedrohungen“ (AG Hybrid)**. In den Mitteilungen der Regierung zur Europawahl 2024 wird dies beispielsweise als Forum für den Informationsaustausch und Maßnahmen dargestellt und die Koordinierung innerhalb der Regierung unter der Leitung des BMI betont²⁶. Ein Bericht des Bundestages und entsprechende Kommentare der Regierung seit 2024 bestätigen diese Struktur: Das BMI koordiniert die Politik gegen hybride Bedrohungen auf Bundesebene über die Arbeitsgruppe, während die Task Force gegen Desinformation als Koordinierungs- und Reaktionsmechanismus fungiert. Das System ist bewusst auf den Ermessensspielraum der Exekutive ausgelegt. Seine Ergebnisse werden nur intern zwischen Ministerien und vertrauenswürdigen Partnern ausgetauscht und sind für die Öffentlichkeit nicht einsehbar.

Um Wahlen und die allgemeine Integrität der deutschen Politik zu schützen, richtete das Innenministerium im Jahr 2024 außerdem die **Zentrale Stelle zur Erkennung ausländischer Informationsmanipulation (ZEAM)** ein. Die ZEAM versteht sich als Abwehrinstanz gegen ausländische Informationsoperationen und als Beschützerin der verfassungsmäßigen Ordnung. Dabei verfolgt sie dieselbe Vorgehensweise wie bei der frühzeitigen Identifizierung vermeintlich feindlicher Bedrohungen und leitet die relevanten Informationen an Plattformen und/oder Strafverfolgungsbehörden weiter. Die Leitprämisse besteht darin, Verwaltungsbehörden zu befähigen, potenziell strafbare Inhalte zu erkennen und zu sortieren, anstatt eine große Menge an Inhalten einer gericht-

24 Bundesministerium der Justiz (BMJV), *Netzwerkdurchsetzungsgesetz: Leitlinien für die Verhängung von Ordnungsgeldstrafen (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG)*, 22. März 2018. Vollständiger Text in englischer Sprache:

https://www.bundesjustizamt.de/SharedDocs/Downloads/DE/NetzDG/Leitlinien_Geldbussen_en.pdf.

25 Bundesministerium des Innern (BMI), „Desinformation als hybride Bedrohung“: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/EN/disinformation/article-disinformation-hybrid-threat.html>.

26 Bundesministerium des Innern (BMI), „Task Force gegen Desinformation – Forum für Informationsaustausch und Maßnahmen (Europawahl 2024)“: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/europawahl-2024/artikel-europawahl-2024-faq-artikel.html>.

lichen Überprüfung zu unterziehen.²⁷ Ebenso verwaltet das BMI über die [Bundeszentrale für politische Bildung \(bpb\)](#) Bildungs- und Bürgerinitiativen, die oft mit Kampagnen gegen Desinformation verschmelzen.²⁸

Unter der Kontrolle der SPD weitete das Innenministerium von 2021 bis 2024 seine Aufsicht über Online-Äußerungen aus und behandelte digitale Meinungsäußerungen als Gegenstand polizeilicher und nachrichtendienstlicher Belange. Im November 2024 koordinierte die damalige Innenministerin Nancy Faeser einen bundesweiten „Aktionstag gegen Hasspostings“, bei dem es zu mehr als 50 Hausdurchsuchungen und über hundert Polizeieinsätzen in mehreren Bundesländern kam.²⁹ Die Operation umfasste Hausdurchsuchungen vor Tagesanbruch und die Beschlagnahmung von Telefonen und Laptops von Personen, denen Online-Beleidigungen oder Volksverhetzung vorgeworfen wurden. Staatsanwälte verteidigten diese Maßnahmen vor der Kamera als verhältnismäßig und argumentierten, dass digitaler „Hass“ dauerhaften Schaden verursache, da Online-Aktivitäten „für immer bestehen bleiben“.³⁰

Der Fall des pensionierten Bundeswehrangehörigen Stefan Niehoff, der mit seiner Frau und seiner erwachsenen Tochter mit Down-Syndrom zusammenlebt, veranschaulicht die Übergriffigkeit der digitalen Sprachkontrolle unter Faesers Innenministerium. Niehoffs Wohnung wurde während des Aktionstags durchsucht, da er in den sozialen Medien ein Meme geteilt hatte, bei dem das Logo des Shampoos „Schwarzkopf“ so verändert worden war, dass unter dem Profilbild von Vizekanzler Robert Habeck „Schwachkopf“ zu lesen war. Die sogenannte „Schwachkopf“-Affäre wurde in den nationalen Medien thematisiert, nachdem die Staatsanwaltschaft Niehoff eine Geldstrafe von 825 Euro auferlegt hatte. Später wurden weitere Anklagen aufgrund früherer Beiträge Niehoffs hinzugefügt, in denen er sich kritisch über die Grünen geäußert hatte – eine Eskalation, die weithin als unverhältnismäßig angesehen wurde. Habeck lehnte es ab, seine

27 Auf der Homepage von ZEAM wird sie als „gemeinsame Initiative des BMI, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums der Justiz und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“ beschrieben: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/EN/disinformation-election/zeam-artikel-en.html>.

28 Die bpb hat kürzlich auf die Unzulänglichkeit der reinen Faktenprüfung hingewiesen und scheint zu suggerieren, dass ein umfassenderer Ansatz zur Bekämpfung von Desinformation erforderlich ist. Siehe bpb, „Mittel gegen Desinformation: die Schwachpunkte von Faktenchecks“, 4. August 2025: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/569313/mittel-gegen-desinformation-die-schwachpunkte-von-faktenchecks/>.

29 „Bundesweite Durchsuchungen wegen Hasspostings“, *Die Zeit*, 12. November 2024: <https://www.zeit.de/news/2024-11/12/bundesweite-durchsuchungen-wegen-hassposting/>.

30 Sharon Alfonsi et al., „Germany is prosecuting online trolls. Here's how the country is fighting hate speech on the internet.“, *CBS News*, 16. Februar 2025: <https://www.cbsnews.com/news/germany-online-hate-speech-prosecution-60-minutes/>.

Klage wegen des beleidigenden „Schwachkopf“-Memes zurückzuziehen, sodass das Verfahren gegen den Rentner fortgesetzt werden konnte. Dieser Vorfall veranschaulicht, wie § 188 des deutschen Strafgesetzbuches, der sich auf Verleumdung oder Beleidigung von Personen des öffentlichen Lebens bezieht, dazu missbraucht wurde, um gewöhnliche politische Satire zu unterdrücken, die einst als Ventil für die öffentliche Meinungsäußerung galt.³¹

Ein kleinerer, aber symbolträchtiger Fall ereignete sich im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, wo eine 16-jährige Schülerin aus dem Unterricht genommen und von der Polizei befragt wurde, nachdem sie ein TikTok-Smurfs-Meme gepostet hatte, das auf die blaue Wahlkampf-Farbe der AfD anspielte. In einem Interview mit der nationalkonservativen *Junge Freiheit* beschrieb die Schülerin die Episode später als demütigend und politisch motiviert. Nachfolgende Berichte des *Tagesspiegel* und der *Zeit* deuteten darauf hin, dass andere Beiträge mit angeblichen rechten Codes die Ursache für die Episode gewesen seien; dennoch entschied das Verwaltungsgericht Greifswald im Juli 2025, dass das Eingreifen der Polizei rechtswidrig war und die Bürgerrechte der Schülerin verletzt hatte.³²

Das im Jahr 1950 gegründete und dem Bundesministerium des Innern (BMI) unterstellte [Bundesamt für Verfassungsschutz \(BfV\)](#) hat die Aufgabe, Extremismus und ausländische Einflussnahme zu überwachen. Sein Mandat erstreckt sich auf die politische Überwachung und Untersuchung von Parteien, Vereinigungen und Einzelpersonen wegen mutmaßlicher verfassungsfeindlicher

31 Fatina Keilani, „Rentner wird zu einer Geldstrafe von 825 Euro verurteilt – in den Fokus der Ermittler geriet er wegen des «Schwachkopf»-Posts gegen Robert Habeck“, *Neue Zürcher Zeitung*, 18. Juni 2025: <https://www.nzz.ch/international/rentner-wird-zu-einer-geldstrafe-von-825-euro-verurteilt-in-den-fokus-der-ermittler-geriet-er-wegen-dem-schwachkopf-post-gegen-robert-habeck-1d.1889485/>.

32 Siehe jeweils „16-Jährige postete wohl rechtsextreme Inhalte“, *Tagesspiegel*, 19. März 2024: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/16-jahrige-postete-wohl-rechtsextreme-inhalte-polizei-ruckte-offenbar-gar-nicht-wegen-afd-schlumpf-video-an-schule-an-11389201.html/>; „Polizei nennt Details über Internet-Posts einer Schülerin“, *Die Zeit*, 19. März 2024; <https://www.zeit.de/news/2024-03/19/polizei-nennt-details-ueber-internet-posts-einer-schuelerin/>; und Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Greifswald, „Verwaltungsgericht Greifswald stellt Rechtswidrigkeit einer polizeilichen Gefährderansprache gegenüber einer Schülerin fest“, Januar 2025: <https://www.mv-justiz.de/gerichte-und-staatsanwaltschaften/fachgerichte/verwaltungsgerichte/verwaltungsgericht-greifswald/Aktuelles/?id=212106&processor=processor.sa.pressemittelung/>.

Aktivitäten.³³ Dazu zählt auch der eigene ehemalige Chef. Während der Corona-Pandemie hat das BfV, das neben den Landesämtern besteht, seine Kapazitäten erheblich erweitert. Es führt nun eine Liste von Organisationen, denen es „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ vorwirft, und macht diese Liste öffentlich zugänglich. Diese Einstufung gilt auch für Einzelpersonen, die daraufhin privat überwacht werden. Zuvor liefen nur organisierte Gruppen Gefahr, auf dieser Grundlage überwacht zu werden. Der jährliche Verfassungsschutzbericht des BfV ist im Wesentlichen eine öffentliche Schwarze Liste, in der Gruppen genannt werden, die von der offiziellen Politik abweichen oder abweichende Meinungen veröffentlichen. So musste beispielsweise die Tageszeitung Berliner Zeitung die Einstufung als „pro-russisches Medium“ durch die bayerische Zweigstelle des BfV anfechten und schließlich eine Rücknahme erzwingen.³⁴ Auch die unabhängige Journalistin Aya Velázquez wurde auf diese Weise ins Visier genommen, indem das Bundesamt für Verfassungsschutz ihre Artikel wegen „verfassungsschutzrelevanter Delegitimierung des Staates“ überwachte.³⁵ In einem anderen Fall wurde das Compact-Magazin im Juli 2024 aufgrund seiner Einstufung als rechtsextremistisch durch das BfV vollständig verboten und seine Büros wurden durchsucht. Auch die Privatwohnung des Herausgebers Jürgen Elsässer wurde durchsucht.³⁶ Ein Jahr später wurde das Verbot jedoch vom Bundesverwaltungsgericht aufgehoben. Das Gericht entschied, dass Compact zwar verfassungsfeindliches Material verbreitet habe, seine Aktivitäten jedoch nicht die Schwelle für ein Verbot erreichten.³⁷

Parlamentarische Untersuchungen zeigen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und der Bundesnachrichtendienst (BND) auch in den sozia-

33 „Hans-Georg Maaßen: Verfassungsschutz fragt offenbar Daten über ehemaligen Präsidenten ab,“ *Der Spiegel*, August 16, 2023: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/hans-georg-maassen-verfassungsschutz-fragt-offenbar-daten-ueber-frueheren-praesidenten-ab-a-15ee94d1-2c3c-4fce-9a1c-f67eb79c95ec/>.

34 „Bayern muss Verfassungsschutz-Bericht nach Beschwerde der Berliner Zeitung korrigieren“, *Berliner Zeitung*, 9. November 2024: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/verfassungsschutz-zieht-bericht-nach-beschwerde-der-berliner-zeitung-zurueck-li.2253196/>.

35 Aya Velázquez, „In eigener Sache: Ich werde vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet“, *Aya Velázquez*, 4. Juni 2024: <https://www.velazquez.press/p/in-eigener-sache-ich-werde-vom-bundesamt/>.

36 Deborah Cole, „Germany bans 'right-wing extremist' magazine“, *Guardian*, 16. Juli 2024: <https://www.theguardian.com/world/article/2024/jul/16/germany-bans-rightwing-extremist-compact-magazine/>.

37 Thomas Escritt, „German court overturns ban on far-right magazine“, *Reuters*, 24. Juni 2025: <https://www.reuters.com/business/media-telecom/german-court-overturns-ban-far-right-magazine-2025-06-24/>.

len Medien analysieren, was sie als Desinformation oder Einflussnahme durch ausländische Staaten einstufen.³⁸ Der BND wurde 1956 als Nachfolger der Gehlen-Organisation gegründet. Diese war ein Nachrichtendienst, der nach 1945 unter US-Aufsicht von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands gegründet wurde.

Eine weitere wichtige Bundesbehörde, die die Meinungsäußerung reguliert und unterdrückt, ist der **Nationale Cybersicherheitsrat**. Unter dem Vorsitz des Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnologie bringt der Rat hochrangige Vertreter von Ministerien, Ländern und Betreibern kritischer Infrastrukturen zusammen, um die Strategie zu koordinieren. Sein Aufgabenbereich ist die Cybersicherheitspolitik, nicht die Inhaltskontrolle. Die Beratungen sind behördenübergreifend und haben einen beratenden Charakter.

Weitere relevante Bundesbehörden oder -ämter für die Regulierung von Online-Äußerungen sind:

Das [Bundeskriminalamt \(BKA\)](#) ist für die Überwachung der Strafverfolgung zuständig. Es handelt sich dabei jedoch nicht um eine Sprachregulierungsbehörde. Vielmehr nimmt das BKA gemäß § 13 des Gesetzes über digitale Dienste (DDG) in Verbindung mit § 2 des BKA-Gesetzes und Artikel 18 des DSA 2024 Meldungen von Plattformen über mutmaßliche Straftaten entgegen, registriert diese und ermittelt entsprechend.

Das [Bundesamt für Justiz \(BfJ\)](#) war die Verwaltungsbehörde für das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) und bearbeitet noch immer Altfälle. So hat es beispielsweise eine Sanktion in Höhe von 5,1 Millionen Euro gegen Telegram wegen Nichteinhaltung der Melde- und Vertretungspflichten vor Ort verhängt. Durch die Umsetzung des DSA in der DDG haben sich die täglichen Plattformüberwachungsfunktionen zwar verlagert, die Präzedenzfälle des BfJ bleiben jedoch für die Transparenz und die Durchsetzung der Meldepflicht relevant.³⁹

Der **Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)** ist eine unabhängige Bundesbehörde. Er überwacht den Datenschutz bei öffentlichen Stellen des Bundes und bei Anbietern von Telekommunikations- und Postdienstleistungen im privaten Sektor (andere private Datenverantwortliche fallen in den Zuständigkeitsbe-

³⁸ Bundestag 20. Wahlperiode, Drucksache 20/12872, 9. September 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/128/2012872.pdf>.

³⁹ Bundesamt für Justiz, „Bundesamt für Justiz erlässt Bußgeldbescheide gegen das soziale Netzwerk Telegram“, Pressemitteilung, 17. Oktober 2022: <https://www.bundesjustizamt.de/DE/ServiceGSB/Presse/Pressemitteilungen/2022/20221017.html>.

reich der Länderbehörden). Sein Mandat betrifft die DSGVO-konforme Verarbeitung, nicht jedoch Sprachregeln. Die Durchsetzung kann jedoch Moderationssysteme betreffen, die auf der Profilerstellung personenbezogener Daten, dem Zugriff auf Datensätze und Bestimmungen zum Zugang von Forschern gemäß dem DSA beruhen.

Das **Bundespresseamt** (BPA) überwacht mithilfe von Social-Listening-Tools den Online-Diskurs, darunter auch die Beobachtung von Konten, die im Verdacht stehen, Desinformationen zu verbreiten. Die Regierung betont, dass diese Aktivität der Lageerkennung dient, Teil einer umfassenderen, behördenübergreifenden Informationsaustausch-Initiative ist und keine „systematische Aufdeckung“ von Desinformation darstellt. Es wird auch keine Durchsetzungsbefugnis beansprucht.⁴⁰

Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (FFSJ) hat seinen traditionellen Schwerpunkt auf Soziales erweitert und ein Portfolio für digitale Medien hinzugefügt. Dieses zielt darauf ab, den Online-Diskurs zu beeinflussen und zu steuern. Es verwaltet das umfangreiche Programm „Demokratie leben!“. Dieses Programm wird in diesem Bericht ausführlicher behandelt. Es ist zwar dem Namen nach ein Bildungsprogramm, stellt in Wirklichkeit jedoch eine politische Intervention des Ministeriums in die deutsche Gesellschaft dar.

Die DSA der EU wird auf nationaler Ebene durchgesetzt und benennt die Bundesnetzagentur als deutschen Koordinator für digitale Dienste (DSC).⁴¹ Im Rahmen des DSA teilt Deutschland die Durchsetzungszuständigkeiten auf: Die EU-Kommission behält die ausschließliche Aufsicht über sehr große Online-Plattformen (VLOPs) – das sind Online-Plattformen, die in der EU mit mehr als 45 Millionen aktiven Nutzern pro Monat betrieben werden – und sehr große Online-Suchmaschinen (VLOSEs). Die nationalen Behörden – darunter die BNetzA und die Landesmedienanstalten – teilen sich dagegen die Aufsicht über andere Verpflichtungen. Sie können Aufgaben wie Jugendschutz und Datenschutz delegieren. Die DSA legt den Anbietern digitaler Dienste abgestufte Verpflichtungen auf, darunter Notice-and-Action-Verfahren für den Umgang mit illegalen Inhalten, interne Beschwerdeverfahren, Transparenzberichte, Risikobewertungen und Maßnahmen zur Risikominderung. Plattformen, die diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, müssen mit erheblichen Strafen rechnen, darunter möglicherweise Geldbußen in Höhe von sechs Prozent des weltweiten Jahresumsatzes eines

⁴⁰ Bundestag 20. Wahlperiode, Drucksache 20/12872, 9. September 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/128/2012872.pdf/>.

⁴¹ Zu DSC siehe: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/dsa-dscs/>.

Unternehmens oder Suspendierungen.⁴² Ein besonders umstrittener Mechanismus ist das „Trusted Flagger“-System gemäß Artikel 22 des DSA. Dabei werden DSA-zertifizierte Organisationen bei der Einreichung von Meldungen bevorzugt oder beschleunigt behandelt.⁴³ Die Transparenz hinsichtlich der Durchsetzung des DSA in Deutschland ist nach wie vor begrenzt. Öffentliche Unterlagen zu Ermittlungs- oder Disziplinarverfahren sind rar, sodass es schwierig ist zu beurteilen, wie und wann die deutschen Behörden in der Praxis vorgehen.⁴⁴

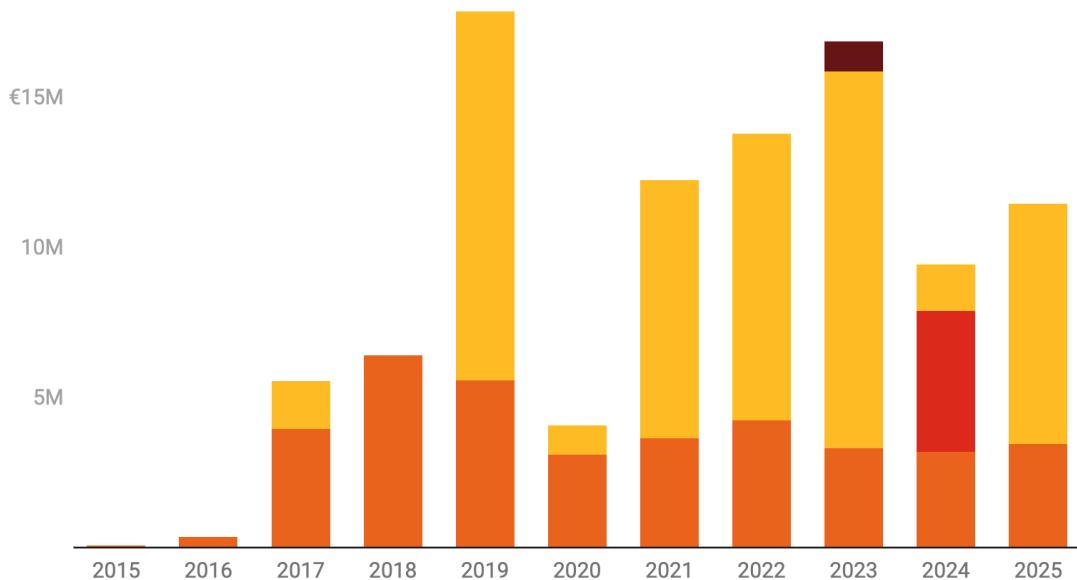
Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung gibt es in Deutschland vier als vertrauenswürdig zertifizierte Flagger-Organisationen, von denen sich jedoch nur zwei mit Desinformation und Hassrede befassen. Die gemeinnützigen Organisationen **REspect!** (zertifiziert im Oktober 2024) und **HateAid** (zertifiziert im Juni 2025) befassen sich mit Hassrede, „digitaler Gewalt“ und terroristischen Inhalten in sozialen Netzwerken und auf Videoplattformen. Zwei weitere Organisationen, der Bundesverband Onlinehandel e. V. und der Verbraucherzentrale Bundesverband, konzentrieren sich ausschließlich auf Verbraucherschutz, Online-Handel, Produktsicherheit und Wirtschaftsbetrug auf digitalen Plattformen und Marktplätzen.

Unter den deutschen Bundesbehörden, die an der Regulierung digitaler Meinungsäußerungen beteiligt sind, haben sich das Innenministerium (BMI) und der von ihm beaufsichtigte Inlandsgeheimdienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), zu den aggressivsten Instrumenten der Überwachung und Zensur entwickelt. Das Justizministerium (BMJV) liefert die rechtliche Grundlage dafür. Die Einstufung von Desinformation als hybride Bedrohung durch das BMI hat die staatliche Überwachung durch Einheiten wie ZEAM und landesweite Polizeieinsätze gegen Online-Äußerungen ausgeweitet. Das BfV übt nun politische Macht aus, indem es Journalisten und Parteien, die es als extremistisch einstuft, öffentlich stigmatisiert. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz des BMJV und seine Nachfolgevorschriften institutionalisieren die privatisierte Zensur und zwingen große Plattformen dazu, von der Regierung festgelegte Äußerungsbeschränkungen durchzusetzen, die in einigen Fällen über die gerichtliche Kontrolle hinausgehen.

-
- ⁴² Siehe Ben Wagner et al., „Mapping interpretations of the law in online content moderation in Germany“, *Computer Law & Security Review*, Band 55, November 2024: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0267364924001201>. Eine Zeitleiste zur Entwicklung des DSA finden Sie unter: <https://digitalpolicyalert.org/change/9716/>.
- ⁴³ Siehe Jacob van de Kerkhof, „Article 22 Digital Services Act: Building trust with trusted flaggers“, in *Internet Policy Review*, Band 14, Nr. 1, März 2025: <https://policyreview.info/articles/analysis/article-22-digital-services-act/>.
- ⁴⁴ Ramsha Jahangir, „What We Don't Know About DSA Enforcement“, *Tech Policy Press*, 8. April 2025: <https://www.techpolicy.press/what-we-dont-know-about-dsa-enforcement/>.
-

Fördermittel ausgewählter deutscher Ministerien, die die Kontrolle von Inhalten im Netz finanzieren

■ Demokratie leben! (ein Programm des BMFSFJ) ■ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) – ausgenommen Demokratie leben! ■ Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) ■ Bundesministerium des Innern (BMI)



Die Bundesländer

Die föderale Struktur Deutschlands gibt den Bundesländern durch die [Landesmedienanstalten](#) die primäre Zuständigkeit für die Regulierung des Rundfunks und der Telemedien (einschließlich des Internets). Diese bedeutende Rolle der Bundesländer unterscheidet Deutschland von den Vereinigten Staaten, wo die Gesetzgebung und Rechtsprechung der Bundesstaaten im Vergleich zu den Initiativen des Bundes eine weitaus geringere Rolle spielen. Die Landesmedienanstalten finanzieren sich aus einem kleinen Prozentsatz der Gesamteinnahmen aus den obligatorischen Rundfunkgebühren, die von jedem deutschen Haushalt erhoben werden. Ihr Gesamtbudget beträgt rund 162 Millionen Euro pro Jahr.⁴⁵ Die Rechtsgrundlage für die Aufsicht auf Landesebene ist der im November 2020 in Kraft getretene Medienstaatsvertrag (MStV), der von allen 16 Landesparlamenten ratifiziert wurde.⁴⁶ Er konsolidiert die Änderungen des Rundfunkstaatsver-

⁴⁵ ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice, Jahresbericht 2023 – Erträge aus dem Rundfunkbeitrag, 25. Juni 2024: <https://presse.rundfunkbeitrag.de/pressreleases/beitragsservice-stellt-jahresbericht-2023-vor-bundesweiter-melddatenabgleich-sorgt-fuer-deutlichen-anstieg-des-wohnungsbestands-3331602/>.

⁴⁶ Benedikt Frank, „Alexa, richte dich nach diesen Regeln“, Süddeutsche Zeitung, 8. November 2020: <https://www.sueddeutsche.de/medien/medienstaatsvertrag-rundfunkstaatsvertrag-neu-regeln-1.5108215/>.

trags von 1991, indem er den Zuständigkeitsbereich der Landesmedienanstalten formell auf Internetplattformdienste ausweitet.

In diesem Zusammenhang wurde die **Kommission für Jugendmedienschutz** (KJM) mit der Umsetzung des **Jugendmedienschutz-Staatsvertrags** (JMStV) beauftragt. Die Aufgabe dieser Gremien besteht darin, Telemedien zu überwachen, Jugendschutzkategorien (Altersfreigaben und -beschränkungen usw.) anzuwenden und Maßnahmen gegen Anbieter einzuleiten. Das Aufgabengebiet der KJM beschränkt sich nicht mehr nur auf Fernsehen und Radio, sondern unterwirft nun auch Online-Äußerungen den Regulierungsstandards, die zuvor nur für Telemedien galten.⁴⁷ In den letzten Jahren haben die Landesmedienbehörden ihre Tätigkeit auf die Überwachung und Bekämpfung von Desinformationen ausgeweitet. Sie veranstalten jährlich eine Konferenz zum Thema „Freiheit schützen“ und erstellen einen Bericht über Fake News. Sie setzen KI-Programme ein, um mutmaßlich illegale und politisch unerwünschte Inhalte – darunter politisch „extreme“ Äußerungen – im Internet zu kennzeichnen und zur Untersuchung oder Anklage an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten.⁴⁸ Im Rahmen der ihnen durch den MStV 2020 übertragenen Befugnisse zur journalistischen und redaktionellen Aufsicht haben die Medienbehörden auch subjektive Meinungen ins Visier genommen und damit faktisch politische Meinungen regulierten Standards unterworfen.⁴⁹

Die staatlichen Medienbehörden unterstützen als Geldgeber auch eine Reihe pädagogischer Initiativen. Diese sollen mithilfe von digitaler Medienkompetenz und Anti-Desinformationskampagnen die Wahrnehmung von Politik und Geschichte durch Jugendliche prägen. Oft erfolgt dies in Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen sowie in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ). Ohne individuelle Meinungsäußerungen dabei aktiv zu regulieren, versuchen diese staatlichen Programme, offizielle Standpunkte als akzeptabel darzustellen und Tabus rund um abweichende Meinungen zu errichten. Ihr Umfang ist enorm: Die staatlichen Medienbehörden überwachen

47 Medienstaatsvertrag (MStV), *Fassung des Fünften Medienänderungsstaatsvertrags, in Kraft seit 1. Oktober 2024*, Länder der Bundesrepublik Deutschland. https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/Rechtsgrundlagen/Gesetze_Staatsverträge/Medienstaatsvertrag_MStV.pdf/; Kommission für Jugendmedienschutz, „Aufgaben und Auftrag“: <https://www.kjm-online.de/ueber-uns/aufgaben-und-auftrag/>.

48 Siehe Sebastian Meineck, „So überwacht die Medienaufsicht das Netz“, *Netzpolitik.org*, 12. Juli 2022: <https://netzpolitik.org/2022/interne-unterlagen-so-ueberwacht-die-medienaufsicht-das-netz/>.

49 Siehe den Brief von Marcus Klöckner, „Wenn Landesmedienanstalten Medien öffentlich an den Pranger stellen“, *NachDenkSeiten*, 28. Mai 2021: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=72874&pdf>.

Blogs, Zeitschriften und YouTube-Kanäle, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des Presserats fallen, der sich zwar selbst reguliert, aber staatlich subventioniert wird.

Nicht alle Landesmedienanstalten setzen die gleichen Instrumente ein. So ist die **Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb)** beispielsweise besonders aktiv bei der Bekämpfung von Desinformationen. Sie finanziert und organisiert gemeinsam mit Google und anderen Partnern manchmal öffentliche Veranstaltungen. Die **Sächsische Landesmedienanstalt (SLM)** nutzt seit 2023 ein KI-System, um Inhalte zu kennzeichnen und an die Strafverfolgungsbehörden sowie an die DSA-Vollzugsbehörde zu melden. Darüber hinaus finanziert sie Projekte zur Förderung der Medienkompetenz und des Journalismus.⁵⁰ Die **Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen (LfM NRW)** verfolgt hingegen eine Politik der Strafverfolgung anstelle einfacher Löschungsanordnungen, wenn es um Online-Äußerungen geht, die mutmaßlich gegen das Strafrecht verstößen.⁵¹ Die entsprechende Behörde in **Niedersachsen (NLM)** hat mit JUUUPORT eine Jugendplattform eingerichtet, die ein Online-Seminar zum Thema „Fake News in Zeiten von Corona“ anbot. In diesem Seminar wurde die Diskussion über die Pandemie als zu hinterfragendes Problem dargestellt und mit Desinformation und Belästigung in Verbindung gebracht.⁵² Die NLM hat außerdem erklärt, dass strafrechtlich relevante Äußerungen „nicht ungestraft bleiben dürfen“, und hat Meldemechanismen eingerichtet, damit Medienunternehmen Online-Kommentare direkt an Polizeidienststellen weiterleiten können. Ein lokaler Justizminister warnte unter Berufung auf dieses Meldesystem die Öffentlichkeit mit folgenden

50 Zur Verwendung von KI durch die SLM für die Kennzeichnung siehe „Datenverarbeitung beim Einsatz des Aufsichtstools ‚KIVI‘“, SLM-Homepage: <https://www.slm-online.de/datenschutz-aufsichtstool-kivi/>; zu den Details des SLM-Budgets und den Programmen siehe den SLM-Jahresbericht 2023/2024: https://www.slm-online.de/fileadmin/user_upload/Jahresbericht_der_SLM_2023_2024.pdf.

51 „Wie die Landesanstalt für Medien NRW gegen Fake News vorgehen will“, WDR, 25. September 2024:

„Die Landesanstalt will die Durchsetzung des Rechts [...] professionalisieren und vor allem dann einschreiten, wenn Fake News offensichtlich politisch motiviert sind.“

<https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/landesanstalt-medien-nrw-gegen-fake-news-100.html>. Weitere Informationen zur politischen Lage in NRW nach den Kommunalwahlen im September 2025 finden Sie bei Wolfgang Streeck, „The AfD Storm Has Only Just Begun: Liberal Lawfare Will Fail“, *Unherd*, 16. Oktober 2025: <https://unherd.com/2025/10/the-afd-storm-has-only-just-begun/>.

52 Siehe die Seminarseite bei NLM: *Safer Internet Day: Juuuport-Scouts stellen in Online-Pressegespräch ihr Online-Seminar zu „Fake News in Zeiten von Corona“ vor*. Das Seminar fand am 3. Februar 2021 in Hannover statt: <https://www.nlm.de/aktuell/pressemitteilungen/pressemeldungen/safer-internet-day-juuport-scouts-stellen-im-online-pressegespraech-ihr-online-seminar-zu-fake-news-in-zeiten-von-corona-vor/>.

Worten: „Sie sollten sich bewusst sein, dass ein schnell getippter Satz im Internet vor Gericht einen Monatslohn oder mehr kosten kann.“⁵³

In Deutschland erfolgt die Lastenteilung in Form einer doppelten Aufsicht durch die Länder und die Bundesbehörden. Wie bereits erwähnt, überwacht die Bundesnetzagentur als DSA-Durchsetzungsstelle (DSC) die Einhaltung der europaweiten DSA in Deutschland und koordiniert sich mit den *Trusted Flaggern* HateAid und REspect!. Dies sind Organisationen mit „besonderer Fachkompetenz und Erfahrung bei der Identifizierung und Meldung illegaler Inhalte“, die häufig auf Länderebene tätig sind.⁵⁴

In der Regel sind es NGOs oder Forschungsinstitute, die beim DSC den Status eines *Trusted Flaggers* beantragen. Vor der Genehmigung überprüft das DSC, ob der Antragsteller über das nötige Fachwissen verfügt und von den zu überwachenden Plattformen unabhängig ist. Der *Trusted Flagger* verfasst anschließend eine Meldung, in der er das verdächtige Material beschreibt, die geltende Rechtsgrundlage angibt (zum Beispiel Hassrede oder Material über sexuellen Kindesmissbrauch), einen direkten Link oder eine Kennung bereitstellt, damit die Plattform den Inhalt finden kann, und alle unterstützenden Beweise beifügt. Diese Meldung wird direkt an den betreffenden Online-Dienstleister (z. B. YouTube, Instagram, TikTok oder X) weitergeleitet. Gemäß Artikel 22 Absatz 2 der DSA muss die Plattform die Meldung vorrangig behandeln und unverzüglich bearbeiten. Nachdem die Plattform Maßnahmen ergriffen (oder abgelehnt) hat, informiert der *Trusted Flagger* das DSC über das Ergebnis. Das DSC protokolliert den Fall, überwacht die Einhaltung der Vorschriften und kann eingreifen, wenn es die Reaktion für unzureichend hält. Der *Trusted Flagger* muss jährlich einen Bericht in deutscher oder englischer Sprache veröffentlichen. In diesem müssen die Gesamtzahl der eingereichten Meldungen, die Kategorien der gemeldeten illegalen Inhalte, die von den Plattformen ergriffenen Maßnahmen und etwaige Streitigkeiten aufgeführt sein. Vor kurzem hat die DSC ein Online-Portal eingerichtet, über das sowohl *Trusted Flagger* als auch die Öffentlichkeit Meldungen direkt in das System einstellen können.⁵⁵

Die Medienbehörden der Länder setzen die Verpflichtungen aus MStV und JMStV unterdessen auf der Grundlage ihrer eigenen gesetzlichen Befugnisse gegen-

53 Siehe die Erklärung der Landesmedienanstalt NLM, „Hatespeech darf nicht folgenlos bleiben“: <https://www.nlm.de/aktuell/pressemitteilungen/pressemeldungen/hatespeech-darf-nicht-folgenlos-bleiben/>; einen Überblick über den Rahmen des Workshops finden Sie unter: <https://www.juuuport.de/infos/online-seminare/>.

54 Das DSA Trusted Flagger-Programm wird auf der Website der Bundesnetzagentur beschrieben: <https://www.dsc.bund.de/DSC/DE/4TrustedF/start.html/>.

55 DSC-Beschwerdeportal: <https://www.dsc.bund.de/DSC/DE/3Verbraucher/3VB/start.html/>.

über Mediendiensten durch.⁵⁶ Die Bundes- und Landesebene interagieren und überschneiden sich. So untersucht beispielsweise eine Medienbehörde in Hamburg oder Hessen jedes für die Allgemeinheit bestimmte Telemedienangebot auf Verstöße gegen den JMStV gemäß dem Landesvertrag, während die Bundesnetzagentur für die Einhaltung der DSA-Vorschriften für denselben Anbieter zuständig ist.⁵⁷ Dies führt zu einem mehrschichtigen Apparat, in dem die Bundesbehörde selbst dann Prioritäten auf Landesebene festlegt, wenn es um Bildung geht, obwohl dies laut dem verfassungsrechtlichen Rahmen der Republik ein Vorrecht der Länder ist. Dementsprechend hat die Zentralisierung in den Berliner Ministerien die verfassungsrechtliche Garantie der Dezentralisierung in der Praxis außer Kraft gesetzt. Diese soll eine offizielle, zentralisierte Regulierung des Diskurses verhindern.

EU-Agenturen

Institutionen auf EU-Ebene sind für einen Teil der Medienregulierung in Deutschland zuständig, einschließlich der Regulierung internetbasierter Meinungsäußerungen. Die Europäische Kommission hat ein eigenes Programm zur Digitalpolitik, das sich auf die gesamte EU bezieht. Der DSA bildet die Grundlage für die spezifischen Rechtsvorschriften aller Mitgliedstaaten und die Kommission legt ihre Außenpolitik, einschließlich eines Sanktionsregimes, das den Zugang zu Medien betrifft, selbst fest. Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 verbieten beispielsweise EU-Sanktionen den Zugang zu den russischen Medienkanälen RT und Sputnik einschließlich ihrer Online- und Social-Media-Präsenz. Im Jahr 2025 wurden sogar einzelne Journalisten persönlich sanktioniert, darunter die deutschen Staatsbürger Alina Lipp, Thomas Röper und Hussein Dogru, angeblich wegen pro-russischer – und im Fall von Dogru auch pro-palästinensischer – Berichterstattung. Im Fall von Dogru führten strenge zusätzliche Beschränkungen für Bankgeschäfte und Reisen, die als Reaktion auf eine ihm vorgeworfene „hybride Bedrohung“ verhängt wurden, zu einem faktischen Ausschluss aus der Gesellschaft ohne ein ordentliches Verfahren.⁵⁸

-
- 56 Einen Überblick über die Rolle des Koordinators für digitale Dienste finden Sie unter: https://www.dsc.bund.de/DSC/DE/_Home/start.html.
 - 57 Die Medienaufsichtsbehörden unter der Aufsicht der Medienanstalt Hessen und der Medienanstalt Hamburg werden auf den folgenden Websites beschrieben: ma-hsh.de und medienanstalt-hessen.de
 - 58 Weitere Informationen zu diesem speziellen Fall finden Sie bei Hüseyin Dogru, „How the EU is using anti-Russia sanctions to criminalize journalism“, 16. Juni 2025: <https://diem25.org/how-the-eu-is-using-anti-russia-sanctions-to-criminalise-journalism>.
-

Die seit 2024 in Kraft befindliche DSA ist ein umfassender Rahmen für die Moderation von Inhalten, der eine eigene Durchsetzung auf deutscher Ebene in Form des Digitalen-Dienste-Gesetzes (DigiDG) erfordert. Dieses Gesetz hat das NetzDG effektiv ersetzt. Die DSA ist auch mit dem **Europäischen Gremium für digitale Dienste** (EDPB) verbunden, der ihre Umsetzung in der gesamten Union koordiniert. Weitere auf EU-Ebene geltende Vorschriften, die sich auf Online-Äußerungen auswirken, sind die **Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien** (EDMO) und ihre spezielles Zentrum in Deutschland und Österreich, das German-Austrian Digital Media Observatory. Dieses von der Kommission geförderte Netzwerk koordiniert „Reaktionen auf Desinformationskampagnen“ in den Mitgliedstaaten und hat damit erheblichen Einfluss darauf, was als Desinformation eingestuft und behandelt wird. Die 2018 in Kraft getretene **Datenschutz-Grundverordnung** (DSGVO) enthält Bestimmungen zur automatisierten Profilerstellung von Inhalten.⁵⁹ Die seit 2024 in Kraft befindliche DSA ist ein umfassender Rahmen für die Moderation. Die 2018 geänderte **Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie)** erweitert die Regulierung auf Videoplattformen und verlangt Maßnahmen gegen Hassreden, Desinformationen und Ähnliches. Die **EU Terrorist Content Verordnung** (TCO) von 2021 auf erlegt Plattformen und nationalen Behörden strenge Verpflichtungen, gemeldete Äußerungen aus Sicherheitsgründen zu entfernen. Solche Anordnungen unterliegen zwar einer gerichtlichen Überprüfung, sind jedoch exekutiver Natur und dienen außenpolitischen Zielen. Tatsächlich kommen sie Sanktionen gleich.⁶⁰

Deutscher Atlantizismus und die USA

Schließlich muss erwähnt werden, dass die Vereinigten Staaten erheblichen Einfluss auf die Regulierung von Online-Äußerungen und Meinungen in Deutschland ausgeübt haben. Seit dem Amtsantritt der zweiten Trump-Regierung im Januar 2025 sind gewisse widersprüchliche Entwicklungen zu beobachten. Trump und die republikanische Mehrheit haben Europa unter Druck gesetzt, seine Zensur- und Regulierungsmaßnahmen zu reduzieren – grundsätzlich unter Berufung auf die Meinungsfreiheit, de facto jedoch zur Verteidigung der kommerziellen Interessen von US-Plattformen und Technologieunternehmen. Gleichzeitig hat die

⁵⁹ Electronic Frontier Foundation, „Unintended Consequences, European-Style: How the New EU Data Protection Regulation will be Misused to Censor Speech“, 20. November 2015: <https://www.eff.org/deeplinks/2015/11/unintended-consequences-european-style-how-new-eu-data-protection-regulation-will/>.

⁶⁰ European Center for Not-for-Profit Law, ECNL schließt sich CSO-Koalition in Gerichtsverfahren gegen EU-Verordnung über terroristische Inhalte an, 8. November 2023: <https://ecnl.org/news/ecnl-joins-cso-coalition-court-case-against-eus-terrorist-content-regulation/>.

Trump-Regierung die Budgets für US-Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation in Europa gekürzt. Dennoch verfolgt ein mächtiges atlantisches außenpolitisches Establishment weiterhin die Ziele der US-amerikanischen Nationalen Verteidigungsstrategie von 2018, die unter Trump in dessen erster Amtszeit verabschiedet wurde. In dieser wird die Informationskriegsführung als ein Schlüsselbereich des strategischen Wettbewerbs identifiziert. In der Praxis fördert der parteiübergreifende Konsens über eine Escalation in der Ukraine eine stärkere Repression durch europäische Staats- und Regierungschefs. Diese sind gezwungen, diese unpopuläre Politik durchzusetzen, wenn sie die Sicherheitsgarantien der USA behalten wollen. Direkt oder indirekt – entweder durch die diplomatische Förderung von Regulierung und Zensur im Rahmen ihrer bilateralen Beziehungen zu Berlin und Brüssel oder durch die Erlangung von Zugeständnissen in Bezug auf höhere Militärausgaben und einseitige Handelsvereinbarungen – schränken die USA Deutschlands Herangehensweise an den digitalen öffentlichen Raum letztlich ein.

In seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 verdeutlichte der US-Vizepräsident J. D. Vance die Widersprüche des deutschen Atlantizismus. Sie wurde am Vorabend der Kürzungen bei der US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) gehalten und signalisierte einen Rückzug von der Politik der Regierung unter Joe Biden, Desinformation im Ausland zu bekämpfen. Vances Rede empörte die in Bayern versammelten europäischen Verbündeten der USA. Vance erinnerte sein Publikum an die Grundprinzipien der liberalen Demokratie und betonte: „Man kann kein demokratisches Mandat gewinnen, indem man seine Gegnerzensiert.“ Er schlug vor, Demagogie rund um „Falschinformationen“ als selbstverschuldeten Schaden für die „gemeinsamen Werte“ des Westens zu betrachten.⁶¹ Die Rede markierte somit eine rhetorische Abkehr von der Politik der Unterdrückung politischer Meinungsäußerungen aus Gründen der nationalen Sicherheit. In der Praxis war diese versprochene Kehrtwende jedoch weitaus weniger eindeutig. Wie bereits erwähnt, hat der Einfluss der USA auf Deutschlands Engagement für eine Escalation in der Ukraine sowie für die Eindämmung Chinas und die Remilitarisierung – die Anhebung der Verteidigungsausgaben auf fünf Prozent des BIP – genau jene Bedingungen in Deutschland geschaffen,

61 Vance: „Alles, von unserer Ukraine-Politik bis hin zur digitalen Zensur, wird als Verteidigung der Demokratie verkauft, aber wenn wir sehen, wie europäische Gerichte Wahlen absagen und hochrangige Beamte damit drohen, weitere Wahlen abzusagen, sollten wir uns fragen, ob wir uns selbst an einem angemessen hohen Standard messen.“ Siehe J.D. Vance, „Remarks by the Vice President at the Munich Security Conference“, 14. Februar 2025, The American Presidency Project, University of California, Santa Barbara:

<https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-the-vice-president-the-munich-security-conference-0/>.

die eine Liberalisierung des öffentlichen Raums verhindern und damit Berlins zunehmend restriktiven Ansatz in Bezug auf Online-Äußerungen verstärken.

Der amerikanische Einfluss auf die deutsche Internetpolitik beschränkt sich nicht auf die erklärten Präferenzen einer einzelnen Regierung. Er resultiert aus dem anhaltenden Machtungleichgewicht zwischen den beiden Staaten. Acht Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterhalten die USA weiterhin eine starke konventionelle Militärpräsenz auf dem Kontinent: Etwa 85.000 Soldaten sind innerhalb der EU stationiert, davon über 38.000 in Deutschland.⁶² Das Kommando über die NATO gibt den USA effektiv die Kontrolle über die Sicherheitsinfrastruktur Deutschlands und durch die Kontrolle über Luft-, See- und Nuklearstreitkräfte die Hoheitsgewalt im europäischen Raum.⁶³

Atlantizistisch ausgerichtete außenpolitische Thinktanks wie der Atlantic Council oder der German Marshall Fund treiben die außenpolitische Agenda eines von den USA geführten Atlantizismus in Deutschland voran. Ihre Finanzierung und ihre Aktivitäten bleiben formal unabhängig von der Regierung, doch sie unterstützen ausnahmslos deren Politik. Während der ersten Amtszeit von Trump und der Amtszeit von Biden bedeutete dies die Förderung zunehmend restriktiver Internetkontrollen. Darüber hinaus entwickeln und unterstützen Stiftungen, deren Vorstände und Beiräte mit ehemaligen Beamten besetzt sind und die von Branchen in strategisch wichtigen Militärsektoren wie Luft- und Raumfahrt, Chipherstellung oder Rohstoffindustrie finanziert werden, die historisch vom Staat abhängig sind, atlantische außenpolitische Ziele.

Ursprünglich ein Produkt der frühen Phase des Kalten Krieges basierte dieses Atlantik-Regime historisch gesehen auf der Stationierung von Truppen und militärischer Ausrüstung – einschließlich von der NATO verwalteter Waffen – sowie auf diplomatischen, kulturellen und geschäftlichen Vertretungen und Stiftungen wie dem Atlantic Council (einem Ableger der NATO) und der Atlantik-Brücke.⁶⁴ Aufgrund veränderter Kriegsführungsmethoden, durch die die Grenzen zwischen Öffentlichkeitsarbeit für das heimische Publikum und Propaganda für die feindliche Bevölkerung verschwimmen, und der doppelten Verwendbarkeit vieler ziviler Kommunikationstechnologien für militärische Zwecke, hat sich der Schwerpunkt jedoch, wie zu Beginn dieses Berichts erläutert, auf die „hybride Kriegsführung“

⁶² Molly Carlough, Benjamin Harris, Abi McGowan, „Where Are U.S. Forces Deployed in Europe?“ (Wo sind US-Streitkräfte in Europa stationiert?), Council on Foreign Relations, 27. Februar 2025: <https://www.cfr.org/article/where-are-us-forces-deployed-europe/>.

⁶³ Für einen historischen Überblick siehe Diana Johnstone, *The Politics of Euromissiles: Europe's Role in America's World* (London und New York: Verso, 1984), *passim*.

⁶⁴ Eine detaillierte Geschichte der Atlantik-Brücke findet sich bei Anne Zetsche, *The Atlantik-Brücke and the American Council on Germany, 1952–1974* (London: Palgrave, 2021), *passim*.

verlagert.⁶⁵ Think Tanks des atlantischen außenpolitischen Establishments sind daher mehr denn je Teil eines viel weiter gefassten Kriegsschauplatzes, der Massenmedien und neue Medien umfasst. In einigen Fällen unterstützen Think Tanks oder Stiftungen, die mit der Bekämpfung ausländischer Einflussnahme und Desinformation beauftragt sind, auch Simulationen und Militärübungen, die Cyber- und Informationskriegsführung beinhalten.⁶⁶

Der 1961 gegründete **Atlantic Council** versteht sich als de facto politischer Arm der NATO. Sein Ziel ist es, die öffentliche Unterstützung für das Bündnis zu stärken. Er präsentiert sich als überparteiliche Drehscheibe für NATO-zentrierte Politik. Sein im Jahr 2017 gegründetes **Digital Forensic Research Lab** (DFRLab) hat sich allgemein der Bekämpfung von Desinformation verschrieben und spielte eine zentrale Rolle in der „2020 Election Integrity Partnership“. Interne E-Mails enthüllten, dass das DFRLab auf Geheiß des US-Heimatschutzministeriums in Zusammenarbeit mit der Stanford University, dem Social-Media-Analyseunternehmen Graphika und der University of Washington gegründet wurde. Es unterstützte Social-Media-Plattformen dabei, verfassungsrechtlich geschützte Äußerungen zu entfernen.⁶⁷ Seine Folgeinitiative, das „Virality Project“, stufte „Berichte über echte Nebenwirkungen von Impfstoffen“ als „Malinformation“ ein, die von Online-Plattformen unterdrückt werden sollten.⁶⁸ Ein Bericht von Mitarbeitern des US-Repräsentantenhauses aus dem Jahr 2023 kritisierte diese Bemühungen als Einschränkung der rechtmäßigen Meinungsäußerung.⁶⁹

Den Twitter Files zufolge veranstaltete DFRLabs 2018 in Berlin den Anti-Desinformationsgipfel „360/OS Summit“, an dem hochrangige Entscheidungsträger wie die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright, ein ehemaliger schwe-

⁶⁵ Die kommunalen Amerikahäuser, die aus der Zeit der alliierten Besatzung unmittelbar nach dem Krieg stammen, gibt es noch immer in großen und kleinen deutschen Städten. Sie fördern kulturelle und politische Programme, die die Außenpolitik der USA stärken, die in Zeiten hybrider Kriegsführung kaum noch zwischen der eigenen Bevölkerung und der Bevölkerung des Feindes unterscheidet.

⁶⁶ Siehe beispielsweise die Aktivitäten der verschiedenen NATO-Kompetenzzentren, darunter die Simulation des Stratcom COE in Riga, Training für Informationskriegsführung: <https://stratcomcoe.org/projects/information-environment-simulation-platform-inforange/3/>.

⁶⁷ Andrew Lowenthal, „The Virality Project was a government front to coordinate censorship“, Network Affects, 12. November 2023: <https://networkaffects.substack.com/p/the-virality-project-was-a-government/>.

⁶⁸ Matt Taibbi, Twitter Files berichtet über das Virality Project, X, 9. März 2023: <https://x.com/mtaibbi/status/1633830108321677315/>.

⁶⁹ Siehe *Zwischenbericht des Ausschusses für Justiz und des Sonderunterausschusses für die Militarisierung der Bundesregierung* vom 6. November 2023: https://judiciary.house.gov/sites/evo-subsites/republicans-judiciary.house.gov/files/evo-media-document/EIP_Jira-Ticket-Staff-Report-11-7-23-Clean.pdf/.

discher Ministerpräsident, ehemalige Präsidenten Estlands und Polens, ein ehemaliger US-Direktor des Nationalen Nachrichtendienstes, die Nobelpreisträgerin Maria Ressa und der Milliardär Reid Hoffman teilnahmen. Ebenfalls anwesend waren der Vorstandsvorsitzende des Axel-Springer-Verlags, Matthias Döpfner, und Wolfgang Friedrich, der damalige Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz. Die Teilnehmer der Veranstaltung trafen sich auch mit den damaligen deutschen Justiz- und Innenministern. Bundeskanzlerin Merkel war zwar eingeladen, aber nicht anwesend. Im Jahr 2021 sprach die deutsche Außenministerin, Annalena Baerbock, auf dem EU-US Future Forum des Atlantic Council.

Die NATO fördert auch ein Netzwerk außenpolitischer Thinktanks namens „Centres of Excellence“. Das Strategic Communications Centre of Excellence (StratCom COE) der Allianz ist beispielsweise eine von der NATO akkreditierte multinationale Militärorganisation, deren erklärtes Ziel es ist, die strategische Kommunikation der Alliierten durch Forschung, Ausbildung und Doktrinentwicklung zu verbessern. StratCom ist zu einem wichtigen Knotenpunkt im europäischen Online-Sprachregime geworden. In seinen regelmäßigen Berichten behauptet das Zentrum, botgesteuerte Einflussoperationen identifiziert zu haben. In seinen Studien zur Manipulation sozialer Medien hat es wiederholt unechte Interaktionen gekauft, um die Durchsetzung der Plattformregeln zu testen. Dabei hat es festgestellt, dass die überwiegende Mehrheit der gefälschten Likes, Views und Kommentare wochenlang online blieb.⁷⁰ Eine Übung aus dem Jahr 2019 zur Überprüfung der Einsatzbereitschaft von Soldaten zeigte, wie kostengünstig Akteure Daten sammeln und plattformunabhängiges Verhalten induzieren können.⁷¹

Das StratCom COE positioniert seine Arbeit als Unterstützung des EU-Verhaltenskodexes gegen Desinformation und übt Druck auf Plattformen aus, damit diese ihre Regulierung und Zensur verschärfen. Zudem verfolgt es eine Strategie, die Informationskriegsführung, Propaganda und Öffentlichkeitsarbeit miteinander verbindet und sich sowohl an das heimische Publikum innerhalb des NATO-Raums als auch an ein ausländisches Publikum richtet.⁷² Im Jahr 2023 arbeitete StratCom mit DFRLabs bei einer Veranstaltung in Lettland zusammen. Dort tauschten NATO-Partnerregierungen bewährte Methoden zur Aufdeckung, Meldung und Eindämmung staatlich geförderter Desinformation aus. Die Ver-

⁷⁰ Die Berichterstattung des NATO StratCom COE über die russische Invasion in der Ukraine finden Sie hier: <https://stratcomcoe.org/publications/robotrolling-20221/243/>.

⁷¹ „NATO Group Catfished Soldiers to Prove a Point About Privacy“, *Wired*, 18. Februar 2019: <https://www.wired.com/story/nato-stratcom-catfished-soldiers-social-media/>.

⁷² Brett Boudreau, „We Have Met the Enemy and He Is Us“: An Analysis of NATO Strategic Communications: The International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan, 2003–2014 (Riga: NATO StratCom COE, 2016), S. 31, 58–59; 237–38; 281–82.

anstaltung stand auch in direktem Zusammenhang mit einer progressiven Veranstaltung zum Thema digitale Menschenrechte.⁷³ DFRLab hat mehrfach erklärt, dass es seit 2016 mit dem NATO StratCom COE in den Bereichen Forschung, Ausbildung und Politikentwicklung zusammenarbeitet.⁷⁴ Auf diese Partnerschaft wird in den eigenen Updates von DFRLab zur NATO StratCom Dialogue Agenda häufig Bezug genommen.

Zu den Organisationen, die während der Bundestagswahl im Februar 2025 wegen russischer Einflussnahme Alarm schlugen, gehörte auch die in Berlin ansässige **Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik** (DGAP). Die 1955 gegründete DGAP bezeichnet sich selbst als Mitgliederinstitut für Außenpolitik und hat durch ihre politikwissenschaftlichen Forschungsergebnisse sowie den Aufbau von Netzwerken großen Einfluss. Sie zählt mehr als 2.800 Mitglieder und veranstaltet jährlich über 150 Events in ihren Räumlichkeiten in Berlin. Ihre Einnahmen stammen aus Mitgliedsbeiträgen, institutioneller Unterstützung durch das Auswärtige Amt sowie Spenden von Einrichtungen wie dem Verteidigungsministerium, der Europäischen Kommission, der Stiftung Mercator und den Open Society Foundations (OSF). Im Rahmen ihres Technologieprogramms führt die DGAP die dreijährige „Deutsch-amerikanische Initiative zu Influencern, Desinformation und Demokratie im digitalen Zeitalter“ durch. Diese wird vom Transatlantikprogramm der Bundesregierung und dem ERP-Fonds des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) finanziert. Zu den Veröffentlichungen gehört der Policy Brief „Mobilizing Social Media Influencers“ (Frühjahr 2023).

Der [European Council on Foreign Relations](#) (ECFR) ist ein 2007 gegründeter, paneuropäischer Thinktank mit Hauptsitz in Berlin (Niederlassungen befinden sich in London, Madrid, Paris, Rom, Sofia, Warschau, Washington, D.C. und Brüssel). Er veröffentlicht Policy Briefs und Kommentare und sponsert verschiedene Konferenzen, die sich mit der Außenpolitik der Atlantischen Allianz befassen. Zu den jüngsten Veröffentlichungen gehören „Disinformation for Beginners: How access to TikTok is Threatening European Security“ (Juni 2025), in dem strengere Kontrollen der Plattform gefordert werden, sowie „Digital Deceptions: How a European Democracy Shield Can Help Tackle Russian Disinformation“ (Mai 2024) sowie der Policy Brief „Democratic Defence: How Italy Can Lead the Fight against Russian Disinformation“. Das Rom-Büro des ECFR hat Workshops wie „Disinformation Storm: Managing the Unmanageable?“ (Juni 2024) und „Countering Disinformation as a Global Challenge“ (November 2024) veranstaltet. An ersterem nahmen drei Referenten von [Globsec](#), [Alliance4europe](#) und [NewsGuard Tech](#)

73 <https://www.atlanticcouncil.org/programs/digital-forensic-research-lab/360os/>.

74 Andrew Lowenthal, „Twitter Files Extra: How the World’s “No-Kidding Decision Makers” Got Organized“, *Racket News*, 7. Juni 2023: <https://www.racket.news/p/twitter-files-extra-how-the-worlds/>.

nologies, einer führenden Organisation im Bereich Nachrichtenranking, teil. Im Spenderverzeichnis des ECFR sind das Auswärtige Amt, mehrere EU-Außenministerien, die Europäische Kommission, OSF und Google als Geldgeber aufgeführt. Die dem Rat gewährten Zuschüsse sind dabei recht allgemein gehalten und gehen nicht speziell auf Falschinformationen und Desinformation ein.

Die 1952 vom Bankier Eric M. Warburg und gleichgesinnten Politikern und Journalisten in Hamburg gegründete **Atlantik-Brücke** ist ein privater deutscher Verein, der die junge Bundesrepublik in der westlichen Allianz verankern sollte. Die in Berlin ansässige Gruppe fungiert als Mitgliedernetzwerk und Think Tank und organisiert Seminare, Studienreisen sowie geschlossene Dialoge mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Militär aus den USA und Europa. Ihr Ziel ist es, die transatlantische Zusammenarbeit für demokratische Stabilität und Wirtschaftswachstum zu stärken. In den letzten Jahren hat die Atlantik-Brücke das Thema Desinformation auf ihre Agenda gesetzt und Analysen zu russischen Propagandakampagnen sowie zur Bedrohung durch Deepfake-Videotechnologie veröffentlicht.⁷⁵

Der 1972 mit westdeutschen Mitteln als Zeichen der Dankbarkeit für den Marshallplan gegründete **German Marshall Fund** (GMF) begann als amerikanische Stiftung, unterhält heute jedoch Niederlassungen in ganz Europa. Der GMF ist im Bereich der öffentlichen Diplomatie der NATO tätig. So war er beispielsweise 2019 Mitveranstalter des Gipfeltreffens „NATO Engages“ in Zusammenarbeit mit der Abteilung für öffentliche Diplomatie der NATO. Im Jahr 2024 erschien die NATO schließlich selbst auf der Liste der Geldgeber des GMF. Die Alliance for Securing Democracy des GMF unterhält ein Büro in Berlin und erhält direkte Unterstützung von der deutschen Regierung. Sie entwickelte die Dashboards Hamilton 68 und Hamilton 2.0, um angebliche russische Desinformation im Internet in den USA zu verfolgen. Diese Dashboards wurden berüchtigt dafür, dass sie wiederholt legitime Meinungsäußerungen fälschlicherweise als „Desinformation“ bezeichneten und damit falsche Behauptungen über russische Bots, die die US-Präsidentenwahl 2016 beeinflusst hätten – bekannt als Russiagate-Affäre – untermauerten. Die Washington Post und andere Medien waren gezwungen, Korrekturen zu veröffentlichen, nachdem sie sich in ihrer Berichterstattung auf die Hamilton-Dashboards verlassen hatten.⁷⁶ Unter Außenministerin Annalena Baerbock finanzierte das deutsche Außenministerium die GMF.

75 Gavin Wilde, „Russian Propaganda in the Southern Hemisphere: A Simplistic Scapegoat“, Atlantik-Brücke Blog, 29. Juni 2023: <https://www.atlantik-bruecke.org/en/russian-propaganda-in-the-southern-hemisphere-a-simplistic-scapegoat/>.

76 „The Post Issues Minor Corrections in Coverage of Hamilton 68“, Washington Post, 18. Mai 2023: <https://www.washingtonpost.com/pr/2023/05/18/post-issues-minor-corrections-coverage-hamilton-68/>.

Baerbock selbst nutzte GMF-Foren wie das India Trilateral Forum, um die Politik Berlins im Indopazifik zu artikulieren. Dies deutet auf eine weitere enge Zusammenarbeit mit der GMF in der Außenpolitik hin.⁷⁷

77 Annalena Baerbock, „Opening Statement at GMF’s India Trilateral Forum“, 6. Dezember 2022: <https://www.gmfus.org/news/opening-statement-foreign-minister-annalena-baerbock-gmfs-india-trilateral-forum/>.



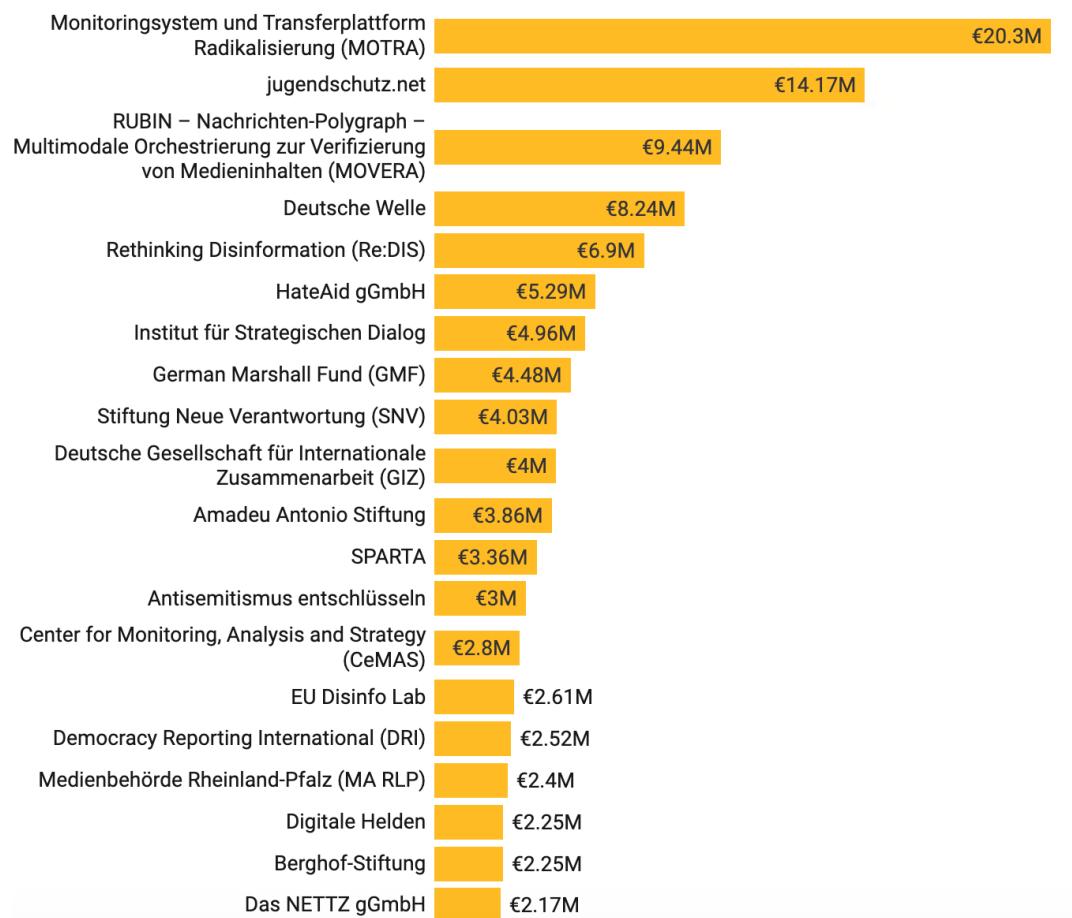
Finanzierung

Die Finanzierung der Regulierung von Online-Äußerungen in Deutschland – von der direkten Zensur durch Kennzeichnung und Meldung bis hin zu Aufklärung und Schulung – erfolgt durch den Staat sowie durch unabhängige Förderstiftungen. Wie im vorigen Abschnitt erläutert, erfolgt die staatliche Unterstützung solcher Bemühungen auf mehreren Ebenen: von der Bundesebene bis hin zu den Landesregierungen und Behörden – in Abstimmung mit Brüssel und Washington. Staatliche Mittel fließen auch an bestimmte Stiftungen, die zwar privat sind, aber tendenziell die offizielle Politik unterstützen. Diese „öffentlich-privaten Partnerschaften“ werden immer häufiger. Sie sind ein Aspekt einer neuen politisch-wirtschaftlichen Regelung zur Auslagerung staatlicher Aktivitäten. Politisch gesehen weisen sie auch auf eine neuartige Form der elitären Verwaltung des öffentlichen Raums hin. In dieser können Unternehmen und andere private Interessen legislative oder parlamentarische Hindernisse für die Politikgestaltung effektiv umgehen. Dies wird erreicht, indem eine Politik, die sonst demokratischem Druck oder gerichtlicher Überprüfung unterliegen würde, direkt durch exekutive oder bürokratische Mittel umgesetzt wird.⁷⁸ Private Auftragnehmer und Stiftungen, die staatliche Dienstleistungen übernehmen oder staatliche Aktivitäten von öffentlicher Bedeutung finanzieren, sind allesamt Mittel zu diesem Zweck.

Die in Deutschland tätigen Geldgeber, die sich mit Zensur oder damit verbundenen Aktivitäten befassen, lassen sich grob wie folgt kategorisieren: *Bundesministerien, die EU und andere direkte staatliche Förderer* unterstützen Regulierung und Zensur direkt über staatliche oder EU-Behörden. Staatliche Programme und *quasi-staatliche Stiftungen* agieren als Hilfsorgane der Bundes-, Landes- und Kommunalregierungen sowie -ministerien. Sie finanzieren entweder selbst oder ergänzend die Finanzierung etablierter öffentlicher Politik auf allen Ebenen. *Private Stiftungen* und *Unternehmensstiftungen*, die gemeinnützigen philanthropischen Zweige großer kommerzieller Technologieunternehmen, finanzieren oder implementieren dagegen selbst konzipierte Maßnahmen und treiben in Zusammenarbeit mit den staatlichen Regulierungsbehörden bestimmte politische Ziele voran. Da staatliche Mittel konsistenter offengelegt werden als private Quellen, sind öffentliche Mittel in der [Datenbank](#) von liber-net stärker vertreten.

⁷⁸ Für einen Überblick über diese Entwicklung siehe Peter Mair, *Ruling the Void: The Hollowing of Western Democracy* (London und New York: Verso, 2013).

Größte Förderer von Programmen zur Kontrolle von Inhalten im Netz in Deutschland



Bundesministerien, EU und andere direkte staatliche Fördermittel

Die staatliche Finanzierung für die Regulierung und Zensur von Online-Äußerungen in Deutschland macht den mit Abstand größten Teil der Unterstützung aus.⁷⁹ Von 2016 bis 2025 belaufen sich die Mittel der Bundesländer und des Bundes zusammen auf 105.559.330 Euro. Dabei hat sich das Wachstum zwi-

⁷⁹ Das Ungleichgewicht zugunsten dokumentierter staatlicher Finanzierungsquellen könnte auf Auswahlverzerrungen aufgrund öffentlich zugänglicher Informationen zurückzuführen sein.

schen 2020 und 2021 mehr als verdreifacht und zwischen 2022 und 2023 erneut fast verdoppelt.⁸⁰

Mit insgesamt 56 Millionen Euro ist das **Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR, vormals BMBF)** seit 2017 der größte ministerielle Geldgeber für Maßnahmen zur Regulierung von Online-Äußerungen und zur Bekämpfung von Desinformation. Der Großteil dieser Mittel fließt in die technische Umsetzung der Regulierung von Meinungsäußerungen, beispielsweise in die Überwachung und Kennzeichnung. Zu den größten Empfängern, die seit 2023 über 9 Millionen Euro erhalten haben, gehört **RUBIN – News-Polygraph: Multimodal Orchestration for Media-Content Verification (MOVERA)**. In diesem Programm arbeiten deutsche Rundfunkanstalten, Forschungsinstitute und Technologieunternehmen zusammen, um die Authentizität von Online-Nachrichten und -Medien zu überprüfen.⁸¹ **VERITAS** (ein „intelligentes, umfassendes und selbstlernendes System zur Erkennung und Bekämpfung von Desinformation“) und **HybriD**, das am Institut für Kommunikationswissenschaft (IfK) in Münster angesiedelt ist und sich mit hybrider Propaganda befasst, haben seit 2021 jeweils rund zwei Millionen Euro für ähnliche Projekte erhalten.

Zwischen 2019 und dem voraussichtlichen Enddatum 2028 wird das BMFTR voraussichtlich über 20 Millionen Euro für das **Monitoringsystem und die Transferplattform Radikalisierung (MOTRA)** ausgeben. MOTRA wird von der Universität Hamburg, der Technischen Universität Darmstadt, dem German Institute for Global and Area Studies Hamburg, der Polizeihochschule Nordrhein-Westfalen und der Polizeiakademie Sachsen-Anhalt betrieben. Das Projekt, das auch Mittel vom Bundesministerium des Innern (BMI) und vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) erhält, setzt verschiedene Formen der Überwachung ein, um radikalisierende Strömungen in der Gesellschaft aufzudecken. Dazu werden eine Kombination aus Umfragen, Verfolgung

⁸⁰ Zum Vergleich siehe Florian Warweg, „Im Zweifel war's der Russe: Bundesregierung steigert Ausgaben für Maßnahmen gegen 'Desinformation' um 455%“, *NachDenkSeiten*, 16. Oktober 2025. (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=140674>). Warwegs Bericht stützt sich auf eine parlamentarische Anfrage, die einen erstaunlichen Anstieg der Mittel zur Bekämpfung von „Desinformation“ aufzeigt – wobei dieser Begriff so weit gefasst ist, dass jede Anschuldigung der Desinformation mit ausländischer Einmischung und Spionage gleichgesetzt wird. Warwegs Bericht und die ihm zugrunde liegenden Quellen weisen auf ein exponentielles Ausgabenwachstum in diesem Bereich von 2020 bis 2024 hin.

⁸¹ Zu den Partnern des Programms gehören Crowdee, ein Spin-off der Technischen Universität Berlin, das auf Crowdsourcing-Daten zurückgreift, das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) und das Fraunhofer IDMT, das Ton- und Videomaterial analysiert. Die Deutsche Welle und der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) leisten Beiträge, Delphai/Intapp liefert Datenanalysen, und Universitäten in Potsdam, Erfurt und Jena bieten Forschungsunterstützung.

von Protestveranstaltungen, statistischen Daten und Open-Source-Internetanalysen genutzt.

Die [Bundeszentrale für politische Bildung \(bpb\)](#) ist für die politische Bildung auf Bundesebene zuständig und hat seit 2021 mindestens 636.000 Euro an mehrere Programme und Agenturen verteilt. Zu den Empfängern zählen das [Institut für Strategischen Dialog \(ISD\)](#), [CORRECTIV](#) und das [Zentrum für die liberale Moderne](#) für sein Projekt „Aufbau und Stärkung russisch-deutscher (Mikro-) Influencer für Demokratie im Internet“.

Die im Februar 2022 im Bundeskriminalamt (BKA) mit Sitz in Wiesbaden in den Vollbetrieb gegangene [Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet \(ZMI\)](#) ist die zentrale Anlaufstelle für NetzDG-Meldungen über mutmaßlich strafbare Äußerungen in Deutschland. Social-Media-Unternehmen leiten Beiträge von Nutzern, die als potenziell rechtswidrig eingestuft werden, an die ZMI weiter. Die Mitarbeiter der ZMI führen eine erste rechtliche Prüfung durch und leiten bestätigte Fälle dann an die Staatsanwaltschaft weiter. Von Juni 2021 bis Februar 2024 wurden rund 20.900 Meldungen übermittelt, von denen 83 Prozent als strafbar eingestuft und 75 Prozent zur Strafverfolgung an eine Landesbehörde weitergeleitet wurden. Das BKA prognostizierte für 2022 etwa 250.000 NetzDG-Meldungen und 150.000 neue Strafverfahren pro Jahr, sobald die großen Plattformen die Vorschriften einhalten.⁸² Das ZMI stützt sich auf ein föderales Netzwerk: HessenGegenHetz, RExpect!, Bayerns Konsequent gegen Hass sowie die Landesmedienanstalten. Diese leiten Bürgerbeschwerden nach Wiesbaden weiter. Durch die Konzentration der Triage in einer Bundespolizeieinheit ist die Sprachkontrolle in das System der deutschen Strafjustiz eingebettet, statt in die Medienregulierung oder Zivilprozesse.

Seit 2023 hat das [Auswärtige Amt](#) knapp 3,7 Millionen Euro für solche Maßnahmen bereitgestellt. Zu den größten Empfängern zählen die ISD, die [Deutsche Welle](#) und das Programm [Disinfo Radar](#), die zusammen knapp ein Drittel der Gesamtsumme erhalten. Bemerkenswert ist auch, dass das Auswärtige Amt Gelder für die „Bekämpfung von Falschinformationen“ ins Ausland überweist, unter anderem an [deutsche Botschaften](#) in Afrika, im Nahen Osten und in Südamerika.

Die **EU** finanziert direkt Dutzende Organisationen in Deutschland. Seit 2018 hat sie mindestens 30 Millionen Euro für Maßnahmen gegen Desinformation bereit-

⁸² Siehe Markus Decker, „Hass im Netz: BKA rechnet mit 150.000 Strafverfahren pro Jahr“, *RedaktionsNetzwerk Deutschland*, 11. Januar 2022: <https://www.rnd.de/politik/internet-strafbare-inhalte-bka-rechnet-mit-150-000-verfahren-pro-jahr-STYQR7G3BVBBPKK4VRTZOLNO5Y.html>.

gestellt. Zu den Empfängern von EU-Zuschüssen in Höhe von über einer Million Euro gehören die deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Deutsche Welle, die von 2021 bis 2024 vier Millionen Euro für ihr Programm „Media Fit“ zur Regulierung von Informationen über den Krieg in der Ukraine erhielt, sowie 1,5 Millionen Euro im Jahr 2023 für ihr Projekt „Media in Libya: Immune Against Disinformation“. Die EU unterstützte auch das interdisziplinäre Projekt SPARTA (Society, Politics and Risk with Twitter Analysis) der Universität der Bundeswehr in München mit einem Zuschuss von über drei Millionen Euro, der zwischen 2021 und 2024 ausgezahlt wurde. Seit 2023 hat sie weitere 1.640.000 Euro an das ISD für dessen STRIVE-Projekt überwiesen. Dieses befasst sich mit der digitalen Dimension von „Hass, Polarisierung und Extremismus“ in Afrika und im Nahen Osten.

In ihrer Funktion als direkte Geldgeberin offizieller und öffentlich bekannter deutscher Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation hinterlässt die US-Regierung überraschend geringe Spuren. So hat sie [seit 2018 lediglich etwas mehr als 400.000 Dollar an 14 Organisationen verteilt](#).

Hauptempfänger von Fördermitteln des Auswärtigen Amtes für die Kontrolle von Inhalten im Netz

Förderempfänger	▼ Gesamtbetrag	Anzahl der Förderungen	Erstbeginn
Institut für Strategischen Dialog	€1,094,742	4	2023
Democracy Reporting International (DRI)	€540,000	2	2023
Deutsche Botschaft in Estland	€484,836	3	2023
Deutsche Welle	€450,000	2	2023
Aspen Institute Germany	€291,916	2	2023
Missions Publiques	€258,451	1	2023
DebunkEU.org	€112,000	1	2023
Deutsche Botschaft in Nigeria	€100,000	1	2023
Deutsche Botschaft in Mali	€90,332	1	2024
Deutsche Botschaft in Südsudan	€75,575	1	2023

Offizielle Programme und quasi-staatliche Stiftungen

Der deutsche Staat arbeitet mit quasi-staatlichen Stiftungen und Programmen zusammen, um die Regulierung des Online-Diskurses zu finanzieren. Diese widmen sich in erster Linie der Durchsetzung bestehender Gesetze wie dem DSA, der Beobachtung und Meldung strafbarer politischer Äußerungen sowie der Aufklärung. Programme wie **Demokratie Leben!** (DL) sind direkt an Bundesministerien angebundene Programme. Im Fall von DL stellt beispielsweise das

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) die Mittel bereit und legt die Agenda fest. DL wiederum finanziert fast 50 Organisationen mit 170 Einzelzuschüssen, deren Empfänger von Parteistiftungen bis hin zu religiösen und zivilgesellschaftlichen Organisationen reichen. Andere Quasi-Stiftungen sind gemeinnützige, private Organisationen, die ebenfalls zur Durchsetzung oder Koordinierung der staatlichen Politik beitragen. Ein Beispiel ist die [Amadeu Antonio Stiftung](#). Parteistiftungen wie die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und die [Heinrich-Böll-Stiftung](#) erhalten dagegen direkt Bundesmittel, entsprechend der Vertretung ihrer Parteien im Bundestag. Durch die Vergabe von Fördermitteln entwickeln sie die politische Ausrichtung ihrer Parteien. In diesem Sinne sind sie quasi-parlamentarisch und reagieren daher stärker auf den Druck der Wählerschaft.⁸³

Eine weitere bemerkenswerte, quasi-staatliche Stiftung ist die akademisch ausgerichtete [Deutsche Forschungsgemeinschaft \(DFG\)](#). Ihre heutige Form geht auf das Jahr 1951 zurück. Obwohl es sich um eine nach privatem Recht selbst-verwaltete Organisation handelt, die somit formal unabhängig ist, stammen 70 Prozent der von ihr vergebenen Mittel von der deutschen Bundesregierung, 29 Prozent von den Ländern und ein Prozent von der EU. Im Jahr 2025 bewilligte die DFG der Humboldt-Universität zu Berlin 6,9 Millionen Euro für das Projekt „Rethinking Disinformation (Re:DIS)“. In diesem Projekt werden verschiedene Facetten von Desinformation, hybrider Kriegsführung und Ähnlichem in den verschiedenen Fachbereichen der Universität untersucht. Bemerkenswert ist, dass der Begriff „Desinformation“ in ihrer jüngsten Ausschreibung um Aussagen erweitert wurde, die zwar faktisch wahr sein mögen, aus Sicht der Re:DIS-Gutachter aber dennoch nicht hilfreich sind: „Re:DIS [...] verwendet ‚Desinformation‘ als Oberbegriff für öffentlich verbreitete Inhalte, die die epistemische Position der Empfänger verschlechtern, unabhängig vom Wahrheitswert der Inhalte oder den Absichten ihrer Produzenten.“⁸⁴

83 Angesichts der Art und Weise, wie solche Stiftungen finanziert werden, hinkt die Reaktionsfähigkeit jedoch erheblich hinterher, oft um viele Jahre. Parteien müssen mindestens drei aufeinanderfolgende Legislaturperioden (in der Regel etwa 12 Jahre) im Bundestag vertreten sein, bevor sie Anspruch auf eine Förderung durch die Bundesstiftung haben – eine Regelung, die neuere Parteien benachteiligt. Parteien, die bereits seit zwei Legislaturperioden im Bundestag vertreten sind, können hingegen einen Rückgang unter die Fünf-Prozent-Hürde für Parlamentssitze in einer Legislaturperiode verkraften; die Präsenz in den Landesparlamenten berechtigt die Parteien zudem zu separaten Fördermitteln. Diese Regelung wurde erst im Zusammenhang mit der AfD eingeführt; zuvor erhielten parteinahme Stiftungen auch ohne diese Voraussetzung staatliche Mittel.

84 Siehe „Prioritätsprogramm ‚Disinformation neu denken (Re:DIS)‘ (SPP 2573)“, DFG-Newsletter, 5. Juni 2025:
<https://www.dfg.de/en/news/news-topics/announcements-proposals/2025/ifr-25-45/>.

Das oben erwähnte Programm „**Demokratie leben!**“ (DL) ist das zentrale Förderinstrument der deutschen Bundesregierung zur Bekämpfung von staatlich definiertem Extremismus und verdient besondere Aufmerksamkeit. Seine jährlichen Mittel belaufen sich mittlerweile auf fast 200 Millionen Euro, wobei der Schwerpunkt auf „Verschwörungsnarrativen“ und Hassreden im Internet liegt.⁸⁵ Über 300 kommunale Partnerschaften für Demokratie, 16 Landeszentren und rund 400 bundesweite Modellprojekte werden von „Demokratie leben!“ gefördert. Zu den Förderempfängern gehört das Projekt „Bundesarbeitsgemeinschaft gegen Hass im Netz“ von **DAS NETTZ**, das im Zeitraum 2021–2024 insgesamt fast zwei Millionen Euro von DL erhalten hat. Das **Archiv der Jugendkulturen e.V.** erhielt für sein Projekt „sUPpress – Medienkompetenz für Engagement und Selbstwirksamkeit“ von 2020 bis 2024 jährlich 226.500 Euro und seit 2021 mehr als 1,3 Millionen Euro. Die Organisation **CORRECTIV** erhielt unterdessen 140.876 Euro für das Projekt „Brandherd Desinformation“, das als Schulungsprogramm für Freiwilligenorganisationen gegen Desinformation auf TikTok beworben wurde. Der Verein **Neue Deutsche Medienmacher*innen e.V.** erhielt zwischen 2016 und 2025 insgesamt über 2.150.000 Euro für Projekte gegen Hassrede. HateAid und die Neuen Deutschen Medienmacher*innen haben von 2016 bis 2020 fast drei Millionen Euro bzw. über zwei Millionen Euro von der DL erhalten. Mit Abstand größter Empfänger von DL-Mitteln ist **Jugendschutz**: Seit 2017 erhielt die Organisation insgesamt 8,8 Millionen Euro aus acht verschiedenen Zuschüssen, unter anderem für Maßnahmen zur Bekämpfung „extremistischer Inhalte“ und „pro-russischer Propaganda“ sowie der Verbreitung von „Verschwörungstheorien“ auf verschlüsselten Messaging-Plattformen wie Telegram.⁸⁶

Ebenfalls in enger Zusammenarbeit mit dem Staat und mit finanzieller Unterstützung von DL arbeitet die **Amadeu-Antonio-Stiftung**. Seit 2017 hat die Stiftung insgesamt 1.287.000 Euro von DL sowie seit 2024 direkt vom BMFTR 930.000 Euro und von 2021 bis 2023 über 743.000 Euro vom BMJV (vormals BMJ) für das Projekt „Firewall – Hass im Netz begegnen“ erhalten. Die im Jahr 1998 gegründete Stiftung bezeichnet sich selbst als Deutschlands größte private Nichtregierungsorganisation zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Von ihrem Berliner Büro aus verteilt die Stiftung als Geldgeber für andere Initiativen derselben Ausrichtung Spenden,

85 Im Haushalt 2023 erhielt die Bundesstiftung Demokratie leben! rund 182 Millionen Euro. Nach dem Entwurf des Bundeshaushalts 2026 wird ihre Zuweisung gegenüber 2025 um 9 Millionen Euro erhöht. Siehe „Kabinett verabschiedet Etatentwurf – Ausgaben von gut 520 Milliarden Euro geplant“, *Deutschlandfunk*, 30. Juli 2025: <https://www.deutschlandfunk.de/kabinett-verabschiedet-etatentwurf-ausgaben-von-gut-520-milliarden-euro-geplant-100.html>.

86 Siehe Jugendschutz-Jahresbericht 2022, S. 8: https://www.jugendschutz.net/fileadmin/daten/publikationen/en/annual_reports/annual_report_2022/.

Ministerialzuschüsse und Gelder aus dem Technologiesektor an mehr als 150 lokale Projekte pro Jahr. Insbesondere ihre überaus weit gefasste Definition von Antisemitismus, die politische Kritik an Israel, die Teilnahme an Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionskampagnen (BDS) sowie die Benutzung des Holocausts als historische Analogie umfasst, spiegelt eine engstirnige politische Sichtweise wider, die als bürgerliche Verantwortung dargestellt wird.⁸⁷

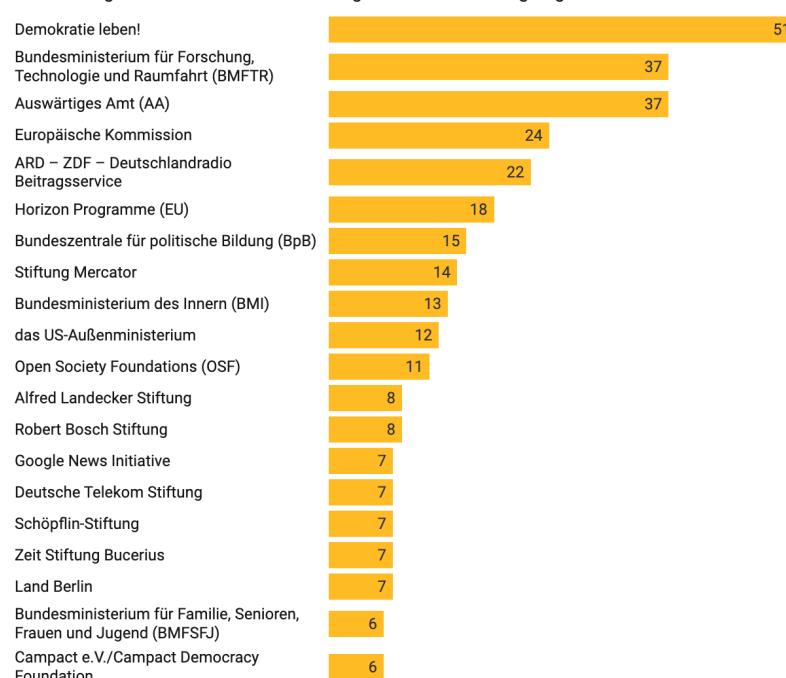
Die größten Empfänger von Fördermitteln für die Kontrolle von Inhalten im Netz aus dem Programm „Demokratie leben!“

Ein Programm des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ)

Förderempfänger	▼ Gesamtbetrag	Anzahl der Förderungen	Erstbeginn
jugendschutz.net	€8,787,160	8	2017
HateAid	€2,924,210	7	2020
Neue deutsche Medienmacher*innen e.V.	€2,151,861	10	2016
Bildungsstätte Anne Frank	€1,952,791	10	2020
Das NETZ	€1,907,004	4	2022
Berghof-Stiftung	€1,630,283	10	2017
Open Knowledge Foundation Deutschland	€1,463,231	2	2017
Archiv der Jugendkulturen e.V.	€1,371,000	6	2020
Amadeu Antonio Stiftung	€1,287,195	8	2017
Die Rederei gUG	€875,000	5	2020
Drudel 11 e.V.	€753,982	6	2015
UFUQ e.V.	€750,000	3	2017
Zentrum Liberale Moderne (LibMod)	€726,087	4	2021
gut.org gAG			2017
Betterplace L			2021
Das Institut fi			2025
Jugendstiftur			2025
Kubus e.V.			2017
Bund für Sozi			2017
Sapere Aude			2017

Die wichtigsten Geldgeber für die Kontrolle von Inhalten im Netz in Deutschland

Nach Häufigkeit einzelner Förderbeziehungen mit Durchführungsorganisationen



Die der CDU/CSU nahestehende **Konrad-Adenauer-Stiftung** (KAS) verspricht Unterstützung für Projekte zur Demokratieförderung, Parteiausbildung und Informationsintegrität. Für die Projekte im Programmreich I (Stärkung des Online-Engagements – Gegen Hass im Internet) und die SmartCamps zur Bekämpfung von Extremismus und zur Stärkung der Demokratie erhielt sie 348.000 Euro an staatlichen Mitteln über DL. Weitere Beispiele für die Aktivitäten der KAS in diesem Bereich sind die wiederkehrende Unterstützung des westafrikanischen Faktenprüfungsnetzwerks Dubawa, des indischen First Check (DataLEADS) und des European Values Center in Prag, das von der NATO unterstützt wird. Letzteres organisiert den European Values Summit (ehemals Stratcom Summit), der als „bester europäischer Fachgipfel zur Bekämpfung von Desinformation“ gilt. Sein Programm „Kremlin Watch“ schlägt hinsichtlich der russischen Public Diplomacy und Kommunikation Alarm und liefert Analysen an Politico, France 24 und die New York Times.⁸⁸ Die KAS betreibt außerdem gemeinsam mit der privaten Hertie School of Governance in Berlin den „Business Council for Democracy“. Im Jahr 2024 veröffentlichte sie eine Studie über angeblich KI-generierte Desinformation in Europa und Afrika und bezeichnete diese als „neue Waffe der Massenverblendung“. In der Studie werden sofortige Schutzmaßnahmen (Erkennung, Kennzeichnung, schnelle Entfernung) in Verbindung mit einem längerfristigen, kontinentübergreifenden Rahmen für Regulierung, Aufklärung und Unterstützung bei der Faktenprüfung sowie eine kontinuierliche Überwachung gefordert, um zu verhindern, dass KI-generierte Desinformation den demokratischen Diskurs auf beiden Kontinenten untergräbt.⁸⁹

Private Stiftungen⁹⁰

Private Stiftungen, die sich an der atlantizistischen Außenpolitik orientieren, üben einen wachsenden Einfluss auf die Informationspolitik und die öffentliche Debatte in Europa aus. Zu den weltweit größten privaten philanthropischen Organisationen zählen die **Open Society Foundations** (OSF), die im Jahr 2023 Ausgaben in Höhe von 1,7 Milliarden US-Dollar verzeichneten und bis heute mehr als 50.000 Förderungen gewährt haben. In der öffentlichen Förderdatenbank der

⁸⁸ Siehe European Values Summit 2024: <https://europeanvalues.cz/en/summit/summit-2024/> und Kremlin Watch Program: <https://europeanvalues.cz/en/our-programs/kremlin-watch/>.

⁸⁹ Karen Allen und Christopher Nehring, „AI-Generated Disinformation in Europe and Africa“, Konrad-Adenauer-Stiftung, 31. Januar 2025: <https://www.kas.de/en/web/medien-afrika/einzeltitel/detail/-/content/new-study-ai-generated-%20disinformation-in-europe-and-africa/>.

⁹⁰ Angesichts der Art der öffentlich zugänglichen Daten ist eine umfassende Kartierung der privaten Seite der Förderpraxis in Deutschland eine komplexe Aufgabe, die liber-net im kommenden Jahr in Angriff nehmen will.

OSF ist eine Gruppe deutscher Empfänger aufgeführt, die sich mit Desinformation und Hassreden im Internet befassen. So erhielt das **Institute for Strategic Dialogue** (ISD) im Jahr 2023 100.000 US-Dollar von der OSF „zur Unterstützung der Forschung zur Bekämpfung von Desinformation in Deutschland“. Über die **Campact Democracy Foundation** leitete die OSF im Jahr 2021 jeweils 150.000 US-Dollar an **HateAid** und das Gegenrede-Kollektiv #ichbinhier weiter.

Ebenso spielt die US-amerikanische **Hewlett Foundation** mit einem Vermögen von 13,3 Milliarden US-Dollar eine bedeutende Rolle in Deutschland. Über ihr Portfolio „Demokratie, Rechte und Regierungsführung“ finanziert sie NGOs auf beiden Seiten des Atlantiks. So hat die deutsche Denkfabrik **Stiftung Neue Verantwortung** (SNV) von Hewlett Fördermittel erhalten, um sich mit der Verbreitung und den Auswirkungen von Falschinformationen sowie mit Cybersicherheit und transatlantischer Digitalpolitik zu befassen. Die Hewlett Foundation hat zudem über 3 Millionen Dollar zur Unterstützung der „Alliance for Securing Democracy“ (ASD) bereitgestellt. Auch die Initiative „Digital Innovation and Democracy“ des German Marshall Fund wurde von Hewlett unterstützt.⁹¹ Insgesamt positionieren diese Zuschüsse die Hewlett Foundation als eine der führenden Quellen für US-amerikanische Unterstützung im Bereich der „digitalen Governance“ in Deutschland und der EU.

Die **Bertelsmann Stiftung** ist eine private Stiftung, die mit dem globalen Verlagskonzern Bertelsmann SE & Co. KGaA verbunden ist. Sie investiert Dividenden in gemeinnützige Projekte. Vier mit der Familie Bertelsmann verbundene Stiftungen halten unter der Leitung der Bertelsmann Stiftung mittlerweile rund 80 Prozent der Kapitalanteile des Medienkonzerns und garantieren so eine stabile Finanzierung. Die Bertelsmann Stiftung finanziert einige der prominentesten Diskurswächter Deutschlands, darunter Finance Watch, die Amadeu Antonio Stiftung, die Stiftung Neue Verantwortung und das Zentrum Liberale Moderne.

Die in Essen ansässige **Stiftung Mercator** verfügt über ein Stiftungsvermögen von rund 1,2 Milliarden Euro. Im Jahr 2023 bewilligte sie beispielsweise 55 Millionen Euro für 79 neue Projekte. Zu den jüngsten Förderungen gehören 257.000 Euro an die ISD für AHEAD.TECH (2024), ein Projekt zur Erforschung angeblicher systemischer Risiken für demokratische Wahlen, die sich aus Falschinformationen und Desinformationen ergeben. Eine Förderung in Höhe von 500.000 Euro an Reset Tech Action sollte die Einhaltung der DSA (2024) verbessern, auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2025.⁹² Die DSA-Koordinierungsgruppe der

⁹¹ Eine durchsuchbare Datenbank der Fördermittel der Hewlett Foundation finden Sie hier: <https://hewlett.org/grants/>.

⁹² Die vollständige Liste der Fördermittel für Mercators Abteilung „Digitalisierte Gesellschaft“ finden Sie hier: <https://www.stiftung-mercator.de/en/what-we-work-on/projects/>

Zivilgesellschaft, die 2024 mit 350.000 Euro gefördert wurde, bringt über 40 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammen, um die Umsetzung der DSA zu koordinieren. Auch HateAid hat Mercator-Mittel für die Durchsetzung der DSA erhalten.

Die mit rund 5,4 Milliarden Euro ausgestattete **Robert Bosch Stiftung** mit Sitz in Stuttgart bewilligte im Jahr 2024 Fördermittel in Höhe von 182 Millionen Euro, davon 11 Millionen Euro für Projekte im Bereich „Stärkung der Demokratie“.⁹³ Seit 2017 ist die Stiftung ein aktiver Initiator und Geldgeber von Initiativen zur Bekämpfung von Desinformation und zur Förderung der Medienkompetenz. So gründete sie in jenem Jahr das Netzwerkzentrum „Das NETTZ“ gegen Hassrede im Internet, das bis 2022 unterstützt und ab 2020 von der Stiftung Mercator mitfinanziert wurde. 2020 gründete sie gemeinsam mit der ISD Germany und der Hertie-Stiftung den Business Council for Democracy (BC4D). Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, Mitarbeiter darin zu schulen, Desinformationen, Hassreden und Verschwörungstheorien zu erkennen. Zu den jüngeren Initiativen gehört die Unterstützung der Kampagne #UseTheNews „Jahr der Nachrichten“ (2024) sowie die Kofinanzierung des BetterPost-Projekts der Neuen deutschen Medienmacher*innen zusammen mit der DL.

Das 11 Millionen Euro schwere Demokratieportfolio der Bosch-Stiftung ist beträchtlich, doch es sind nur begrenzt Details über seine genaue Funktionsweise verfügbar. Hier spielen die Wurzeln der Branche eine Rolle: Projekte zur Förderung der digitalen Kompetenz, die auf die Widerstandsfähigkeit am Arbeitsplatz abzielen, passen sowohl zu den Interessen der Bosch-Personalabteilung als auch zur Rhetorik Berlins, die Demokratie zu verteidigen. Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf gleichgesinnte Netzwerke, wodurch eine atlantische Ausrichtung der Plattformregulierung verstärkt wird und abweichende Standpunkte in den Hintergrund gedrängt werden. Dies spiegelt sich auch in den vage formulierten Versprechen von Bosch zur Bekämpfung von Verschwörungstheorien wider. Ebenso umfangreich ist das Ukraine-Portfolio der Stiftung. Doch ihre erklärten Ziele, das Land nach einem einseitigen Akt russischer Aggression „besser wie-deraufzubauen“ oder „widerstandsfähiger“ zu machen, verschleiern die regionale Geschichte, in der die NATO eine Hauptrolle in der Logik der Eskalation spielt.⁹⁴

93 „Robert Bosch Stiftung setzt auf die Stärkung der Demokratie“, Pressemitteilung, 27. Februar 2025: <https://www.bosch-stiftung.de/de/presse/2025/02/robert-bosch-stiftung-setzt-auf-die-staerzung-der-demokratie>.

94 Bosch Stiftung, „Ukraine Engagement“, <https://www.bosch-stiftung.de/en/foerdergebiet/ukraine-engagement/>.

Unternehmensstiftungen

Unternehmensstiftungen gehören zu den auffälligsten Akteuren bei der öffentlich-privaten Finanzierung von Vorschriften zur Regulierung von Online-Äußerungen und prägen auch deren allgemeine Ausrichtung. Sie konzentrieren sich auf den Telekommunikations- und Informationssektor und werden fast alle von multinationalen Konzernen unterstützt. In der Praxis kann ihre Ausrichtung jedoch eher global (wie bei der Google News Initiative) oder stärker auf den deutschen Kontext zugeschnitten (wie im Fall von Vodafone und Bertelsmann) sein.⁹⁵ Unternehmensstiftungen, die in der Regel mit einem kleinen Teil des Nettogewinns ihrer verbundenen Unternehmen arbeiten, richten sich oft aus Notwendigkeit und Bequemlichkeit nach dem Regulierungssystem Berlins aus.⁹⁶

Die [Telekom-Stiftung](#) (auch Deutsche Telekom Stiftung genannt) ist hauptsächlich intern tätig und arbeitet gelegentlich mit Universitäten oder Landesministerien zusammen. Von 2022 bis 2023 gab die Stiftung 4,81 Millionen Euro für die Kampagne „No Hate Speech“ der Telekom-Gruppe aus. An dieser Kampagne waren die zivilgesellschaftlichen Partner HateAid, Das NETZ und [#IchBin-Hier](#) beteiligt, um gezielt gegen Desinformation vorzugehen. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Förderung von „Maßnahmen gegen Hassreden, wo immer sie auftreten“.⁹⁷

Die [Vodafone Stiftung Deutschland](#) ist der deutsche Zweig des globalen Netzwerks der Vodafone Foundation. Sie konzipiert vorwiegend Studien und Pilotprojekte, die eine Verbesserung der digitalen Kompetenzen, der Online-Sicherheit und der Bürgerbeteiligung versprechen. Eine der wichtigsten Initiativen ist das PR-Programm Klickwinkel, das Schülern der Sekundarstufe dabei helfen soll, Desinformationen und Hassreden zu erkennen. Forschungsergebnisse wie „Jung | Digital | Sozial?“ (2019) sowie eine Jugendumfrage aus dem Jahr 2018 zum Thema Fake-News-Kompetenz fließen in politische Briefings und gelegentliche Seminare ein, die mit Partnern wie der Hertie School in Berlin durchgeführt wer-

⁹⁵ Weitere Informationen zu diesem speziellen Bereich der Unternehmensphilanthropie finden Sie in Kapitel 5 zum Thema „Plattformen“.

⁹⁶ Insbesondere US-amerikanische Unternehmen wie Facebook und Google sind Zielscheibe der Regulierungsmaßnahmen Brüssels und Berlins und dürften den europäischen Regierungen und der EU-Bürokratie in Fragen der Regulierung der Meinungsäußerung aus der Not heraus nachgeben; dasselbe galt für Unternehmen aus dem Silicon Valley in Bezug auf die US-Bundesregierung. Siehe „*Federal Policy Proposals to Protect Digital Free Speech in the United States*“, liber-net, 3. März 2025, S. 2: https://liber-net.org/wp-content/uploads/2025/03/liber-net_Federal-Policy-Proposals-Report_3.3.25.pdf.

⁹⁷ Weitere Informationen finden Sie im Jahresbericht 2022–2023 der Deutschen Telekom Stiftung: <https://jahresbericht.telekom-stiftung.de/22-23/>; zur Initiative „Augen auf“ siehe: <https://www.telekom.com/de/konzern/details/gegen-hass-im-netz-augen-auf-1092962/>.

den. Vodafone finanzierte auch „FactsforFriends“, angeblich, um Corona-bezogene Desinformationen zu bekämpfen. Das Projekt setzte jedoch Faktenprüfer und Journalisten in einer einseitigen Anstrengung ein, um „die Akzeptanz der getroffenen Maßnahmen“ zu erzwingen, indem es den medizinischen, wissenschaftlichen und allgemeineren politischen Diskurs überwachte.⁹⁸ Eine Kampagne aus dem Oktober 2024 versprach, „Fake News und Hassreden zu bekämpfen“ und „zu verhindern, dass Lügen, Manipulation und Hassreden in den Köpfen von Kindern und Jugendlichen Fuß fassen“.⁹⁹

Bei [O2 Telefónica Deutschland](#) gibt es einen Bereich namens „Digitale Verantwortung“, der Programme zu Cybermobbing, Desinformation und Hassrede überwacht. Im Jahr 2020 startete das Unternehmen gemeinsam mit der Selbstregulierungsorganisation FSM¹⁰⁰ und anderen Partnern die Initiative WAKE UP!, die eine Webserie, interaktive Lernmodule und Unterrichtsmaterialien bereitstellt, um Jugendliche über Cybermobbing, Desinformation und Hassrede aufzuklären. Im Jahr 2021 entwickelte das Unternehmen zusammen mit der [Stiftung Digitale Chancen](#) das Informationspaket „**Faktisch betrachtet – fit gegen Fake News**“ für Senioren im Rahmen des Programms „Digital mobil im Alter“. Auch wenn diese Programme zur politischen Bildung neutral klingen, verfolgen die digitalen Unterrichtsmaterialien, Videoclips, Live-Streams und Workshops von WAKE UP! ein explizit politisches Ziel. Auf seiner Website warnt WAKE UP!, dass „Desinformation die politische Meinungsbildung und Wahlentscheidungen beeinflussen kann ... und schlimmstenfalls zu radikalen, antidemokratischen Einstellungen führen kann“.¹⁰¹ Tatsächlich ist es das Ziel von WAKE UP!, junge Menschen nicht nur darin zu schulen, Desinformationen zu erkennen, sondern auch „angemessene“ politische Präferenzen zu entwickeln. Dabei wird Desinformation, nicht echte politische Meinungsverschiedenheiten, als einzige Ursache für sich wandelnde und oft „radikale“ politische Trends unter jungen Menschen dargestellt.

⁹⁸ Siehe: <https://www.prototypefund.de/projects/facts-for-friends/>. Mittlerweile ist bekannt, dass das, was 2020 als unanfechtbarer wissenschaftlicher Konsens präsentiert wurde, nichts dergleichen war und dass die Öffentlichkeit besser informiert gewesen wäre, wenn eine offene Diskussion zwischen Ärzten und der Öffentlichkeit erlaubt gewesen wäre.

⁹⁹ Siehe „True Story statt Fake & Hate“: <https://www.vodafone-stiftung.de/true-storystatt-fake-hate-schuelerwettbewerb/>.

¹⁰⁰ Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM).

¹⁰¹ Siehe: <https://www.wakeup.jetzt/was-ist-desinformation/>.



Zivilgesellschaft

Obwohl erhebliche finanzielle Mittel und Unterstützung durch die Regierung zur Verfügung stehen, wird ein Großteil der Kennzeichnung und Überwachung von Online-Äußerungen in Deutschland heute von Organisationen der Zivilgesellschaft übernommen. Diese Organisationen lassen sich grob in drei Kategorien einteilen: 1. Durchsetzungsorganisationen, die sich auf die Meldung und Kennzeichnung von Äußerungen gemäß den Parametern des Digital Services Act (DSA) konzentrieren, 2. Medienbetreiber, die sich um Öffentlichkeitsarbeit oder Informations- und Einflusskampagnen für die breite Öffentlichkeit kümmern, 3. Bildungseinrichtungen, die interaktive Programme für Jugendliche und Erwachsene sowie Schulungen für Arbeitsplätze anbieten.

Dieser Komplex zivilgesellschaftlicher Organisationen informiert über das geltende Recht und spielt eine Rolle bei der Durchsetzung des deutschen Strafgesetzbuches sowie bei der Abgrenzung zulässiger Online-Äußerungen. Bei der Ausübung dieser Tätigkeiten arbeiten zivilgesellschaftliche Organisationen mit dem Staat in einer Konstellation zusammen, die einen tiefgreifenden Wandel des öffentlichen Raums signalisiert und einem hybriden Kriegsführungsmodell ähnelt, bei dem nicht zwischen Meinungsäußerungen und Kriegshandlungen unterschieden wird. Angesichts der Tatsache, dass ein Großteil des öffentlichen Diskurses mittlerweile online stattfindet und soziale Medien für die Cyberkriegsführung doppelt genutzt werden, sollte die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft in dieser Entwicklung nicht unterschätzt werden.

Durchsetzungsorganisationen

Ein Beispiel für die Durchsetzung durch die Zivilgesellschaft ist **HateAid**. Als *Trusted Flagger* im Rahmen des DSA verspricht die Organisation, die Meinungsfreiheit als Mittel zum Schutz der Demokratie und der „Menschenrechte im digitalen Raum“ zu bewahren. Bei der Finanzierung und Unterstützung von Strafverfolgungsmaßnahmen aufgrund von Äußerungen im Internet gegen Personen aus dem Umfeld der AfD spielt die Organisation eine entscheidende Rolle. Die Arbeit von HateAid konzentriert sich auf drei Bereiche: Es bietet Beratung für Opfer „digitaler Gewalt“, vertritt politische Interessen auf EU-Ebene und unternimmt rechtliche Schritte vor Gericht durch Klagen in EU- und deutschen Gerichtsbarkeiten. Eine Klage gegen Twitter/X wegen unzureichender Moderation von Inhalten aufgrund angeblich „antisemitischer und volksverhetzender Tweets auf der Plattform, darunter Verharmlosung und Leugnung der Shoah“, deutet auf einen

umfassenderen Versuch hin, Nutzer von der Plattform zu verbannen.¹⁰² HateAid wird vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV, vormals BMJ) unterstützt. Für das Projekt „Hass als ganzheitlicher Bedrohung begegnen“, das von Januar 2020 bis Ende 2022 läuft, hat das BMJV 1.033.786 Euro bereitgestellt.¹⁰³ Nach unseren Recherchen hat HateAid seit 2019 mindestens 4,5 Millionen Euro an staatlichen Mitteln erhalten. Rechtliche und finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung von Hassreden mag in bestimmten Fällen gerechtfertigt sein. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Erfolgsbilanz von HateAid eine überwiegende Unterstützung für Klagen von Mitgliedern der Grünen und der SPD gegen Politiker der AfD zeigt. Dies deutet darauf hin, dass zumindest ein Teil der staatlich finanzierten Aktivitäten von HateAid politischer Natur ist.¹⁰⁴

Die Meldestelle **REspect!** in Baden-Württemberg leitet Beschwerden über Hassreden im Internet an Polizei und Staatsanwaltschaft weiter. Die Organisation gibt an, 424.562 Euro an Fördermitteln von „Demokratie leben!“ erhalten zu haben. Sie ist außerdem Mitglied des toneshift-Netzwerks gegen Hass und Desinformation im Internet. RESpect! erhält auch Mittel vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Zudem ist die Organisation ein designierter *Trusted Flagger* – ein von der Bundesnetzagentur in seiner Befugnis bestätigter Durchsetzungsbeauftragter des DSA. Über ein Online-Formular kann jeder Beiträge melden, die seiner Meinung nach aufgrund von Volksverhetzung oder Drohungen gegen deutsches Strafrecht verstößen. Ein Team aus Juristen und Sozialwissenschaftlern prüft die Meldungen und reicht bei Bedarf formelle Anzeigen bei den Polizeibehörden ein.

Die im Jahr 2022 gegründete Organisation **So Done Legal** präsentiert sich als spezialisierte Anwaltskanzlei für die strafrechtliche Verfolgung von Hassreden und zivilrechtliche Verleumdung im Internet. Zu den namhaften Mandanten zählen die für ihre Prozessfreudigkeit bekannten deutschen Spitzopolitiker Robert Habeck, Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Roderich Kiesewetter. Zu den Geschäftsführern gehören der Rechtsanwalt Alexander Brockmeier, ehemaliger FDP-Landtagsabgeordneter, und Franziska Brandmann, Bundesvorsitzende der FDP-Jugendorganisation Junge Liberale. Opfer werden aufgefordert, mutmaßlich beleidigende Social-Media-Beiträge auf die Webseite von So Done Legal hochzuladen. Ein KI-Filter markiert dann vermeintlich strafrechtlich relevante

¹⁰² Siehe Pressemitteilung von HateAid, „Klage gegen Twitter“, 31. März 2025: <https://hateaid.org/klage-gegen-twitter-grundsatzprozess/>.

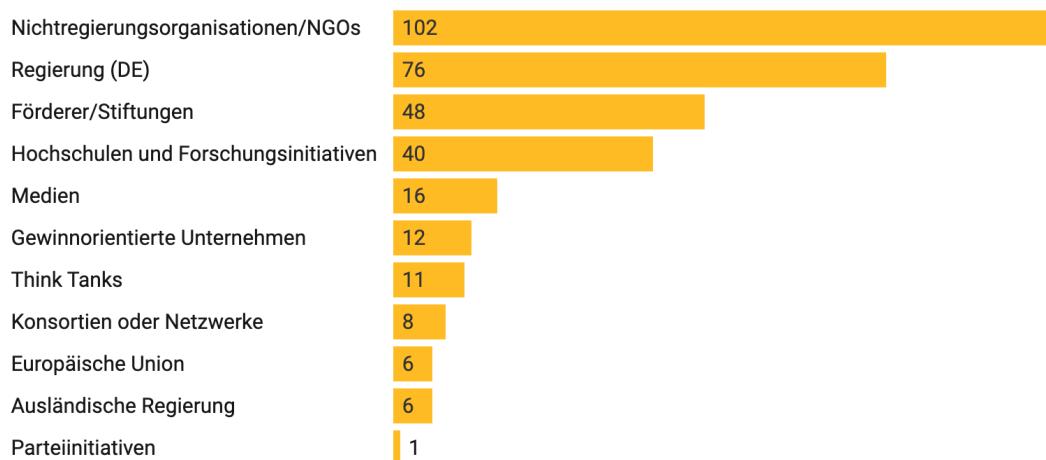
¹⁰³ „HateAid – Unterstützung für Betroffene von digitaler Gewalt“: https://www.bmjjv.de/DE/ministerium/forschung_foerderung/uebersicht/HateAid/hateaid.html/.

¹⁰⁴ Die Geldgeber sind auf der Website von HateAid aufgeführt und umfassen unter anderem das Justizministerium, das Ministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie DL: <https://hateaid.org/en/this-is-hateaid/>.

Inhalte. Kritiker sehen diese Praxis als rechtlich fragwürdig an. Schließlich fordern die Anwälte mit einer unterzeichneten Unterlassungserklärung die Löschung der Inhalte und verlangen Schadenersatz. Beschuldigte, die die Unterlassungserklärung ignorieren, müssen mit einer sofortigen Klage rechnen. In veröffentlichten Fallnotizen ist eine Geldstrafe von 3.200 € für die Bezeichnung als „Hurensohn“ und 600 € für „Halt die Fresse, hässliches Weib!“ vermerkt.¹⁰⁵

Die [HateFree gGmbH](#) mit Sitz in Regensburg wurde von der Menschenrechtsaktivistin Sara Siakala und dem Anwalt für Meinungsfreiheit Markus Hampel gegründet. Sie bietet privaten Opfern von „digitalem Hass“ im Internet eine kostenlose rechtliche Überprüfung, Beratung und Prozessführung an. Die Organisation wirbt mit einer dreistufigen Überprüfung, die zu Unterlassungs- und Schadenersatzforderungen führen kann. Die gemeinnützige Organisation arbeitet mit REspect!, OFEK und dem Programm „No Hate Speech“ der Deutschen Telekom zusammen. Zu den weiteren Unterstützern zählen Microsoft und das Wertebündnis der bayerischen Landesregierung. Die Finanzierung erfolgt ansonsten durch Spenden, Stiftungszuschüsse und eine Erfolgsgebühr, die aus dem vom Gericht zugesprochenen Schadenersatz gezahlt wird. HateFree wirbt damit, die einzige gemeinnützige Organisation in Deutschland zu sein, die offiziell sowohl Rechtsberatung als auch Rechtsdurchsetzung in Fällen digitaler Gewalt anbieten darf. Sie stellt Online-Missbrauch als direkte Bedrohung für die Demokratie dar.¹⁰⁶

Organisationsarten, die in Deutschland die Kontrolle von Inhalten im Netz finanzieren und umsetzen



¹⁰⁵ Siehe „Halt die Fresse, hässliches Weib! kostet 600 €“: <https://www.sodone.legal/urteile/jedes-urteil-staerkt-den-diskurs-duplicate-2/> und „3.200 € Strafe wegen „Hurensohn“: <https://www.sodone.legal/urteile/3-200-e-strafe-wegen-hurensohn/>.

¹⁰⁶ Pressemitteilung der Deutschen Telekom, „hatefree: Rechtsschutz bei digitaler Gewalt“, 28. Februar 2023: <https://www.telekom.com/en/company/details/hatefree-legal-support-in-the-face-of-digital-violence-1027730/>.

Im neu entstandenen Bereich der Bekämpfung von Desinformation sind zahlreiche Non-Profit-Organisationen und NGOs tätig. Sie melden Inhalte häufig an staatliche Zensurbehörden und Plattformen, kennzeichnen Inhalte und bewerten Nachrichtenartikel sowie veröffentlichte Aussagen von Personen des öffentlichen Lebens.

Medienbetreiber

Disinfo Radar ist eine Initiative von [Democracy Reporting International](#), die teilweise vom Auswärtigen Amt finanziert wird (im Jahr 2023 erhielt sie Fördermittel in Höhe von 340.000 Euro). Disinfo Radar gibt vor, neue Technologien und die Taktiken zu untersuchen, mit denen diese in politischen Kampagnen als Waffen eingesetzt werden können. Es veröffentlicht regelmäßig „Radar Briefs“, in denen die Zugänglichkeit, die Kosten und das Missbrauchspotenzial jedes Tools bewertet werden. Die Ergebnisse werden dann in vierteljährlichen Bedrohungsübersichten und einem jährlichen DisinfoCon-Forum zusammengefasst, an dem Plattformmitarbeiter, Diplomaten und Forscher teilnehmen. Analysten durchsuchen randständige Online-Foren, Marktplätze für bezahlte Einflussnahme und Open-Source-Code-Repositorien, um zu erfassen, wie synthetische Medien und mikrotargetierte Anzeigen vom Prototyp zum Massengebrauch gelangen. Ein öffentliches Dashboard verfolgt diese Veränderungen nahezu in Echtzeit und meldet erste Anzeichen an Wahlbeamte und Beobachter der Zivilgesellschaft. Ein bemerkenswertes Beispiel für die Arbeit von Radar ist das „Stories“-Projekt, das darauf abzielt, „falsche Narrative“ zu identifizieren, welche die Führung in Kiew „delegitimieren“ würden. Im Einklang mit dem Auswärtigen Amt vermeidet es Kritik an dem Einsatz rechtsextremer Milizen durch Kiew, der Aussetzung von Wahlen, dem Vorgehen gegen die russisch-orthodoxe Kirche und die russische Sprache sowie der wissenschaftlichen Kritik an der NATO und Selenskyj durch dissidente Ukrainer.¹⁰⁷

Als Teil des [Deutsch-Österreichischen Digital Media Observatory \(GADMO\)](#) verspricht **CORRECTIV**, die Demokratie durch investigativen Journalismus, Medienbildung und Technologie zu stärken. Die Organisation agiert als „gemein-

¹⁰⁷ Aus der Selbstbeschreibung von Disinfo Radar unter „Tactics“: „Disinfo Radar is designed to detect specific tactics used by disinformation actors. By leveraging DRI's extensive experience monitoring social media, it tracks online discussions in near real-time among some 4,000 scholars and professionals, including well-established organisations like EUDisinfoLab, the Atlantic Council and Bellingcat.“ <http://disinforadar.com/tactics/>. Für eine wissenschaftliche ukrainische Perspektive, die Kiew kritisch gegenübersteht, siehe Volodymyr Ishchenko, *Towards the Abyss: Ukraine from Maidan to War* (London und New York: Verso, 2024).

nützige Redaktion", die sich auf die Aufdeckung von Desinformation konzentriert. Zu seinen Projekten gehören „Faktencheck“ und „Facts Forum“. Das 2017 gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Essen, Nordrhein-Westfalen, und unterhält eine Redaktion in Berlin. Es wurde ins Leben gerufen, um Falschinformationen im Wahlkampf dieses Jahres entgegenzuwirken. Eine der Hauptaufgaben von CORRECTIV ist nach wie vor die Förderung eines „faktenbasierten Diskurses“, womit die Entlarvung von „gezielter Desinformation, falschen Behauptungen und Halbwahrheiten“ gemeint ist, die weltweit „Hass und Polarisierung“ verursachen.

Im Januar 2024 veröffentlichte CORRECTIV eine Untersuchung, die internationale Aufmerksamkeit erregte. Darin wurde behauptet, dass AfD-Politiker und rechte Aktivisten während eines Treffens im November 2023 in der Nähe von Potsdam über Massenabschiebungen, auch von deutschen Staatsbürgern, diskutiert hätten. Die Enthüllung löste landesweite Proteste aus, stieß aber auch auf Skepsis. CORRECTIV hatte verschwörerisch behauptet, einen „Masterplan“ aufgedeckt zu haben, der von einem „AfD-Komplex“ ausgeheckt worden sei. Die selektive Berichterstattung von CORRECTIV sowie die Abhängigkeit von Finanzmitteln aus einem politischen System, das der AfD feindlich gegenübersteht, lassen trotz der Behauptung der Neutralität auf eine politisch motivierte Untersuchung schließen.¹⁰⁸

Die [Deutsche Presse-Agentur \(dpa\)](#) wurde 1949 gegründet und ist Deutschlands größte Nachrichtenagentur. Seit 2013 führt sie Faktenchecks durch. Seit Beginn der Pandemie und der Eskalation des Krieges in der Ukraine im Jahr 2022 ist sie in diesem Bereich besonders aktiv. Das 30-köpfige Faktencheck-Team der dpa mit Sitz in Deutschland, Österreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz ist vom European Fact-Checking Standards Network (EFCN) und dem International Fact-Checking Network (IFCN) in Florida zertifiziert. Es erstellt Faktencheck-Berichte in deutscher, französischer und niederländischer Sprache für Medien, Regierungen und andere Organisationen. Die Agentur hat mit Meta, TikTok und der Google News Initiative zusammengearbeitet und ist auf WhatsApp sowie auf der journalistischen Ausbildungsplattform Faktencheck21 aktiv, die von Google mitfinanziert wird. Als Teil des German-Austrian Digital Media Observatory (GADMO), des European Digital Media Observatory (EDMO) und dessen belgisch-luxemburgischer Tochtergesellschaft EDMO BELUX 2.0 arbeitet die dpa an der organisierten Regulierung von Desinformation mit. Ihre

¹⁰⁸ Eine wohlwollende und dennoch detaillierte Darstellung der Untersuchungsmethode und -politik findet sich bei Benjamin Bathke, „Eine Enthüllung der gemeinnützigen Organisation Correctiv löste in ganz Deutschland massive pro-demokratische Proteste aus. Wie haben sie das geschafft?“, *Reuters Institute for the Study of Journalism*, 5. April 2024: <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/news/scoop-nonprofit-correctiv-sparked-huge-pro-democracy-protests-all-over-germany-how-did-they/>.

mit einer Million Euro dotierte Initiative „UseTheNews“, die von der deutschen Regierung zur Förderung der Nachrichtenkompetenz finanziert wird, hat jedoch trotz der von der dpa erklärten unpolitischen Haltung Fragen zum Einfluss des Staates aufgeworfen.¹⁰⁹ ¹¹⁰

BR24 #Faktenfuchs ist ein in München ansässiges Faktencheck-Projekt des Bayerischen Rundfunks (BR). BR24 wurde 2017 ins Leben gerufen und untersucht politische Behauptungen sowie Gerüchte in den sozialen Medien und virale Informationen, insbesondere zu Themen wie dem Krieg in der Ukraine und dem Konflikt zwischen Israel und Palästina. Das Projekt ist vom IFCN zertifiziert und gibt an, unparteiisch und transparent zu arbeiten. Die Themen werden Berichten zufolge auf der Grundlage aktueller Ereignisse, Nutzeranfragen und Online-Trends ausgewählt. Die Ergebnisse werden auf den Plattformen von BR24 veröffentlicht. „#Faktenfuchs“ wird durch die deutsche Rundfunkgebühr finanziert und betont seine redaktionelle Unabhängigkeit von staatlichen und privaten Einflüssen. Das Projekt verspricht, Falschinformationen auf Plattformen wie Facebook, WhatsApp und Telegram zu bekämpfen.

ZDFheuteCheck ist eine Initiative des ZDF, die sich der Überprüfung von Fakten und investigativen Recherchen widmet. Unter dem Dach der ZDF-Nachrichtenredaktion hat sie sich zum Ziel gesetzt, Behauptungen zu überprüfen, Falschinformationen zu entlarven und aktuelle Ereignisse eingehend zu analysieren. ZDFheuteCheck deckt ein breites Spektrum an Themen ab, darunter Politik, Gesundheit und internationale Angelegenheiten. Dabei arbeitet die Initiative häufig mit der ZDF-Investigativsendung Frontal zusammen. Die Faktenchecks werden auf der offiziellen Website des ZDF veröffentlicht und bieten dem Publikum Ressourcen, um die Richtigkeit öffentlicher Äußerungen und Medienberichte selbst zu beurteilen. Allerdings hat die Initiative kürzlich zugegeben, Kommentare auf ihren Plattformen zu zensieren, insbesondere in Bezug auf die jahrelangen Angriffe Tel Avivs auf Gaza. Dabei werden Begriffe wie „Völkermord“, „Vernichtungskrieg“ und sogar „Palästina“ automatisch gefiltert und „auf Strafbarkeit überprüft“.¹¹¹

¹⁰⁹ dpa, „Unabhängigkeit ist der Grundstein unserer Arbeit“ Beitrag zum Jahr der Nachrichten: <https://www.dpa.com/en/about-dpa/independence/>.

¹¹⁰ Siehe „Gemeinsam gegen Desinformation“, *Faktencheck bei dpa*: „Der russische Krieg gegen die Ukraine, die Corona-Pandemie und die Migration sowie Verschwörungsmythen und gezielte Desinformationskampagnen stellen die Medien vor große neue Herausforderungen.“ <https://www.dpa.com/en/fact-checking-at-dpa/>.

¹¹¹ Siehe Tarek Baé, „Exklusiv: ZDF zensiert Kritik an Israel“, *Itidal*, 28. August 2025: <https://itidal.de/exklusiv-zdf-zensiert-kritik-an-israel/>.

Die Faktencheck-Initiative des [Südwestrundfunks \(SWR3\)](#) ist eine von mehreren Initiativen, die von deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten während der Corona-Pandemie ins Leben gerufen wurden, als die Legitimität offizieller Mitteilungen infrage gestellt wurde. Das Format ist schnell: eine Behauptung, ein Urteil und eine Quelle. Das Ziel ist nicht die Nachricht selbst, sondern ihr Nachleben – sie beeinflusst, wie Aussagen, die in den sozialen Medien zirkulieren und oft aus dem Zusammenhang gerissen sind, wahrgenommen werden. Wie bei anderen ähnlichen Bemühungen ist das Ziel die Bewahrung des eigenen Rufs.¹¹²

Die in Berlin ansässige Initiative „[Facts for Friends](#)“, die während des Hackathons „#WirVsVirus“ der deutschen Bundesregierung Anfang 2020 ins Leben gerufen wurde, präsentiert sich als Tool, das Nutzern dabei hilft, Desinformationen und Verschwörungstheorien mit prägnanten, kategorisierten Gegenargumenten zu begegnen.¹¹³ Zu den behandelten Themen gehören das Coronavirus, Politik, Wirtschaft, Umwelt und die Bundestagswahl 2021 in Deutschland. Die Plattform verwendet Slogans wie #Factfluencer und #Don'tTellMeFairyTales, um die Beteiligung der Nutzer zu fördern. Die Finanzierung erfolgte durch das BMFTR (über den Prototypenfonds), das Vodafone Institut, die BMW Stiftung Herbert Quandt und Google. Nach einem Anstieg der Bekanntheit während des weltweiten Booms des Interesses an Faktenchecks und einem anschließenden Rückgang in den folgenden Jahren wurden seit August 2023 keine Updates mehr von „Facts for Friends“ veröffentlicht.

Diese Initiativen veranschaulichen eindrucksvoll, wie in Deutschland staatliche Ministerien, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und Unternehmenssponsoren zu einem einzigen Apparat verschmolzen sind. Unter dem Deckmantel neutraler Verifizierungsbemühungen besteht ihre gemeinsame Funktion darin, offizielle Narrative zu fördern und abweichende Meinungen als Desinformation einzustufen. Besorgniserregend ist, dass im Gegensatz zu ihren Pendants in den USA in den letzten Jahren kein Trend zu einer Einschränkung der deutschen oder europäischen Medien-Faktenprüfungsprogramme zu beobachten ist.¹¹⁴

¹¹² Für einen wohlwollenden Überblick siehe Ulrike Zschache, „Disinformation and Counter-strategies in Challenging Times – The German Case“, *EnTrust Project*, Sept. 2022. Siehe S. 5 für die konkrete Erwähnung von SWR3 Faktencheck. https://entrust-project.eu/files/2022/10/Disinformation-and-Counterstrategies_Germany.pdf/.

¹¹³ Christoph Rybarczyk, „Diese Factfluencer prüfen Fakten für die Generation Z“, *Hamburger Abendblatt*, 27. Dezember 2021; und Pressemitteilung, *Kultur- und Kreativpilot*innen Deutschland*: <https://kultur-aktivpiloten.de/design/social-entrepreneurship/>.

¹¹⁴ Google hat sich kürzlich geweigert, die Arbeit von Faktenprüfungsorganisationen in die Suche/YouTube in Europa zu integrieren, mit der Begründung, dies sei „nicht angemessen oder effektiv“: <https://www.theverge.com/2025/1/17/24345747/google-eu-dsa-fact-checks-disinformation-code-search-youtube/>.

Bildungsinitiativen

Seit den 2010er Jahren hat sich ein Netzwerk aus Initiativen gebildet, die digitale Kompetenz in Bezug auf Desinformation, Hassrede und Jugendschutz vermitteln. Die Programme reichen von Peer-Mentoring und Workshops in Schulen über staatlich geförderte Allianzen gegen Hass im Internet bis hin zu den #UseTheNews-News-Literacy-Labs der dpa und dem von Google und der FSM unterstützten Portal „Medien in die Schule“. Sie werden durch eine Mischung aus Bundesministerien, Kulturhaushalten der Länder, großen Stiftungen und Industriepartnern finanziert.

Das 1998 gegründete [Archiv der Jugendkulturen e.V.](#) ist eine unabhängige Archivquelle für Jugendszenen und widmet sich seit 2020 zunehmend den Themen Desinformation und Hass im Internet. Im Rahmen seines fünfjährigen Vorzeigeprojekts „sUPpress – Medienkompetenz für Engagement und Selbstwirksamkeit“ (2020–2024) wurden Workshops und digitale Module zu vermeintlichen Verschwörungsnarrativen und populärer Feindseligkeit für akkreditierte Fachleute aus Wissenschaft und Journalismus angeboten. Das Projekt wurde von „Demokratie Leben!“ mit 1,12 Millionen Euro unterstützt. Das Archiv betreibt zudem das Projekt „Digitale Labore – Kompetent für Resilienz gegen Hass im Netz und Desinformation“. Das Berliner Pilotprojekt erhielt 2024 eine Bundesförderung in Höhe von 250.000 Euro, um Freiwillige und Teilnehmer des Freiwilligen Sozialen Jahres in der gesunden Nutzung sozialer Medien zu schulen. Die Einnahmen bleiben bescheiden: Der Jahresbericht 2022 listet Einnahmen in Höhe von 504.125 Euro auf, von denen öffentliche Zuschüsse den größten Teil ausmachten. Ergänzt werden die Mittel durch Mitgliedsbeiträge, Ticketverkäufe und private Spenden.¹¹⁵

Die 1984 in Bielefeld gegründete [Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur \(GMK\)](#) ist ein Dachverband für deutsche Medienpädagoginnen und -pädagogen. Mit ihren rund eintausend Mitgliedern aus den Bereichen Schule, Jugendarbeit und Wissenschaft gibt sie die Zeitschrift Merz heraus, veranstaltet jährliche Konferenzen und verfasst Positionspapiere zur Digitalpolitik. Von 2021 bis 2024 war die GMK Teil des vom Bund geförderten Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz. Ab 2025 ist sie Teil des „toneshift – Netzwerks gegen Hass und Desinformation im Netz“, das vom BMBFSFJ gefördert wird und aus einem Bündnis von sechs Organisationen besteht, darunter HateAid und Das NETZ. In den Workshops der GMK werden Fake News, Hassreden und Verschwörungstheorien behandelt. Das Publikum reicht von Tutoren bis zu Berufsschülern. In aktuellen Artikeln wird argumentiert, dass emotionsgeladene Desinformation

¹¹⁵ Siehe sUPpress, „Über uns“: <https://stand-up-participate.de/ueber-uns/>.

das Vertrauen der Öffentlichkeit untergräbt und es wird eine nationale Medienkompetenzoffensive anstelle von Verboten gefordert. Der Verein finanziert seine Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Projektzuschüsse und staatliche Aufträge. Wichtige Daten werden auf seiner Transparenzseite veröffentlicht. Sein Jahresbudget beträgt 1.390.079 Euro.¹¹⁶

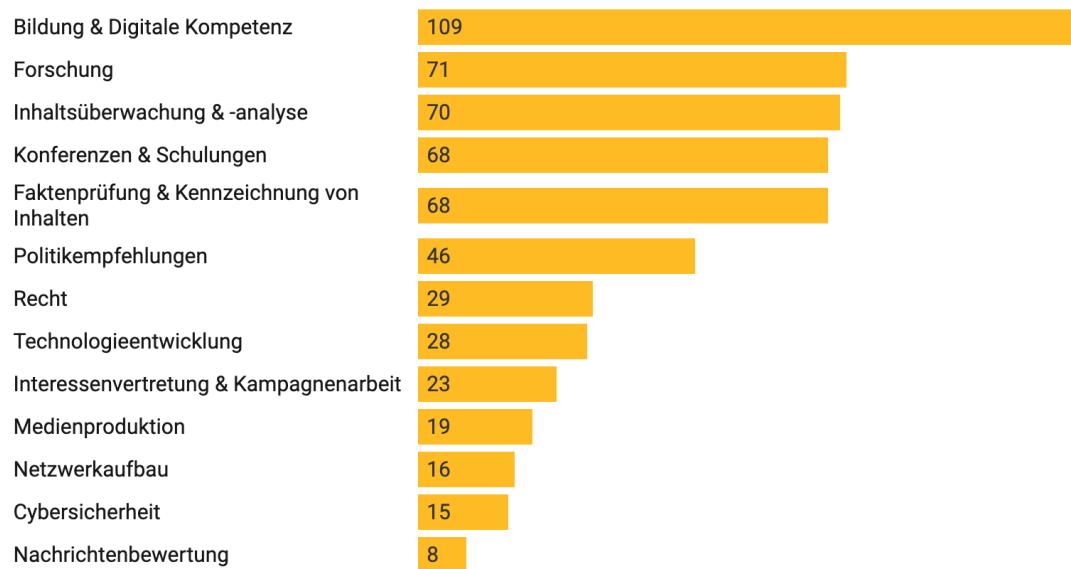
Die [#UseTheNews gGmbH](#) wurde 2020 als Joint Venture der dpa, der [Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg](#) (HAW) und des Hans-Bredow-Instituts gegründet. Im Jahr 2022 wurde das Projekt in eine unabhängige, gemeinnützige Gesellschaft in Hamburg umgewandelt, blieb jedoch eine Tochtergesellschaft der dpa. Die Initiative untersucht die Nachrichtennutzung von Jugendlichen und entwickelt Abhilfemaßnahmen in drei Bereichen: News Literacy Lab, Open News Education und die NewZee-Community. In ihrer Datenbank bündelt sie Studien, Unterrichtspläne und Tools. Für das „Jahr der Nachrichten“ 2023–24 hat das Innenministerium bis zu 1 Million Euro zugesagt und die Bundeszentrale für politische Bildung hat für 2024 weitere 30.000 Euro für bundesweite Newscamps bereitgestellt. Zusätzliche Zuschüsse stammen von den Stiftungen Schöpflin und ZEIT in Höhe von 25.000 Euro (2021) sowie von der [Brost-Stiftung](#) in Höhe von 195.000 Euro (2024) und von der [Robert Bosch Stiftung](#). Dutzende Newscamps, unterstützt von mehr als 50 Partnermedien, fanden in allen 16 Bundesländern statt.

Das Portal „[Medien in die Schule](#)“ (MiS) ist ein Gemeinschaftsprojekt der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM e.V.) und Google Deutschland in Zusammenarbeit mit der Fernsehaufsichtsbehörde Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen (FSF e.V.). Es wurde 2013 ins Leben gerufen und stellt offene Bildungsressourcen zur Verfügung. Über das Portal können kostenlose Unterrichtspakete zu den Themen digitale Praktiken, Hassrede, Antisemitismus, Verschwörungstheorien und Fake News für weiterführende Schulen abgerufen werden. Jedes Modul nennt separate Geldgeber. „Hass in der Demokratie begegnen“ listet die Amadeu Antonio Stiftung und die [Auerbach Stiftung](#) unter seinen Unterstützern auf. „Meinung im Netz gestalten“ nennt ebenfalls die Unterstützung dieser Stiftungen sowie der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). „Realität und Fiktion in den Medien“ weist erneut auf die Unterstützung durch die Auerbach-Stiftung hin.¹¹⁷

¹¹⁶ Über die GMK: <https://www.gmk-net.de/ueber-die-gmk/about-gmk/>; und tone Shift, Eintrag zur GMK: <https://toneshift.org/traeger/gmk/>.

¹¹⁷ Siehe *FSM-Jahresbericht 2018*, S. 32–33: https://www.fsm.de/files/2022/03/fsm_jb_2018.pdf und Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen (FSF), „Digitale Themen in der Schule“, Pressemitteilung, 13. Dezember 2018: <https://fsf.de/ueber-uns/presse/pressearchiv/digitale-themen-in-der-schule/>.

Aktivitäten von Organisationen, die in Deutschland die Kontrolle von Inhalten im Netz finanzieren und umsetzen



Der Umfang der von Bundesministerien, Kulturämtern der Bundesländer, Stiftungen und kommerziellen Sponsoren finanzierten Bildungsprogramme kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Eine Vielzahl der von liber-net identifizierten Organisationen legt den Schwerpunkt auf Bildung und digitale Kompetenz. Die meisten dieser Programme richten sich an Jugendliche im schulpflichtigen Alter und versprechen, die Medienkompetenz der Schüler zu schärfen. In manchen Kontexten mag der Begriff „Medienkompetenz“ völlig harmlos sein, in anderen ist er jedoch ein Euphemismus dafür, dem Publikum nicht kritisches Denken beizubringen, sondern vorzugeben, was es denken soll.

Ob diese Programme, die sich an Jugendliche richten, erfolgreich sein werden, den jüngeren Generationen die offiziellen Vorstellungen Berlins zum Thema Falschinformationen und Desinformation zu vermitteln, bleibt ungewiss. Es ist durchaus möglich, dass diese Bemühungen nach hinten losgehen. Wenn den Schülern ein enges Spektrum zulässiger Diskurse auferlegt wird, das zudem immer weniger in der Lage ist, die Realität so zu erklären, wie sie erlebt wird, könnte die staatliche Regulierung von Wahrheit und Unwahrheit die populistische Gegenargumentation nur noch attraktiver machen.



Plattformen und Big Tech

Soziale Medienplattformen, Videoportale und Messaging-Apps bilden zusammen das wichtigste Medium der Zensur in Deutschland. Obwohl sie durch Vorschriften geregelt sind, sind sie die Stellen, an denen Internetinhalte gemeldet und letztendlich entfernt werden. Wie oben beschrieben ist dieser Prozess im Digital Services Act (DSA) der Europäischen Union festgeschrieben. Der DSA verpflichtet „sehr große Online-Plattformen“ (VLOPs), eine schnelle Risikobewertung vorzunehmen und mutmaßlich illegales oder schädliches Material zu entfernen.

Die Umsetzung dieser Verpflichtungen hat zur Folge, dass eine große Bürokratie aus NGOs, akademischen Forschungszentren sowie nationalen und EU-Behörden rekrutiert und entwickelt wird, die sich der Überwachung und Zensur von Online-Äußerungen widmen. In Deutschland erhalten Organisationen oft Finanzmittel von denselben Plattformen, die sie eigentlich überwachen sollen. Die Unternehmensphilanthropie bestimmt den Standard, nach dem Online-Äußerungen reguliert werden sollen. Diese Absprachen sind allgegenwärtig: So erhält die Amadeu Antonio Stiftung über die Online Civil Courage Initiative (OCCI) Fördermittel von Meta und sowohl das Institute for Strategic Dialogue (ISD) als auch der European Media and Information Fund (EMIF) haben Millionen-Dollar-Zuschüsse von Google erhalten. Die Forschungszentren und unabhängigen Thinktanks, die algorithmische Verzerrungen und Falschinformationen als Kriterien für Zensur definieren, werden oft von den Plattformen selbst finanziert.¹¹⁸

In dem boomenden Desinformationssektor Europas präsentieren sich die großen Plattformen als Hüter der Demokratie, während Brüssel und Berlin ihre Produkte immer tiefer in den Regulierungsapparat einbetten. So trat Microsoft 2016 dem EU-Verhaltenskodex bei und knüpfte seine Software an Bewertungen der US-amerikanischen Organisation NewsGuard. Damit lagert das Unternehmen die Beurteilung an ein privates Unternehmen aus.¹¹⁹ Facebook startete in Berlin

¹¹⁸ Siehe die liber-net-Datenbank zu Deutschland: <https://liber-net.org/de-censorshipnetwork>.

¹¹⁹ Eine kritische Bewertung von NewsGuard finden Sie bei Paul Schreyer, „Media Culling“, *Multipolar*, 7. April 2022: <https://multipolar-magazin.de/artikel/media-culling/>. Schreyer dokumentiert die Bevorzugung etablierter Medien in Deutschland (von der Süddeutschen Zeitung bis zur Boulevardzeitung Bild) durch NewsGuard, wobei die eigenen Interessenkonflikte und die politische Ausrichtung von NewsGuard denjenigen, die mit den punktebasierten Bewertungen der Medienglaubwürdigkeit konfrontiert sind, nicht ausreichend offengelegt werden.

die Initiative „Online Civil Courage“ mit einem Budget von einer Million Euro. Über Zuschüsse flossen diese Gelder an die ISD und die Amadeu Antonio Stiftung. Die „News Initiative“ von Google hat CORRECTIV, dpa-infocom und EMIF finanziell unterstützt und damit die Unterstützung der Industrie als Philanthropie vermarktet. TikTok steht unter der Aufsicht der EU, bezahlt die AFP (Agence France Presse) und die dpa für die Überprüfung von Fakten und sponsert Workshops der Amadeu Antonio Stiftung. Dadurch wird die Moderation von TikTok mit den regulatorischen Prioritäten des Kontinents in Einklang gebracht.

X/Twitter verzeichnet seit der Übernahme der Plattform durch den US-Milliardär Elon Musk im Jahr 2022 weltweit einen Rückgang der beobachtbaren Moderation, auch unter seinen 22 Millionen deutschen Nutzern.¹²⁰ Zuvor hatte Twitter mit deutschen Behörden zusammengearbeitet und war während der Corona-Pandemie besonders aktiv in der Moderation von Inhalten. In einem Fall versuchte Twitter beispielsweise, Pfizer vor kritischer Prüfung zu schützen, um die Akzeptanz des Unternehmens' mRNA-Impfstoffs im Einklang mit den Prioritäten der deutschen Regierung zu erhöhen.¹²¹ Der anschließende Widerstand von X gegen die DSA- und NetzDG-Richtlinien hat wiederholt zu Drohungen mit Geldstrafen in Millionenhöhe geführt.¹²² Im Jahr 2023 zog sich X-Corp. aus dem freiwilligen Desinformationskodex der EU zurück.¹²³

Der Widerstand von X gegen Regulierung, sei er nun Ausdruck einer echten politischen Überzeugung oder kommerziellen Opportunismus, hat in Deutschland in gewisser Weise die Debatte über Meinungsfreiheit und deren Unterdrückung neu entfacht. Musks offensichtliche Sympathien für die AfD haben jedoch auch die Assoziation von Meinungsfreiheit mit der politischen Rechten verstärkt und die Polarisierung in dieser Frage verschärft.

120 Simon Kemp, „Digital 2025: Deutschland“, Data Reportal, 25. Februar 2025: <https://datareportal.com/reports/digital-2025-germany/>.

121 Lee Fang, „COVID-19 Drugmakers Pressured Twitter to Censor Activists Pushing for Generic Vaccine“, *The Intercept*, 16. Januar 2023: <https://theintercept.com/2023/01/16/twitter-covid-vaccine-pharma/>.

122 Emma Woollacott, „Germany Threatens Twitter With €50 Million Fine For Failing To Tackle Illegal Content“, Forbes, 5. April 2023: <https://www.forbes.com/sites/emmawoollacott/2023/04/05/germany-threatens-twitter-with-50m-fine-for-failing-to-tackle-illegal-content/>.

123 Francesca Gillett, „Twitter pulls out of voluntary EU disinformation code“, BBC, 27. Mai 2023: <https://www.bbc.com/news/world-europe-65733969>.

Im Januar 2016 startete **Facebook** (jetzt **Meta**) in Berlin die OCCI und versprach 1 Million Euro für „Gegenrede“-Kampagnen gegen Hass und Extremismus.¹²⁴ Die Plattform ging eine Partnerschaft mit der Amadeu Antonio Stiftung, dem ISD und dem ICSR des King's College London ein und bezeichnete die OCCI als „die erste strategische Nichtregierungsinitiative, die eine angemessene europaweite Reaktion auf Hass, Gewalt und Terrorismus im Internet zum Ziel hat“.¹²⁵ Eine Mitteilung von TechCrunch aus dem Jahr 2017 bestätigte die Ausweitung auf Frankreich und Großbritannien unter der Leitung des ISD. Laut einem Briefing des ISD wurden in den ersten sechs Monaten des deutschen Pilotprojekts „17 Gegenrede-Kampagnen unterstützt und gefördert, wodurch zusätzlich 2,5 Millionen Zielnutzer erreicht wurden“.¹²⁶ Der Bericht von Facebook über Hassrede aus dem Jahr 2019 bekräftigt die fortgesetzte Unterstützung: „Wir werden die Arbeit der OCCI weiterhin unterstützen.“ Der Wert der Überweisungen an die ISD Deutschland wird nicht bekannt gegeben; die gemeinnützige Organisation gibt die Spendenbeträge in ihren öffentlichen Unterlagen nicht an.

Die 2018 gegründete **Google News Initiative (GNI)** ist Googles interne philanthropische Initiative für den Journalismus. Sie hat eigenen Angaben zufolge weltweit über 7.000 Partner mit insgesamt 550 Millionen Dollar unterstützt. Das Programm steht an der Spitze der 1,9 Billionen Euro schweren Bilanz von Alphabet, präsentiert seine Förderungen jedoch als altruistische Unterstützung der Branche. Zu den wichtigsten Ausgaben im Bereich Desinformation gehört eine Tranche von 9,5 Millionen US-Dollar für elf Corona-Faktencheck-Projekte in den Jahren 2020–21. Insbesondere in Deutschland ist die GNI an vier Fronten präsent: FaktenCheck21 von dpa-infocom, CORRECTIV, frühere Google-Stipendien seit 2016 und die EMIF, die eine Startfinanzierung in Höhe von 25 Millionen Euro über fünf Jahre von Google erhalten hat. Die GNI kofinanziert auch Faktencheck-Gipfeltreffen und -Koalitionen (z. B. die Reihe „Trusted Media Summit“, die Konferenz „Fighting Misinformation Online“ mit EUI/Gulbenkian).¹²⁷

¹²⁴ Federico Guerrini, „Facebook startet neue Initiative gegen Online-Extremismus und Hassreden“, *Forbes*, 19. Januar 2016: <https://www.forbes.com/sites/federicoguerrini/2016/01/19/facebook-launches-new-initiative-against-online-hate-speech-in-europe-and-beyond/>.

¹²⁵ „The OCCI upskills and upscales the civic response to online hate and extremism in Europe“, Institute for Strategic Dialogue: <https://www.isdglobal.org/isd-programmes/online-civil-courage-initiative-occi/>.

¹²⁶ Institut für strategischen Dialog, „ISD arbeitet mit Facebook zusammen, um Online-Extremismus und Hassreden in Frankreich zu bekämpfen“: <https://www.isdglobal.org/isd-partners-facebook-combat-online-extremism-hate-speech-france/>.

¹²⁷ Google News Initiative, „Advancing the long-term Sustainability of Journalism and Publishing“, *2021 Impact Report*: <https://newsinitiative.withgoogle.com/impact/>.

TikTok ist Unterzeichner des EU-Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformationen und veröffentlicht halbjährliche Transparencyberichte. In diesen wird über die Durchsetzung der Community-Richtlinien sowie die Forderungen der Regierung nach Entfernung von Inhalten berichtet. Um den Anforderungen der EU-Regulierungsbehörden gerecht zu werden, finanziert die Plattform ein Netzwerk von IFCN-akkreditierten Faktenprüfern. Die AFP überprüft seit 2020 deutschsprachige Videos, während dpa-infocom einen Hub für Wahlintegrität für die Bundestagswahl 2025 mitbetreibt. Zudem finanziert TikTok NGOs, die sich für Medienkompetenz einsetzen, und unterstützt die Demo:create-Workshops der Amadeu Antonio Stiftung zu den Themen Kurzvideo-Pädagogik, Hassrede und Desinformation. Im April 2025 kündigte TikTok „Footnotes“ an, eine nur in den USA verfügbare, crowdsourcing-basierte Kontext-Ebene. Das Unternehmen betonte jedoch, dass es ein Netzwerk von rund 20 professionellen Faktenprüfungsorganisationen weltweit beibehalten werde.¹²⁸

Mit dem Beitritt zum EU-Verhaltenskodex im Jahr 2016 verpflichtete sich **Microsoft**, gemeldete Äußerungen schnell zu entfernen. Dies geschah unter der Schirmherrschaft der Kommission. Durch die bis mindestens 2024 laufende Partnerschaft mit NewsGuard im Jahr 2018 wurde die Beurteilung der Zuverlässigkeit an ein privates Bewertungsunternehmen delegiert.¹²⁹ In Deutschland lädt das Berliner Büro zivilgesellschaftliche Partner wie HateAid ein, um Bedrohungen für die Demokratie, vor allem in Form von feindlicher Staatspropaganda oder neuen Technologien wie Deepfakes, zu präsentieren.¹³⁰ Durch die Förderung von Programmen zur „Verteidigung der Demokratie“ präsentiert sich Microsoft als Garant für die Integrität von Wahlen. Doch tatsächlich dienen seine Aktivitäten der Werbung für die Glaubwürdigkeit seiner Produkte und festigen die Position des Unternehmens im Apparat der Sprachregulierung.

Zusammengenommen markieren diese Interventionen eine Konvergenz zwischen den Eigeninteressen der Plattformen und der europäischen Regulierungs-

128 „How TikTok is Preparing for the 2025 Federal Election in Germany“, Pressemitteilung, 29. Januar 2025: <https://newsroom.tiktok.com/en-eu/how-tiktok-is-preparing-for-the-2025-german-federal-election/> und Anna Katzy-Reinshagen et al., „Towards transparent recommender systems: Lessons from TikTok research ahead of the 2025 German federal election“, Institute for Strategic Dialogue, 14. Juli 2025: <https://www.isdglobal.org/digital-dispatches/towards-transparent-recommender-systems-lessons-from-tiktok-research-ahead-of-the-2025-german-federal-election/>.

129 Tom Burt, „Defending against disinformation in partnership with NewsGuard“, *Microsoft on the Issues*, 23. August 2018: <https://blogs.microsoft.com/on-the-issues/2018/08/23/defending-against-disinformation-in-partnership-with-newsguard/>.

130 „Demokratien in Gefahr: Können Technologien Politik und Gesellschaft schützen?“ Veranstaltungsseite von Microsoft Berlin: <https://www.microsoft.com/de-de/berlin/veranstaltungen/raum4/demokratien-in-gefahr/default.aspx/>.

gestaltung. Jedes Unternehmen stellt seine Finanzierungen und Partnerschaften als demokratische Schutzmaßnahmen dar. In der Praxis führt dies jedoch dazu, dass private Vermittler in der Sprachkontrolle verankert werden. Was dabei herauskommt, ist nicht die versprochene Verteidigung der Demokratie, sondern vielmehr ihre Aushöhlung durch die Auslagerung der Zensur an Subunternehmer.



Fazit: Ausblick und Empfehlungen

Politische Perspektiven und Fragen

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts befindet sich die große Koalition aus CDU und SPD in einer prekären Lage. Interne Spaltungen bedrohen ihren Fortbestand und ihre Regierungsfähigkeit. Beide Parteien verzeichnen historisch niedrige Zustimmungswerte. Grund dafür ist, dass die Wirtschaft nun schon im dritten Jahr in Folge ein Wachstum von nahezu null verzeichnet und die Aufrüstung bislang nicht in der Lage war, die durch den Ukraine-Krieg verursachte Deindustrialisierung auszugleichen. Unterdessen haben Gerüchte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder des Zivildienstes sowie die Fortsetzung der Waffenexporte nach Israel die Unruhe und Unzufriedenheit in der Bevölkerung verstärkt.

Die Brandmauer zur AfD hat die Partei de facto in die Position der Opposition gebracht. In den Umfragen liegt die AfD in der Beliebtheit gleichauf mit der Union oder übertrifft diese sogar und wird von einem Viertel der Wählerschaft unterstützt. Die Reaktion der drei im Bundestag vertretenen linken Parteien sowie einiger Unionsabgeordneter ist es, ein vollständiges Verbot der AfD zu fordern. Mit anderen Worten: Die Demokratie soll geschützt werden, indem die Opposition, die kurz davorsteht, zur größten Partei zu werden, durch die Bildung eines politischen Kartells, das nur einen schrumpfenden Anteil der Wählerschaft vertritt, ausgeschlossen wird. Ein solches Manöver außerhalb des Wahlkampfs würde wahrscheinlich eine große politische Krise auslösen. Doch gibt es kaum Anzeichen dafür, dass die Regierungsparteien bis dahin ihre Neigung zu Repressionen verloren hätten.

Diese Entwicklungen finden in einem Deutschland statt, das sich in den letzten zehn Jahren zum Epizentrum eines bürokratisierten Apparats der digitalen Kontrolle entwickelt hat. Aufeinanderfolgende Gesetze haben private Unternehmen und NGOs durch sich überschneidende Compliance-Verpflichtungen zu verlängerten Armen der staatlichen Autorität gemacht. Das Ergebnis ist ein Zensursystem, dessen Reichweite die herkömmlichen Grenzen staatlichen Handelns übersteigt. Durch von Bundesministerien und Landesmedienbehörden finanzierte koordinierte Meldesysteme wird der Online-Diskurs gefiltert und politische Dissidenz – insbesondere in Bezug auf Außenpolitik oder andere politisch sensible Themen – unterdrückt oder bestraft. Dieser digitale Apparat, der sich

hinter den Begriffen Sicherheit und Demokratie versteckt, hat ein Regime der allgegenwärtigen Überwachung und Unterdrückung etabliert und damit den Pluralismus untergraben, der einst als Grundlage der Nachkriegsrepublik galt.

Empfehlungen

Politische Empfehlungen werden nur dann Wirkung zeigen, wenn sie von organisierten Bürgerbewegungen innerhalb und außerhalb des Bundestags begleitet werden. Dennoch können einige programmatische Elemente, darunter allgemeine Grundsätze, berücksichtigt werden. Diese lauten wie folgt:

- Das DSA sowie die übrigen Teile des NetzDG müssen aufgehoben werden. In ihrer derzeitigen Form und Umsetzung verursachen diese Vorschriften erheblichen Schaden für Personen und Organisationen, die sich politisch äußern. Darüber hinaus schränken sie aufgrund der damit verbundenen harten Strafen die politische Meinungsäußerung, die freie Debatte sowie die wissenschaftliche und kritische Forschung ein. Sie kommen einer Zensur gleich.
- Solange sie staatlich verhängte Sanktionen oder strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen, müssen übertrieben weit gefasste Definitionen von Antisemitismus, die sich nicht von Kritik an Israel, der israelischen Regierung oder der Ideologie des Staates unterscheiden lassen, aufgegeben werden. Beispiele hierfür finden sich in der Rhetorik und den Resolutionen des Bundestages von Ende 2024 sowie in den Arbeitsrichtlinien der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Soweit spezifisch antisemitische Diskriminierung nicht als Verleumdung, üble Nachrede, Aufstachelung oder andere kriminelle Handlungen zu behandeln ist, darf Kritik am Verhalten Tel Avivs und den zugrunde liegenden Ideologien nicht verboten werden.
- Alle Informationsmaßnahmen (oder Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation) mit militärischen oder doppelten Verwendungszwecken müssen vollständig offengelegt werden. Angesichts der Neuaustrichtung der Kommunikationsdoktrin der NATO sollten Programme zur hybriden Kriegsführung, die Propaganda gegenüber der heimischen Bevölkerung beinhalten, als solche identifiziert werden, insbesondere wenn offizielle Beiträge und Finanzmittel private oder quasi-private Aktivitäten im gemeinnützigen oder kommerziellen Sektor beeinflussen. Es darf nicht zugelassen werden, dass staatsbürgerlich orientierte Rhetorik als Deckmantel für eine tatsächlich koordinierte, staatlich unterstützte Kampagne zur Militarisierung der Zivilgesellschaft dient.

- Die Bildungspolitik muss wieder an die Länder und Kommunen zurückgegeben werden, denn eine zentralisierte Einflussnahme auf das Bildungswesen, wie sie von Berlin in Absprache mit Brüssel diktiert wird, verstößt gegen den Geist, wenn nicht sogar gegen den Buchstaben des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.¹³¹
- Die Medienaufsicht darf nicht auf Bundesebene organisiert, koordiniert oder ausgeübt werden. Eine solche Machtkonzentration erhöht das Risiko einer groß angelegten Unterdrückung abweichender Meinungen unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Desinformation.
- Verbote und Repressionen müssen durch offene Debatten und Untersuchungen ersetzt werden.
- Die öffentliche Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen muss drastisch eingeschränkt werden. Sie darf niemals dazu verwendet werden, eine bestimmte politische Partei oder Sichtweise zu begünstigen. Staatliche Subventionen sollten parteiunabhängig gewährt werden, um sicherzustellen, dass weder die Regierungskoalition noch die Opposition öffentliche Mittel einsetzen können, um abweichende Meinungen zu unterdrücken.

Für eine aufgeklärte humanistische Forschung ist die öffentliche Nutzung von Vernunft und Argumentation auf der Grundlage von Evidenz von grundlegender Bedeutung. Sie sollte gefördert und nicht tabuisiert werden. Kritisches Denken, einschließlich der weit verbreiteten Skepsis gegenüber offiziellen Verlautbarungen und politischen Maßnahmen, muss daher als zentral für die Erhaltung der demokratischen Selbstverwaltung verstanden werden. Ex cathedra-Argumente, Irrationalismus und unreflektierte Unterwürfigkeit gegenüber Autoritäten – einschließlich anerkannter Experten – führen hingegen zu einem Konformismus, der dem Denken und der Kreativität schadet.

In der kommenden Zeit, in der sich die europäischen Volkswirtschaften weiter verlangsamten oder in eine Rezession eintreten und die Regierungen des Kontinents sich zunehmend der Militarisierung zuwenden, ist zu erwarten, dass sie ihre Versuche zur Unterdrückung, Zensur und Schuldzuweisungen an Kritiker verstärken werden. Daher ist es unerlässlich, dass Bürgerbewegungen, die die Meinungsfreiheit im Internet bewahren und ausweiten wollen, politische Antworten entwickeln, die dem Ausmaß der derzeitigen Einschränkungen des öffentlichen Raums entsprechen.

¹³¹ Insbesondere Artikel 30 und 70.



Über liber-net

liber-net bekämpft den wachsenden Trend zum digitalen Autoritarismus und setzt sich dafür ein, die Meinungsfreiheit und die bürgerlichen Freiheiten als Grundlage unseres vernetzten Zeitalters wiederherzustellen. Durch Journalismus, Forschung, Medienarbeit, Vernetzung und Kampagnen betreibt liber-net eine Plattform, um Allianzen zu schmieden, Korruption in der Zivilgesellschaft aufzudecken und einen offenen Dialog zu fördern.

Wir sind überzeugt, dass es dringend notwendig ist, den digitalen Autoritarismus zurückzuweisen, und setzen uns für die Förderung der menschlichen Autonomie, Würde und Pluralität ein. Wir lehnen Systeme der Online-Zensur, ihre zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz und die sich beschleunigenden Überwachungsregime ab, die in und durch die Informationstechnologie agieren. Das Team von liber-net kommt aus dem Bereich der Förderung digitaler Rechte und der Öffentlichkeitsarbeit und verfügt über jahrzehntelange Erfahrung. Wir verfügen über umfassendes Wissen dieser Themen und arbeiten daran, mit den vielen engagierten Akteuren in diesem Bereich in Kontakt zu treten.